

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

145 · November 2002

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 963

## Essay

DIETRICH MÜHLBERG

Konnte Arbeiterkultur in der DDR  
gesellschaftlich hegemonial sein? 965

## Gesellschaft: Analysen & Alternativen

PETER FÖRSTER

Die Generation der zweifach Enttäuschten.  
Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung 978

## Politik & Geschichte

ERNST WURL

Die öffentliche Geschichtsdebatte und die Linke –  
Tendenzen und Probleme 994

ULLA PLENER

Schumacher 1949-1952:  
Konfrontativ gegen DDR –  
zu Lasten der Einheit Deutschlands 1006

ERIK LEHNERT

Imperialismus und Welteinheit.  
Globalisierungsvorstellungen  
bei Spengler und Jaspers 1019

ANDREAS HEYER

Georg Kerner. Vom Revolutionär zum Armenarzt 1031

## Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau 1036

## Bücher & Zeitschriften

Hermann Weber: Damals als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten (MICHAEL HERMS)	1038
Katherine Stroczan: Der schlafende Dax oder das Behagen in der Unkultur (ULRICH BUSCH)	1039
Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz (ULRICH BUSCH)	1040
Gerd Kaiser: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis (RONALD LÖTZSCH)	1042
Doris Lindner: Schreiben für ein besseres Deutschland: Nationenkonzepte in der deutschen Geschichte und ihre literarische Gestaltung in den Werken Stefan Heyms (CLAUDIA KUPFER-SCHREINER)	1046
Horst-Eberhard Richter: Das Ende der Egomanie – Die Krise des westlichen Bewußtseins (JÜRGEN MEIER)	1048
Gerhard Wilke: John Maynard Keynes (FABIO DE MASI)	1049
Jan Glowczyk: Uniwersalny Słownik Ekonomiczny (Universelles Handbuch der Ökonomie) (EDITA DIETZ)	1051
<b>Summaries</b>	1054
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	1056

# VorSatz

*Die Fortsetzung von Rot-Grün und damit die Verhinderung von Stoiber war den Wählerinnen und Wählern am 22. September wichtiger als die Fortsetzung der PDS-Präsenz im Bundestag. Und mehr als eine viertel Million bisheriger PDS-Wähler gaben der Partei dadurch einen Korb, daß sie überhaupt nicht mehr wählen gingen. Damit ist die Krise der PDS deutlich zum Ausbruch gekommen. Und die der Linken in Deutschland überhaupt – ist man schnell geneigt hinzuzufügen.*

*Ob und in welcher Qualität das zweite wirklich stimmt, muß sich erst herausstellen. Es wird mehr brauchen als nur den Parteitag, den die PDS am 12. und 13. Oktober in Gera abgehalten hat, und mehr als ein Nachdenken nur in der PDS selbst, um die Dimension der Krise richtig zu erfassen. Die rot-grüne Bundesregierung kann ihre Freude über das Verschwinden des Flügels links von der Mitte im Parlament nur schwer verhehlen. Auch an den linken Rändern ihrer Koalitionsfraktionen nicht. Trotzdem findet in Mecklenburg-Vorpommern eine Neuaufgabe der rot-roten Landesregierung statt, und in Berlin läßt der rot-rote Senat keinen Zweifel an seinem Willen zur Weiterarbeit. Alles klingt nach »business as usual« – wobei im »business« SPD-seitig verständlicherweise die »Entzauberung« der PDS inbegriffen ist. Zugleich werden die rot-grünen Koalitionsverhandlungen im Bund ausgerechnet in der zentralen Frage der Staatseinnahmen geprägt von Vorschlägen, die im Wahlkampf von der PDS unterbreitet und von allen anderen vehement abgelehnt worden sind: Wiedererhebung der Vermögensteuer und Reform der Erbschaft- und Körperschaftsteuer. Und in der Außenpolitik ist bisher ausgeblieben, was zu befürchten war und weiter zu befürchten bleibt: daß der Bundeskanzler von seiner im Wahlkampf zum Ausdruck gebrachten Ablehnung eines Irak-Krieges abrücken wird. Also war es – werden sich viele sagen – doch richtig, alles auf Rot-Grün zu setzen und Stoiber zu verhindern?*

*Die PDS steckt noch zu tief in der Selbstanklage, um überzeugend zu beweisen, daß eine solche Entscheidung die falsche war. Natürlich ist das immer und immer wieder erneuerte Bekenntnis der Bundes- und Landesspitzen der Partei, die Niederlage sei hausgemacht, aller Ehren wert. Aber es lähmt auch, weil es bisher in mindestens zweierlei Hinsicht auf halber Strecke stehen bleibt: Zum einen verstellt die kollektive Selbstbeziehung den Blick auf die individuelle Verantwortungsübernahme und Schlußfolgerung. Welchen Anteil an der Niederlage hat nicht nur welche konkrete Bundes-, sondern auch*

welche Landes- und Kreispolitik? Welchen das Scheitern dieses Projekts, das Untaugliche jener Entscheidung? Der Parteitag hat da nur allererste Hinweise geliefert.

Und die kollektive Selbstbezeichnung lähmt zum zweiten, weil sie sowohl äußere Faktoren wie auch die nicht erst im Wahlkampf zutage getretenen Krisenmerkmale zu wenig würdigt. Was das Äußere betrifft, so leuchtet doch bei einem Fußballspiel jedem ein: Selbst bei bester Vorbereitung einer hervorragenden Mannschaft kann es eine Niederlage geben, weil der Gegner besser ist. Im zurückliegenden Wahlkampf potenzierten sich die Fehler der PDS zum Scheitern, weil die Konkurrenten SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen nahezu fehlerlosen Wahlkampf lieferten. Wer das anerkennt, wird die Kraft haben, nicht nur aus der eigenen Niederlage, sondern auch aus dem Erfolg der anderen selbstbewußt Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Der Geraer Parteitag mit seiner mit überwältigender Mehrheit getroffenen Entscheidung, die bisherige Vorsitzende Gabi Zimmer im Amt zu behalten, ist in den Medien mit ebenfalls überwältigender Mehrheit als »Rolle rückwärts« beschrieben worden. Die PDS wird gut daran tun, dieses Urteil ernst zu nehmen, damit sie dann den Beweis antreten kann, daß es falsch ist. Als völlig ungeeignet werden sich auf diesem Wege Versuche erweisen, den Machtkampf dort wieder aufzunehmen, wo er gerade gescheitert ist. Sehr vieles spricht für die Einschätzung, daß die zerstrittene Viererspitze der Grundfehler des Wahlkampfes war. Wie also kann da irgendwer annehmen, es gebe mit fortgesetzter Zerstrittenheit auch nur einen Blumentopf zu gewinnen? Parteitage sind der Souverän jeder Partei. Die interessierte Öffentlichkeit wünscht sich von diesen Parteitagern klar erkennbare Signale. Wer das ignoriert, denkt an den Wünschen seiner Wählerinnen und Wähler vorbei.

Der Erfolg von Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl hat stark damit zu tun, daß die Partei in bisher nie gekannter Weise mit einer Stimme gesprochen und ihren gesamten Wahlkampf auf ihren Spitzenkandidaten zugeschnitten hat. Sie hat sich den Anforderungen der Mediengesellschaft überzeugend gestellt, und es ist in ihrem Wahlkampf auch der Beweis erbracht worden, wie wichtig die einer Partei zugeschriebenen Images sind, wenn sie kontinuierlich gepflegt werden. Als die Flut kam, hat niemand wirklich nach den konkreten Programmen der Grünen gefragt – und auch niemand danach, wie opportunistisch in den Jahren zuvor manche ur-grüne Position im konkreten Entscheidungsfall aufgegeben worden war (und wie energisch die PDS dagegen protestiert hatte). Aber das »Grün wirkt« der Plakate erhielt plötzlich doppelte Überzeugungskraft, weil »grün« und »Umweltschutz« längst ein stabiles Begriffspaar geworden sind.

Es gibt viel zu lernen für die PDS – und auch für all die, die trotz vieler Verbindungen mit der Idee des demokratischen Sozialismus den Weg zu ihr noch nicht gefunden oder auf diesem Weg wieder umgekehrt sind. Das Schicksal einer Partei hängt nicht nur von denen ab, die gerade jetzt ihre Mitglieder sind. Es muß da auch die Forderung von außen sein.

## DIETRICH MÜHLBERG

# Konnte Arbeiterkultur in der DDR gesellschaftlich hegemonial sein?

### *Anlaß und Motive*

Thematisiert man Arbeiterbewegung in der DDR, so wird damit auch das Schicksal der Arbeiterkultur berührt – bis hin zu der Frage, ob diese Klassenkultur – und damit auch die der Arbeiterbewegung – gesellschaftlich hegemonial war oder werden konnte.

Meiner Profession nach bin ich Kulturhistoriker und stand in der DDR den politisch zentrierten Historikern in einer hoffnungslosen Minderheitenposition und recht distanziert gegenüber. Konflikte ergaben sich aus der Beschäftigung mit der Arbeiterkultur, mit der Arbeiterkulturbewegung und mit der Arbeiterbewegungskultur. Die kleine universitäre Forschungsgruppe, der ich angehörte, wendete sich darum lieber den kulturellen Eigenheiten von Gruppen der Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts zu (da haben ja die Schriften des Vereins für Sozialpolitik Berge unverarbeiteter Informationen hinterlassen). Noch in den 1980er Jahren konnten Äußerungen über Arbeitermilieus in der Weimarer Zeit oder gar in der DDR zu einem politischen Grundsatzstreit führen, der die eigene Arbeit gefährdete. Erst 1986/87 sahen wir die Chance, uns Arbeitermilieus in der DDR zuzuwenden und haben zusammen mit Peter Alheit (damals in Bremen) ein Projekt zur vergleichenden Untersuchung deutscher Arbeitermilieus entwickelt. Daraus wurde allerdings nichts mehr, aber es ist dann später mit Hanna Haack und anderen als Vergleich zwischen Bremen und Rostock noch glücklich zustande gekommen.

Heute sind es zwei Motive, die mich dazu bewegen, die laufende Debatte über die Arbeiterbewegung in der DDR zu beobachten. Einmal verfolge ich die (freilich sehr zaghaften) Versuche, eine Zeitgeschichte der Deutschen zu schreiben, in der das Neben-, Mit- und Gegeneinander der beiden ungleichen Teilgesellschaften als *ein* historischer Vorgang dargestellt wird. Ich meine keine Geschichte, die sich ausdrücklich auf die Wechselbeziehungen zwischen Ost und West konzentriert, sondern eine, die das Format hat, deutsche Geschichte so zu begreifen, daß sie von Ost- und Westdeutschen gleichermaßen als ihre Vergangenheit angesehen werden kann. Anders gesagt: Mich interessiert, welchen Platz die Geschichte der Gesellschaft, der ich im größeren Teile meiner aktiven Lebensphase angehörte, im kulturellen Gedächtnis der Deutschen einnehmen wird. Die Geschichte der Arbeiterbewegung scheint mir einen Zugang zu übergreifenden deutschen Geschichtsdarstellungen zu bieten.

Das zweite Motiv hängt eng damit zusammen, es ist der auf die Zukunft gerichtete Aspekt historischen Interesses. Es ist die Frage

Dietrich Mühlberg – Jg. 1936; Prof. Dr. sc., Kulturwissenschaftler. Studium von Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte. 1974 Professur für Kulturgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; Forschung und Lehre zur Kulturtheorie und vor allem zur Kulturgeschichte des Alltags, der kleinen Leute und ihrer sozialen Bewegungen. Seit 1998 in Projekten zur deutschen Kulturgeschichte nach 1945 beschäftigt, daneben weiter Lehrtätigkeit. Publikationen zur Arbeiterkultur und zur Alltagskultur des 19. und 20. Jahrhunderts.

Der Text basiert auf einem Beitrag zur Konferenz »Arbeiterbewegung in der DDR«, die am 06. 12. 2001 in Berlin stattfand.

nach den Entwicklungstendenzen der heutigen Gesellschaft und nach den alternativen Möglichkeiten, die darin enthalten sind. Auch dies hängt mit dem Ende der DDR zusammen. Einerseits entstand durch ihren Beitritt zur Bundesrepublik ein neues großes Deutschland und eröffnete damit eine Phase neuer Chancen und Risiken. Andererseits scheint ihr Zusammenbruch bewirkt zu haben, daß über Alternativen zum heutigen Gesellschaftszustand kaum mehr nachgedacht wird – schon gar nicht in sozialistischer Tradition und Perspektive. Das läßt längst erforschte historische Vorgänge in einem anderen Licht erscheinen.

Beide deutsche Gesellschaften gingen nach dem Zweiten Weltkrieg aus der durch äußere Kräfte niedergedrungenen NS-Herrschaft hervor. Beide waren von den administrierenden Besatzungsmächten als Alternative zum Nationalsozialismus gedacht, den sie als mögliche Lösung für die inneren Widersprüche der deutschen Gesellschaft dauerhaft auszuschließen trachteten. Die eine Seite mobilisierte dafür konservative und liberale Bürger, die andere Seite hielt sich an die Arbeiterorganisationen, voran die ihr herzenverwandten Kommunisten. Auf der einen Seite wurde der kapitalistische Gesellschaftstyp mit seinen üblichen Regulationen fortgesetzt, aber durch Parteiendemokratie und Sozialstaat besser abgesichert. Auf der anderen Seite wurde das Privatvermögen verstaatlicht und seine Nutzung und Verwaltung durch die faktische Alleinherrschaft der marxistisch-leninistischen Partei geregelt. In Ostdeutschland quasi eine Doppelalternative: antifaschistisch und antikapitalistisch.

Zwölf Jahre nach dem Scheitern der ostdeutschen Generalalternative ist es an der Zeit, ohne politische Aufregung nach den Ursachen zu fragen. Dazu hat – allerdings keineswegs affektfrei und politisch durchaus tendenziös – die dominierende Diktaturforschung einiges geleistet. Sie hat an vielen Details bestätigt, was alle ohnehin wußten: Das politische System der DDR war diktatorisch. Für die einen war das ohnehin selbstverständlich, weil sie den zentralistischen Entscheidungsmodus für notwendig und richtig hielten, für die dagegen haltenden anderen, weil sie als demokratische Bürger gegen den Realsozialismus grundsätzliche Argumente ins Feld zu führen suchten. Und schließlich wußten das selbstverständlich auch diejenigen, die das Diktatorische am System beklagten und den »Realsozialismus« durch mehr Demokratie reformieren wollten; viele dieser Reformer sind vom schließlichen Gang der Dinge enttäuscht. Die einfachen Leute im Osten sind heute etwas unschlüssig, in welchem der Systeme sie mehr Mitspracherecht hatten – denn unter Demokratie verstehen sie mehrheitlich, daß Entscheidungsbefugnis nicht delegiert wird.

Auf dieser Ebene liegt dann das, was die sogenannte Alltagsgeschichte zum Problem beizutragen hat. Grundsätzlich ist sie ein wichtiger Zweig der historischen Forschung, Kulturgeschichte ist ohne Kenntnis des Lebensalltags unmöglich. Aber zur DDR-Geschichte haben die Nachrichten aus dem Alltagsleben gleichfalls nur vermelden können, was die Beteiligten auch schon wußten: George Orwells *Negativutopie 1984* ist ein literarisches Werk, der reale Lebensalltag in der sogenannten »durchherrschten« Gesellschaft sieht etwas anders aus, als es die Ergebnisse der Diktaturforschung vermuten lassen.

Die politischen Wirkungen dieser beiden Arten von Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit dürften nicht unproblematisch sein. Während die Diktaturforschung die demokratischen Illusionen der ostdeutschen Sozialisten und Reformen bekräftigte, hat die Alltagsforschung mit ihren vielen Belegen für allerlei Widerständigkeiten das Selbstbewußtsein der Vielen gestärkt, die inzwischen ihr früheres Leben einerseits ganz gut und selbstverständlich finden, aber zugleich nach Legitimationen für ihre neue Daseinsweise suchen. Darum haben sie als Zeitzeugen auch alle gern bestätigt, ein wenig widerständig gewesen zu sein (in der Erinnerung konnte es auch mehr werden). Matthias Middell hat auf dieses seltsame Nebeneinander von Identifikation und kritischer Distanz aufmerksam gemacht und es als Indiz für mangelhafte Verarbeitung der Vergangenheit gewertet.

Nun geben aber weder der Nachweis von Diktatur noch der Hinweis auf ihre Unvollkommenheit eine Antwort auf die Frage, woran die 1945 installierte ostdeutsche Alternative tatsächlich gescheitert ist. Nun vergesse ich ja keineswegs, daß die DDR – von der Sowjetunion in einer bestimmten Situation ins Leben gerufen – beinahe zwangsläufig mit Gorbatschows Reich untergehen mußte. Aber das erübrigt weiteres Fragen nicht und mir scheint, daß die Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung zum Kern des Problems führen kann. Schließlich ist das Sowjetsystem nicht vom Himmel gefallen, sondern einst von den russischen Mehrheitssozialdemokraten installiert worden.

In der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist um die vorige Jahrhundertwende aus Anlaß revolutionärer Zuspitzungen die Frage heiß diskutiert worden, unter welchen Bedingungen denn eine Chance bestünde, den angestrebten Zukunftsstaat zu errichten. Da gingen die Meinungen über Weg und Ziel, über Zeitpunkt und Verfahrensweise bekanntlich auseinander, führten zu Fraktionskämpfen und schließlich zur Spaltung. Unter gänzlich anderen Bedingungen wiederholte sich diese Debatte 1945 in den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, ob jetzt denn »der Sozialismus« angesagt sei und man fähig dazu wäre, ihn zu machen.

Das ist bekannt, und ich erwähne es nur, weil ich es für die entscheidende Frage halte, ob es überhaupt möglich war, daß eine politische Bewegung, die aus den Arbeitermilieus hervorgegangen war, die sich auf diese Milieus stützte und tendenziell alle zu Arbeitern machen wollte, überhaupt über die subjektiven Voraussetzungen für die Aufgabe verfügte, ein Gesellschaftsganzes dauerhaft alternativ zum kapitalistischen Gesellschaftstypus zu gestalten. Man kann einwenden, daß darauf kaum eine schlüssige Antwort zu finden sei und sich solches Abwägen nicht in wissenschaftliche Fragestellungen übersetzen lasse. Das mag schon sein, doch bliebe zu bedenken, daß es allen an den heutigen Debatten beteiligten Historikern (Professionellen wie Laien) um genau diese Möglichkeit geht. Die einen sammeln Belege dafür, daß ein solches Gesellschaftsprojekt unsinnig und auf Dauer unmöglich ist, die anderen wollen mit ihren Belegen nachweisen, daß es schon möglich gewesen wäre, aber an bestimmten Umständen gescheitert ist: zu früh an der falschen Stelle begonnen, von den falschen Leuten mit falschen Methoden betrieben,

durch äußeren Druck deformiert, an internationalen Konstellationen gescheitert und so weiter.

Es müßte also auch von den heftigsten Kritikern der DDR bedacht werden: Nur wenn man eine solche Möglichkeit – und sei es hypothetisch – voraussetzt, hat es überhaupt einen Sinn, allerlei Defizite in politischer Kultur und rechtlicher Ausformung aufzulisten, Machtanmaßung zu geißeln und mangelnde Öffentlichkeit zu beklagen oder Dokumente zu sammeln, die Kunstfeindlichkeit und Gängelung der Wissenschaft belegen. Das alles gerät zu einem simplen Sündenregister verbohrrer machterpichtiger Leute, wenn nicht wenigstens unterstellt wird, daß im Grundansatz die Chance des Erfolgs gegeben war. Erst recht gilt das, wenn die Beziehung von Arbeiterbewegung und DDR thematisiert wird und gar die (etwas abseitige) Frage aufgeworfen wird, ob die DDR überhaupt etwas mit der deutschen Arbeiterbewegung zu tun gehabt habe.

### *Zu den kulturellen Chancen eines Arbeitersozialismus*

Den »Arbeiter-und-Bauern-Staat« und die SED-Führung an den Zielen der Arbeiterbewegungen zu messen, ist in mehrfacher Hinsicht legitim. Vor allem, weil sie eine der großen geschichtsprägenden Kräfte des 19. und 20. Jahrhunderts war. Kulturgeschichtlich ist sie die erste große Bewegung von nichtbesitzenden arbeitenden Menschen, die für sich die gleichen Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten einfordern, wie sie Besitzende haben (und wie sie die bürgerliche Revolution abstrakt proklamiert hatte).

Aber es sollte auch anders als aus dem Blickwinkel der Arbeiterbewegung gefragt werden. Für das Verständnis historischen Handelns ist auch die Kenntnis des Möglichen wichtig. Darum wäre auch zu prüfen, ob es überhaupt eine Chance gegeben hat, die Ziele des »Arbeiterbewegungssozialismus« erfolgreich durchzusetzen, bevor die Träger dieser Bewegung gegen Ende des 20. Jahrhunderts selbst zu historischen Gestalten geworden sind. Darum möchte ich ergänzend einen anderen möglichen Blickwinkel vorstellen und dabei andeuten, was denn Kulturgeschichte an der DDR-Gesellschaft untersuchen sollte.

Zunächst sei betont, daß es angesichts des historischen Verlaufs selbstverständlich völlig unsinnig wäre, die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaftsverfassung zu bestreiten. Projekte gesellschaftlicher Umgestaltung, wie sie in Ostdeutschland und in anderen Ländern betrieben worden sind, waren lange vorbedacht und angestrebt, dann in offensichtlich ungünstigen Situationen tatsächlich begonnen worden und über einen beträchtlichen Zeitraum gegen kräftige Widerstände durchgehalten worden – eben »Realsozialismus«. Bei aller Macht des Faktischen bleibt aber zu prüfen, welche Chancen die objektiven Bedingungen enthielten, ein sozialistisches Projekt auch dauerhaft erfolgreich zu gestalten.

Diese übergreifende Frage nach den Chancen des »Gesellschaftsexperiments« wäre auf seine kulturelle Seite hin zu konkretisieren. Kulturforschung, die dieses Ziel verfolgt, hätte wohl in drei Richtungen vorzugehen. Einmal wäre zu prüfen, ob eine politische Bewegung, die sich dauerhaft auf die sozialkulturellen Milieus der Arbeiter stützte oder zu stützen beabsichtigte, daraus überhaupt die



nötigen Antriebe und Kräfte für einen gesellschaftlichem Umbau der anvisierten Dimension entwickeln konnte (hier geht es um den Zusammenhang von Arbeiterkultur und Arbeiterbewegung). Zum anderen müßte spezieller danach gefragt werden, auf welche Weise und wie weit die politischen Akteure, also die organisierten Kräfte, die tatsächlich am Werke waren, die Dimension ihrer selbstgestellten Aufgabe begriffen hatten und ihr auch praktisch gewachsen waren, ob sie also die kulturelle Kompetenz für eine solche Unternehmung besaßen oder mit der Zeit erwarben (hier wird nach der Kultur der Arbeiterbewegung gefragt). Und schließlich wäre nach der tatsächlichen Wirksamkeit von Elementen der Arbeiterkultur in der DDR-Gesellschaft zu fragen und dabei auch zu prüfen, welchen Einfluß sie auf Zuschnitt und Struktur wie auf Stabilität und Dynamik des Gesellschaftssystems hatten. Ist es zusammengebrochen, weil eine arbeiterlich geprägte Gesellschaft – grundsätzlich oder in dieser spezifischen Konstellation – nicht lebensfähig sein konnte? (hier wäre nach den Potenzen der Arbeiterklassenkultur zu fragen). Für diese drei Fragerichtungen möchte ich andeuten, worum es dabei geht oder gehen könnte.

#### *Trägt das Arbeitermilieu die Bewegung?*

Für die erste Frage nach dem sozialkulturellen Milieu, auf das sich die sozialistische politische Bewegung stützte, wissen wir, daß sie unter den politischen Kräften, die sich durchsetzen sollten, jeweils nur anfangs grundsätzlich diskutiert worden ist. Die russischen Sozialdemokraten konnten nach dem einmal begonnenen Aktionismus, den Lenins Aprilthesen begründet hatten, nicht mehr auf Plechanows prophetische Warnung zurückkommen. Er hatte dagegen gehalten, Rußland brauche erst noch hundert Jahre Kapitalismus, auch damit sich eine wirkliche Arbeiterklasse in Rußland bilde. Einmal in Gang geraten, hatte sich die Warnung erledigt. Sie wurde unterdrückt. Und auf Plechanows Einwände reagierte Trotzki mit dem Plan einer Kulturrevolution, durch die die zivilisatorischen Rückstände des Landes kompensiert werden sollten. Die russische Revolution galt den deutschen Kommunisten dann als der Beweis für das Dogma von der »siegreichen Partei der Arbeiterklasse«. Die Idee von der »historischen Mission« der Klasse ließ die kleinliche Frage danach, was die real vorfindlichen Arbeiter mit der politischen Bewegung verbindet und welche Kräfte ihr aus deren sozial-kulturellen Milieus zufließen können, gar nicht zu. Immer mal wieder gab es Funktionärsstreit über die zu mobilisierende Basis. Generell aber wurde »von oben« gedacht und darin rein voluntaristisch ein Problem der politischen Bewußtheit und des erreichten Organisationsgrades gesehen – eine Denkweise, wie sie übrigens für alle Arten von Arbeiterbewegung typisch ist.

Auch in Ostdeutschland ist dieses Problem nur ganz am Anfang diskutiert worden, als alle politischen Parteien für den Sozialismus votierten und nur die KPD darauf hinwies, daß zwölf Jahre faschistischer Diktatur das Klassenbewußtsein der Arbeiter so weit verschüttet hätten, daß erst einmal eine antifaschistisch-demokratische Ordnung als demokratischer Lernprozeß unerlässlich sei. Später – vor allem mit dem 17. Juni 1953 – verengte sich das auf die Formel

Ich erinnere mich noch gut an eine Art Offenbarungseid, den ich leisten mußte, als im April 1989 die Kommission Arbeiterkultur der Ethnologen sich in Tübingen versammelt hatte und die Entwicklung der Arbeiterkultur seit 1945 resümierte. Zwar konnte ich mit allerlei Informationen über transformiertes Fortleben der Arbeiterklassenkultur in der DDR aufwarten und die eigene Gesellschaft als »arbeiterliche« preisen. Doch zur dort verhandelten Sache selbst – wie denn die Arbeiter in der DDR kulturell verfaßt sind – konnte ich nur wenig sagen und mußte mich damit herausreden, daß wir künftig für die DDR herausbekommen wollten, welche historischen Lebensformen der Arbeiter sich überlebt haben und verschwunden sind, welche ihrer Eigenheiten inzwischen von allen geteilt werden und welche kulturellen Besonderheiten heutige Arbeitermilieus auszeichnen. Es ist schon peinlich, einzugehen, daß es am Ende der DDR-Gesellschaft keine Geschichte ihrer Arbeiterklasse gab und die kulturelle Verfassung der Arbeitermilieus weitgehend unbekannt war (selten hat eine herrschende Klasse so wenig über sich selbst erfahren). Ich erwähne das auch, weil es sich heute als stark hinderlich bei der Untersuchung der aktuellen kulturellen Assimilationsprozesse erweist, daß so wenig über die (nun) geschichtlichen Hintergründe jener Verhaltensweisen bekannt ist, die die Ostdeutschen bei der Eingewöhnung in die westdeutsche Gesellschaft zeigten.

von den »klassenfremden Elementen« unter den Arbeitern. In der Folge hat die SED-Führung zwar hochsensibel auf alle »Widerständigkeiten« unter den Arbeitern reagiert, aber eine nennenswerte Forschung zu den Arbeitermilieus und zu ihrer inneren Dynamik hat es nicht gegeben.

### *Zur Kultur der Arbeiterbewegung*

Mit der zweiten kulturellen Frage an die Geschichte der DDR-Gesellschaft sollten die eigenen, die subjektiven Voraussetzungen erkundet werden, die die politische Arbeiterbewegung für die geschichtlich völlig neue Herausforderung besaß, eine ganze Gesellschaft umzubauen und zu dirigieren. Diese Frage ist in der Geschichte der SBZ/DDR mehrmals andeutungsweise aufgeworfen worden, doch ist sie nie wirklich grundsätzlich gestellt worden. Ich will mich zu der anhaltenden und hochaktuellen Debatte nicht äußern, ob grundsätzlicher Gesellschaftsumbau nach einem Gesamtplan überhaupt eine sinnvolle Zielsetzung sein kann. Umfrage-Daten belegen, daß (mit Schwankungen) so um 70 bis 80 Prozent der Ostdeutschen den Sozialismus für »eine gute Idee« halten, die nur schlecht angepackt worden ist. Für mich sind übrigens auch diese Daten – im Unterschied zu pessimistischen Beurteilungen des Geschichtsinteresses unserer Zeitgenossen – ein Ausweis für Traditionsbewußtsein.

Aber: ein solch breites (und vielleicht unerwartetes) Bekenntnis zum Sozialismus als einer guten Idee, sollte das Herz des altgedienten Funktionärs besser nicht erwärmen. Denn das heißt ja im Klartext: Die SED war nicht fähig genug, hat die gute Idee diskreditiert, mit solchen Leuten wollen wir nicht noch einmal anfangen usw.

Wie wir wissen, wußte es die Führung der SED zu verhindern, daß ihre eigene Befähigung zum Gegenstand wissenschaftlicher Analysen gemacht werden konnte. Als es 1952 plötzlich hieß, die Arbeiterklasse wäre nun fähig, den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu beginnen, war das nicht nur eine Floskel ohne jede Absicherung, es war auch eine bewußte Unwahrheit. Und nicht nur deshalb, weil gar keine analytische Arbeit geleistet worden war, sondern weil über »die Arbeiter« damals ganz anders gedacht worden ist. Das nicht nur aufgrund der Instruktorsberichte, sondern schon aus Tradition. Seit Beginn der politischen Arbeiterbewegung überwog in allen ihren Abteilungen ein negatives kulturelles Bild von den Arbeitern, das von Überzeugungen geprägt war, die bis heute vielen vertraut sind:

- Arbeiter leben hart an der Armutsgrenze, sie sind von zunehmender Verelendung betroffen,
- Arbeiter haben keinen Gestaltungsspielraum, sie sind ihrer Arbeit entfremdet,
- sie bilden bestenfalls örtliche Arbeiterkulturen,
- sie denken aus eigener Anstrengung bestenfalls gewerkschaftlich,
- Arbeiter sind allein durch ihre politische Klassenorganisation zu Eigenem fähig, sind also »an sich« zum Aufbau einer alternativen Gesellschaft noch ungeeignet.

Aber auch die Kultur der politisch organisierten Arbeiter wurde nicht hoch veranschlagt. Sie kam noch einmal zur Sprache, als sechs Jahre nach dem mißglückten Schnellschuß von 1952 die SED auf ihrem V. Parteitag etwas gründlicher über den sozialistischen Gesellschaftsaufbau diskutierte. Walter Ulbrichts Rückblick von 1958 dürfte noch in Erinnerung sein. Er hob hervor, daß einige Hunderttausend Arbeiter ohne entsprechende Vorbildung in Führungsfunktionen von Staat und Wirtschaft aufgestiegen sind, die oftmals nur

über so viel Kultur verfügten, wie ihnen die Arbeiterbewegung hatte geben können. Damit war zumindest indirekt von *Arbeiterbewegungskultur* die Rede. Im Unterschied zur sowjetischen Kulturrevolution, mit der die Rückständigkeit des halbfeudalen Agrarlandes überwunden werden sollte, wurden hier nun die Arbeiter allgemein (und die in Leitungsfunktionen aufgestiegenen ganz besonders) dazu aufgefordert, die »Höhen der Kultur« zu erstürmen. Mangelnde Befähigung zur politischen und wirtschaftlichen Führung wurde als kulturelles Problem gesehen (»Probleme des Zurückbleibens des subjektiven Faktors« hieß das bei Walter Ulbricht).

Es ist für den Bereich der politischen Kultur nicht untersucht worden, was die Arbeiterbewegung den organisierten Arbeitern an Kenntnissen und Erfahrungen vermittelt hatte, die nun für den Gesellschaftsaufbau nutzbar wurden. Das hätte auch den kommunistischen Führungsanspruch geschmälert, denn es war ja offensichtlich, daß die Gestaltung ganzer Gesellschaftsbereiche ohne die sozialdemokratischen Erfahrungen aus der Weimarer Republik (etwa in Kommunal-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik) gar nicht möglich gewesen wäre. Und es muß bedacht werden, daß etliche der sowjetischen Überformungen in gewisser Weise Re-Importe waren, hinter denen Traditionsbestände der westlichen Arbeiterbewegungen standen. Man denke nur daran, wie das Volkshaus nun als sowjetisch modelliertes Kulturhaus nach Deutschland zurückkam.

Die Tatsache, daß nun viele junge und ältere Leute aus den Arbeitermilieus in Leitungsfunktionen aller Ebenen eingetreten waren, dürfte unbestritten sein. Ebenso die Folgen der Rekrutierungs- und Aufstiegsmobilität. Vor allem waren dadurch den weiter bestehenden Arbeitermilieus vielfach die organisierten Kräfte – das heißt, die Träger der Arbeiterbewegungskultur – entzogen worden. Das modifizierte die Arbeiterkultur. Sie verlor dadurch auch an Bindung zur eigenen Organisationskultur, die den Arbeitern jetzt zudem in staatlich organisierter Form gegenübertrat.

Zugleich bildeten die Aufgestiegenen relativ schnell eigene sozialkulturelle Milieus mit eigenen kommunikativen Netzen, Sprachen, Wertvorstellungen. Obwohl das Bildungsprogramm bürgerlich orientiert war und wiewohl es etliche Anlässe gab, Verhaltensweisen bürgerlicher Funktionsträger zu adaptieren, blieben sie in vielen Äußerlichkeiten, in der Denkweise und den Wertvorstellungen den Herkunftsmilieus verbunden. Vor allem, weil sie sich als Aufsteiger nicht an ein bereits kulturell ausgeformtes Milieu anpassen mußten, sondern dort mehrheitlich ihresgleichen vorfanden. Nur die Interessenlage war bei diesen professionellen Vertretern der Arbeiterinteressen – als die sie sich weiterhin verstanden – nun deutlich anders als im Herkunftsmilieu. Dieses Milieu der gehobenen Funktionärschicht stabilisierte sich auch kulturell. Eine Analyse der Wertvorstellungen, Denkweisen, Vorurteile usw. dieser hegemonialen »Teilkultur« steht noch aus. Einen möglichen Zugang sehe ich in der Analyse der Arbeiterbilder, die da im Umlauf waren, propagiert wurden, über die gestritten wurde. In den Vorstellungen vom Sozialtypus »Arbeiter« spiegelten sich die Selbstbilder der politischen Funktionäre, der Funktionseliten und in bestimmtem Maße auch die von Arbeitern.

Es muß auch bedacht werden, welche gravierenden kulturellen Folgen der Übergang der Arbeiterpartei und der Massenorganisationen zum Betriebssystem hatte. Einmal wurden mit der Liquidierung des Vereinswesens in der DDR (durch Verordnung der deutschen Verwaltung des Innern im Januar 1949) auch fast alle Arbeiterkulturorganisationen aufgelöst – soweit deren Neugründung nach 1945 überhaupt zugelassen worden war. Die Volksbühne wurde erst später in den FDGB überführt. Zum andern war damit auch der wichtigste Beitrag zur Auflösung der alten sozial-moralischen Klassenmilieus der Arbeiter geleistet. Ähnliche Folgen hatten die Mitte der 50er in der Bundesrepublik einsetzende hohe Arbeitsmobilität und der Stadtbau: Sie beseitigten die Klassenkultur als räumliche, sinnlich erlebbare Heimat und als ein entsprechend gepflegtes Reservat.

### *War die Arbeiterkultur prägend?*

Kann es nach solchen »Negativbefunden« überhaupt noch sinnvoll sein, die dritte Frage nach der tatsächlichen Wirksamkeit von Elementen der Arbeiterkultur aufzuwerfen und zu prüfen, ob die DDR eine proletarisierte, eine arbeiterliche Gesellschaft war? Tatsächlich fallen Antworten darauf recht widersprüchlich aus, wenn zugespitzt gefragt wird, ob die hegemoniale bürgerliche Leit-Kultur der kapitalistischen Gesellschaft in Ostdeutschland durch eine arbeiterliche Kultur abgelöst oder verdrängt worden ist, die dann die Kultur der sozialistischen Gesellschaft geprägt hat.

Die These von der DDR als einer »arbeiterlichen Gesellschaft« wird zum Beispiel von Wolfgang Engler (Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002) vertreten.

Dieser Gedanke einer möglichen kulturellen Hegemonie der Arbeiter ist den meisten Funktionären der großen Strömungen der Arbeiterbewegung aufgrund ihrer abwertenden Distanz zu den Arbeitermilieus nie gekommen, sie dachten sich den Zukunftsstaat oder »den Sozialismus« immer als Herrschaft ihrer eigenen Ideen und Wertvorstellungen, angereichert durch alles Wertvolle usw. Was später (wissenschaftlich) durch den Begriff »Arbeiterkultur« gefaßt worden ist, schätzten sie größtenteils gering. Und dies schon, weil sie immer wieder dem Vorwurf der Kulturlosigkeit der Arbeiter wie der Arbeiterbewegung ausgesetzt waren und ihm auch entgegentreten hatten.

So wehrte sich Rosa Luxemburg mit dem bekannten Wort, der Sozialismus sei keine Messer-und-Gabel-Frage, sondern eine große Kulturbewegung. Folgerichtig wurde »der Arbeiterklasse« propagandistisch allerlei zugeordnet oder angedichtet, wozu sie bestenfalls »in Gestalt ihrer besten Vertreter« und durch die Arbeiterbewegung in eine äußere Beziehung treten konnte. Propagandistisch hieß es, »die Arbeiterklasse« bewahre das kulturelle Erbe und eigne es sich an. Dies bekanntlich über »ihren Staat«, der dies alles »als Ausdruck der Klasseninteressen« pflegte. Noch gut im Gedächtnis auch die recht eigenartige Behauptung, der Marxismus-Leninismus sei der höchste Ausdruck der Kultur der Arbeiterklasse!

Wenn auf die Vorwürfe kultureller Mängel oder gar der Kulturlosigkeit überhaupt und immer abwehrend reagiert wurde, so hängt das damit zusammen, daß alle Vordenker der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung selbst bürgerlich geprägt waren. Dieser (bürgerliche) Vorwurf modernen Barbarentums mußte sie also treffen. Ihre radikalisierten bürgerlich-humanistischen Wertvorstellungen

bildeten den Antrieb für ihr politisches Engagement und besaßen schon darum axiomatischen Charakter. Das gilt für Luxemburg und Lenin, Mehring und Kautsky, für die Späteren ohnehin. Der Kulturtheoretiker Hans Koch dachte, er sage was Nettes über Lenin und sich selbst, wenn er bei diversen Gelegenheiten betonte: »Lenin liebte die Appassionata!« Aber er meinte wohl, die wenig kultivierten Funktionäre in seiner Umgebung täten gut daran, Lenins Beispiel zu folgen.

Ansätze für klassenbezogene Überlegungen zur Arbeiterkultur wurden schon früh abgedrängt. Für die deutsche Arbeiterbewegung hat Franz Mehring dafür die entscheidenden Argumente geliefert. Unterdrückt wurden die Ideen Nikolai Bogdanows, der proletarische Kultur von dem spezifischen Leistungsvermögen der Arbeiter her zu definieren versuchte und darum das moderne industrielle Produktionsdenken zum Ausgangspunkt nahm. Ähnlich erging es Leo Trotzki, auf den die Idee der sozialistischen Kulturrevolution zurückgeht, die in der Lenin zugeschriebenen Version zu einem bürgerlichen Bildungsprogramm geworden ist. Trotzki dagegen bewegte es auch, wie weit die entstehende Massenkultur proletarisch geprägt sei oder werden könnte – Gedanken, die Willi Münzenberg vor allem praktisch weiterentwickelt hat.

Die Vorstellungen vom Sozialismus waren in den großen Abteilungen der deutschen politischen Arbeiterbewegung meist mit bürgerlichen Kultur- und Bildungsvorstellungen kombiniert. »Dem Proletarier« wurde unterstellt, auch er habe Sehnsucht nach dem Schönen und werde zukünftig eine innige Beziehung zur Kernzone bürgerlicher Kultur entwickeln, er sei schon heute immer häufiger ein Lesender und werde – wo die Bedingungen günstig sind – zunehmend auch ein literarisch schöpferischer Mensch. Das war dann auch die bekannte kulturrevolutionäre Parole der DDR: vom lesenden zum schreibenden Arbeiter. Praktisch war dieser »Bitterfelder Weg« eine wohl einmalige volkspädagogische Aktion, die selbstverständlich auch die künstlerische Kultur der DDR mitgeprägt hat. Aber weil literarische Kommunikation und Produktion von Texten für die Lebenswelt der meisten Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Belang ist, lag dieses kulturpolitische Projekt deutlich neben ihrer Alltagskultur und hatte auf sie kaum einen Einfluß.

Was den Umgang mit der Arbeiterkultur betrifft, ist den Arbeiterbewegungen wohl generell anzukreiden, daß sie dazu keine positive Beziehung entwickelt haben. Als sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine milieugestützte Arbeiterkulturbewegung zu entwickeln begann, wurde sie allein als »Vorfeldorganisation« begriffen. Nach 1945 wurde sie von den Arbeiterparteien für nicht sonderlich wichtig gehalten. Die SED hat sie schließlich ganz abgeschafft und auch damit ein Korrektiv des eigenen Handelns beseitigt. Politisch wie kulturell scheint mir damit auch die eigene Herkunft mißverstanden worden zu sein – ein Irrtum, der auch den Selbsterkenntnisprozeß blockierte und die Losung vom Arbeitersozialismus zur Floskel werden ließ.

Folgt man diesen Argumenten, dann kann keine Rede davon sein, daß die DDR durch Arbeiterkultur geprägt worden ist. Andererseits gilt der Osten bis heute als »Land der kleinen Leute«. In den Ver-

mutungen über die internen Ursachen für den Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems wird immer wieder indirekt auf Arbeiterkultur (als Lebensform und Denkweise) hingewiesen, die sich (vielleicht hinterrücks) in der DDR-Gesellschaft doch durchgesetzt habe. Denn prominent wird die Auffassung vertreten, daß die DDR-Gesellschaft »arbeiterlich« war. Die Konstituierung der Arbeiterbewegung zum Staat habe schon durch seine entsprechend sozialisierten Mitarbeiter die Arbeiterkultur zur herrschenden gemacht – freilich gegen die Absichten der politischen Machtelite. Und vor allem: Ohne daß sie es selbst bemerkt hätte, denn gerade sie hatte keinen Begriff von Arbeiterkultur und wollte zugleich auch nicht »arbeiterlich« oder proletarisch im alltagskulturellen Sinne sein.

In diesem Punkte ist bei weiterer Beweisführung allerdings Vorsicht geboten. Schnell bedienen hier die Ergebnisse kulturanalytischer Versuche den Hochmut bürgerlicher Eliten in Journalismus, Politik und Wissenschaft. Denn die sind (bei aller Betonung gegebener Chancengleichheit in der von ihnen gestützten Gesellschaft) denn doch der Überzeugung, daß Tischler und Dachdecker von der großen Politik zu wenig verstehen. Trotz dieser Besorgnis möchte ich an zwei Beispielen abschließend andeuten, auf welche Weise diese Vermutung einer hegemonialen Arbeiterkultur gestützt werden könnte.

Von Historikern der Arbeiterkultur wurde häufig auf den Zusammenhang von proletarischer Lebenswelt – voran die prägende Arbeitssituation – und Gesellschaftsbild der Arbeiterinnen und Arbeiter hingewiesen. Ein für sie ganz normales Bild ist das rationale, von einer planenden Zentrale gut organisierte und »militärisch« zu leitende Zusammenwirken in der industriellen Produktion, in der Fabrik. Darum findet sich schon bei Karl Marx der Kerngedanke: Die alltägliche kooperative Erfahrung und das moderne Produktionsdenken machen allein die Arbeiter aufnahmefähig für den Vorschlag, auch die gesellschaftlichen Beziehungen »vernünftig« zu regeln. Ist es da nicht naheliegend, sich die Gesellschaft wie eine große Fabrik vorzustellen, die entsprechend geleitet wird?

Aus solchen milieubestimmten historischen Erfahrungen heraus wird verständlich, warum ein recht einfaches mechanisches Gesellschaftsmodell das planende und reaktive Handeln der politischen Akteure und Entscheidungsträger gelenkt haben dürfte. Anders könnten die Vorstellungen von einer einheitlichen Kultur, von einer Menschengemeinschaft, in der individuelle und gesellschaftliche Interessen übereinstimmen, gar nicht zu erklären sein. Es blieb bis zum Ende bei dem Ideal harmonischen Zusammenwirkens aller Gliederungen und Abteilungen (oder wie bei Walter Ulbricht schon kybernetisch gedacht: der Teilsysteme) nach einem Gesamtplan. Gesellschaft wurde nicht als ausbalanciertes System unterschiedlicher und gegensätzlicher Interessengruppen verstanden, sondern als ein lenkbares Ganzes. Tendenziell wurde die Gesellschaft darum als alles organisierender Staat gedacht. Diese Denkweise korrespondiert auffällig mit den Eigenheiten, die dem Sozialtypus des modernen Industriearbeiters zugeschrieben worden sind. Es scheint so, als ob diese Festlegung auf ein Industriegesellschafts-Modell und seine idealtypischen Hauptakteure die Modernisierungsneigung und die Fähigkeit zum ständigen Erneuern stark gebremst hat.

Der geniale Wilhelm Bracke entgegnete den Kritikern kommunistischer Pläne: Der Kommunismus wäre in Elementen bereits anzuschauen, die deutsche Post und die deutsche Bahn dienten ganz vorteilhaft allen. Bekanntlich hat Lenin Brackes Modell übernommen und ist mehrmals auf Post und Bahn als Gesellschaftsmodell zurückgekommen. Er hat sich aber auch in Berlin angeschaut, wie Elektrokonzerne national und darüber hinaus operieren. Und dann belegte die Gesamtverwaltung aller Ressourcen im Ersten Weltkrieg: Sogar der Mangel ließ sich auf ein Ziel hin organisieren.

Um noch einmal das Fabrik-Modell zu bemühen: Arbeiter sind mit der »sachlichen Seite« der modernen Industrieproduktion verbunden, nicht mit den wirtschaftlichen Verwertungsprozessen. Den Kern der Arbeiterkultur bilden ein neues Produktionsdenken und sachorientierte Vorstellungen von Effizienz. Von den »Verkehrsverhältnissen« haben sie durch ihre Arbeit keine eigene Anschauung. Und während sie es gelernt haben, alle ihre Bedürfnisse über den Markt der Konsumgüter und Dienstleistungen zu befriedigen, ist ihnen der Markt der Produktionsmittel und Kapitale nicht geheuer. Dieser Markt liegt außerhalb der Fabrik, die für den Arbeiter-Sozialismus Modell steht. Hier ist das Produktionsspektrum an den Gewohnheiten ausgerichtet, »falsche Bedürfnisse« erliegen schließlich dem Verteilungsmonopol des »Fabrikmanagements«, individuelle Eigenheiten werden als Störungen ausreguliert, relative Zufriedenheit stellt sich schließlich ein. Sie dauert aber nur so lange, wie ein solches Modell von »Arbeitersozialismus« als erstrebenswert oder normal gelten kann.

So vereinfachend solche Modellierungen sind, geht es dabei doch um Wesentliches, im Kern um den akzeptierten Bedürfnishorizont und den für angemessen gehaltenen Lebensstil in dieser tendenziell egalitären Gesellschaft. Auch hier setzten sich im »realen Sozialismus« arbeiterliche Vorstellungen durch, wurden Anliegen des Arbeiterbewegungssozialismus verwirklicht. Nachweislich sind sich die Ostdeutschen über die Jahre in vielen Positionen sehr ähnlich geworden. In Arbeitsbewertung, Zeitrhythmus, Versorgung, Wohnweise, Familientyp, Gesellungsformen, Kunstauffassung, Sprache und Habitus haben sich arbeiterliche Grundtendenzen durchgesetzt. Es soll hier nicht geprüft werden, wie weit das in Analogie zu »Proletarisierungen« in westlichen Gesellschaften geschah.

Wer sich zu den Idealen des Arbeitersozialismus bekennt, kann mit Stolz auf diesen erreichten Grad an sozialer und kultureller Gleichheit zurückblicken. In edelkommunistischer Gesinnung könnte man noch eins draufsetzen und beklagen, daß es mit der Gleichheit der DDR-Bürger doch nicht so weit her war, wie propagandistisch behauptet worden ist. Doch solche eigenartigen Anschuldigungen führen vom eigentlichen Problem weg. Tatsächlich wäre zu fragen, ob in dieser, am idealisierten Industriearbeiter ausgerichteten Tendenz zur sozialen und kulturellen Homogenisierung nicht eine wesentliche Ursache für das Verschwinden dieses Gesellschaftstyps liegt, weil gerade dies ihn lähmte und ihm die innere Dynamik nahm. Und das muß wohl mit hoher Wahrscheinlichkeit vermutet werden, obwohl es sich kaum mit wissenschaftlichen Methoden beweisen läßt. Überdies ist eine solche Hypothese im Osten nicht sehr populär. Wer möchte hier schon hören, daß das Scheitern der DDR auf kulturelle Unterlegenheit zurückzuführen ist. Dies nicht nur, weil allzu gern die Pflege und die Demokratisierung bürgerlichen Kulturguts als die eigentlichen Stärken der DDR angeführt werden, sondern weil sich damit alle Ostdeutschen abgewertet sehen müssen.

#### *Versuch eines Resümees*

Aber gäbe es dafür einen Grund? Tatsächlich liegt der Lebensabschnitt, den sie »unter sozialistischen Bedingungen« durchlaufen

Vergleiche auch nachstehende Arbeiten des Autors: »Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR«, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 62-94. »Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen«, in: Berliner Debatte INITIAL 10 (1999) 2, S. 4-17. »Kulturelle Differenz als Voraussetzung innerer Stabilität der deutschen Gesellschaft«, in: Berliner Debatte INITIAL 11 (2000) 2, S. 47-58. »Was heißt hier Arbeit?«, in: UTOPIE kreativ, Heft 80 (Juni 1997), S. 11-29.

haben, nun bald die Spanne einer Generation zurück, ist für sie selbst und für die Wissenschaft inzwischen zur Geschichte geworden. Beim Rückblick auf dieses Geschehen öffnen sich für uns das 19. und 20. Jahrhundert als ein Zeitraum, in dem die Arbeiter- und die Arbeiterbewegungskulturen die entscheidenden Sub- und Gegenkulturen in den klassengespaltenen europäischen Nationen gewesen sind. Sie waren dies als Teil einer übergreifenden kulturellen Großstruktur moderner Industriegesellschaften, die einheitliche Verkehrsformen hervorgebracht haben. Die milieugestützten oder klasseneigenen »Sonderkulturen« waren zugleich immer auch Ausprägungen einer übergreifenden (nationalen) Kultur. Diese war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bürgerlich geprägt, doch entstanden bald mit dem Anwachsen des städtischen Proletariats neue Kulturformen, deren Antriebe aus dem Lebensalltag der Industriearbeiter und kleinen Angestellten kamen. Die einsetzende Verwertung der Bedürfnisse dieser gesellschaftlichen Großgruppen (auf der Grundlage industrieller Massenproduktion aller Art) hat vieles davon dauerhaft objektiviert. Das schuf eine ambivalente Situation mit doppelter Folge. Einerseits lösten sich die milieutypischen Arbeiterkulturen mit den eindringenden massenkulturellen Formen weitgehend auf (damit ging auch das Gewicht von Arbeiterbewegungskultur zurück). Andererseits wuchs der Einfluß der an Arbeiterbedürfnissen profilierten massenkulturellen Formen auf die Gesamtkultur und auf die Kulturen fast aller Milieus. Ein Vorgang, der auch doppelt interpretiert wird: als Verbürgerlichung der Arbeiter und als Proletarisierung der Gesellschaft. Dieser kulturelle Wandel hält an und ist Ausweis für die kulturelle Dynamik von arbeiterlichen Milieus im heutigen Sinne.

Offenbar hat es dabei eine geschichtliche Phase gegeben, in der die industrielle städtische Arbeiterklasse der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder aufgrund ihres kulturellen Profils die Chance hatte, die Staatsmacht (vielleicht sogar demokratisch) zu majorisieren und die Gesellschaften dieser Länder in einem sozialistischen Sinne umzugestalten. Die historischen Konstellationen führten nur im zivilisatorisch rückständigen Rußland dazu. Das russische Beispiel hat dann die pro- und antisozialistischen Positionen stark beeinflußt. Dies macht es schwer, die Vermutung zu belegen, daß der kulturelle Horizont der Arbeitermilieus und die Kulturvorstellungen der daraus hervorgegangenen Arbeiterbewegungen durchaus dazu ausreichten, funktionsfähige sozialistische Industriegesellschaften zu installieren und auszuformen. Zugleich könnte gerade diese Befähigung die Akteure daran gehindert haben, die einsetzende kulturelle Ausdifferenzierung der modernen industriellen Gesellschaften zu begreifen und angemessen zu handeln. Das minderte ihre Potenzen beträchtlich und wurde vollends zum Verhängnis, als kulturelle Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit weltweit als produktive Kräfte immer gewichtiger geworden waren.





PETER FÖRSTER

## Die Generation der zweifach Enttäuschten. Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung

*Zur »Sächsischen Längsschnittstudie«*

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der Sächsischen Längsschnittstudie. Bei ihr handelt es sich um eine in ihrer Anlage einzigartige, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet seitdem den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen zwischen ihrem 14. und (gegenwärtig) 29. Lebensjahr. In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte sie den zunehmenden Verfall des politischen Bewußtseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase (seit Frühjahr 1990) begleitet sie den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Sie ist die einzige (ost)deutsche Längsschnittstudie, mit der es gelang beziehungsweise gelingt, in einer hinreichend großen, identischen Population die nachhaltigen und differenzierten Auswirkungen des Systemwechsels auf das Denken und Fühlen junger Leute im Osten zu dokumentieren.

Die generelle Forschungsfrage ist, ob beziehungsweise inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflußfaktoren eine solche Bindung fördern beziehungsweise hemmen. Unsere Hypothese ist, daß dabei von entscheidender Bedeutung sein wird, ob die in die Untersuchung einbezogenen jungen Frauen und Männer mit Unterstützung der Gesellschaft jene Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz beziehungsweise den des Lebenspartners.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die Teilnehmer bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, mehr oder weniger nachhaltig, geprägt worden. Zugleich waren beziehungsweise sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

In die Untersuchungen vor der Wende waren 1281 Schüler aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen.

Peter Förster – Jg. 1932,  
Prof. Dr. sc. paed;  
1966 Mitbegründer des  
Zentralinstituts für Jugend-  
forschung (ZIJ) in Leipzig,  
1966 bis 1990 Abteilungs-  
leiter im ZIJ.  
Ab 1991 nach Abwicklung  
des ZIJ und Arbeitslosigkeit  
Mitarbeiter der Forschungs-  
stelle Sozialanalysen,  
Teilnahme an mehreren  
Forschungsprojekten zur  
ostdeutschen Jugend;  
seit 1999 Ruhestand, Fort-  
setzung sozialwissen-  
schaftlicher Forschung auf  
ehrenamtlicher Basis, u. a.  
Fortsetzung der Sächsischen  
Längsschnittstudie.  
Zahlreiche Publikationen  
zur Jugendentwicklung in  
der DDR beziehungsweise  
in Ostdeutschland, sowie  
zu methodologischen und  
methodischen Fragen der  
Sozialforschung.  
E-Mail:  
prof.foerster@gmx.de

Im Frühjahr 1989 erklärten sich 587 Teilnehmer bereit, auch nach Schulabschluß weiter an ähnlichen Untersuchungen mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westen Deutschlands) reduzierte sich dieser Kreis in der Wendezeit auf 485 Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 13 (postalischen) Befragungen mit einer seit 1993 deutlich steigenden Quote.

Die 16. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juli 2002 statt. 420 Teilnehmer schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das sind 72% derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten beziehungsweise 87% jener, von denen Adressen vorhanden sind. Durchschnittsalter: 29,0 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 47%, entsprechend weiblich 53%. Von den Teilnehmern leben 92 in den alten Bundesländern (22%) beziehungsweise 6 im Ausland (1%).

Die Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind auch in den benachbarten, insbesondere höheren Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht unterstellt. Wie Vergleiche mit repräsentativen Untersuchungen jedoch belegen (zum Beispiel Shell-Studie Jugend 2000), widerspiegelt die Studie grundsätzlich die Situation vieler junger Ostdeutscher auf ihrem Weg in das vereinte Deutschland. Wir streben eine Fortsetzung dieser einzigartigen Studie an. Im Rahmen der 16. Welle erklärten sich 99% aller Teilnehmer zur weiteren Mitarbeit bereit.

### *Ja zur Wende und zur deutschen Einheit*

Zu den aussagekräftigsten Ergebnissen der Studie gehören die Trends der Einstellungen zur politischen Wende und zur deutschen Einheit, das heißt zu den Ereignissen, die das Leben der DDR-Bevölkerung und damit auch der Teilnehmer dieser Untersuchung von Grund auf veränderten. Wie die umfangreichen qualitativen Ergebnisse der ersten Befragung nach der Wende im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von fast allen Teilnehmern positiv bewertet. Charakteristisch waren Formulierungen der damals etwa 17jährigen wie: »Es wurde höchste Zeit mit der friedlichen Revolution.« oder »Ich bin froh darüber, daß wir uns in einem politischen Umbruch befinden. Denn so wie bisher hätte es nicht weitergehen können.«

In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Wende geblieben, die meisten davon sogar ohne Einschränkung. Diese Daten belegen, daß nur eine Minderheit die früheren politischen Verhältnisse zurückwünscht.

Eine differenzierte Betrachtung der Geschlechtergruppen läßt allerdings deutliche Unterschiede der Urteile zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern erkennen, insbesondere im Hinblick auf die einschränkungslose Bejahung der Wende. Die weiblichen Teilnehmerinnen bejahen die Wende fast durchgängig signifikant weniger häufig einschränkungslos als ihre männlichen Altersgefährten. Ein wesentlicher Grund dafür ist die aus zahlreichen Ergebnissen dieser Studie ablesbare Tatsache, daß die jungen Frauen teilweise erheblich stärker von den negativen Folgen der gesellschaftlichen Veränderungen betroffen waren und sind als die jungen Männer.

Die Teilnehmer der ersten Welle (1987) gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war DDR-repräsentativ.

Organisatoren der Studie waren Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität Leipzig, der Pädagogischen Hochschule Zwickau und des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig (ZIJ). Im Mittelpunkt stand die langfristige Analyse der Lebensorientierungen der Schüler, ihrer Zukunftserwartungen, ihrer Lerneinstellung, ihres Medienverhaltens, ihrer politischen Grundeinstellungen und ihrer Kollektivorientierung.

Bei mehreren Sachverhalten werden Ergebnisse der 15. Welle angeführt. Diese Welle wurde überwiegend im Dezember 2001 und Januar 2002 mit einer verkürzten Version des Fragebogens durchgeführt. Für das zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegende Manuskript der Publikation über die Studie »Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit« sollten aktuelle Informationen für wichtige Trends gewonnen werden, die Hinweise auf Auswirkungen der Ereignisse am und nach dem 11. September geben. Die trotz der sehr kurzen Rücksendefrist hohe Beteiligung von 354 Teilnehmern läßt die Verwendung der Daten dieser Welle zu.

Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die – von einer Minderheit abgesehen – nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren.

Die nach den Geschlechtergruppen differenzierten Zeitreihen lassen jedoch eine weitere, sehr bedeutsame Tendenz erkennen, insbesondere dann, wenn wir die Anteile einschränkungsloser Zustimmungen betrachten. Ablesbar ist, daß die jungen Frauen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg der Einheit erheblich weniger einschränkungslos bejahend gegenüber stehen als ihre männlichen Altersgefährten. Diese Erscheinung bleibt auch dann bestehen, wenn wir die Anteile der einschränkungslosen und eingeschränkten Zustimmung addieren. Sie ist (wie schon bei der Einstellung zur Wende) Ausdruck der weitaus stärkeren Betroffenheit der jungen Frauen durch negative Vereinigungsfolgen.

Relativiert wird die grundsätzliche Bejahung der Wende durch die 2002 erhobenen Angaben zu der Frage, inwieweit die Ziele der politischen Wende von 1989 heute verwirklicht sind. Nur ein reichliches Viertel der Panelmitglieder (28%) bejaht, daß die damaligen Ziele verwirklicht wurden, von den jungen Frauen erheblich weniger als von den jungen Männern. Die Mehrheit äußert sich ambivalent.

Vom Frühjahr 1990 an, also noch vor ihrem Vollzug (die Teilnehmer waren rund 17 Jahre alt), wurde auch die Einstellung zur deutschen Einheit erfaßt. Bei ihr konnte eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung beobachtet werden. Dieser Trend gehört zu den interessantesten und zugleich bedeutsamsten Ergebnissen unserer Studie. Ablesbar ist, daß sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und Sommer 2000, das heißt mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Beitritt (und mit zunehmendem Alter der Panelmitglieder) deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung »eher dafür als dagegen«. Im Frühjahr 2002 ist dieses hohe Niveau der Zustimmung erhalten geblieben.

Trotz der verbreiteten generellen Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen ambivalent beurteilt. Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen. Der bis 2000 erkennbare Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, scheint im Jahr 2002 gestoppt zu sein, vermutlich auf dem Hintergrund der immer deutlicher zutage tretenden wirtschaftlichen Misere im Osten.

Hinzu kommt, daß die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen beziehungsweise bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Dieser Trend ist außerordentlich informativ. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2002 davon aus, daß es noch 16 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2018). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18-24-jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre) berechnet (das wäre 1996 gewesen!). Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer »richtigen Gemeinschaft« zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 20,6 Jahre (das heißt im Jahr 2023). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen!). Diese Vorstellungen widerspiegeln auf spezifische Weise die ursprünglichen Hoffnungen auf das vereinte Deutschland und die nachfolgenden Enttäuschungen dieser jungen Leute von den Realitäten des Vereinigungsprozesses und von einer gesicherten Zukunft in Ostdeutschland.

#### *Geringe Zufriedenheit mit vielen Seiten des Gesellschaftssystems*

Zahlreiche Ergebnisse unserer Studie lassen den eindeutigen Schluß zu, daß die verbreitete Bejahung der deutschen Einheit nicht gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem.

Dieses System wird auch über ein Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet. Diese Sicht äußert sich sehr deutlich in der überwiegend geringen Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems, die im Rahmen der Studie seit mehreren Jahren untersucht werden. Mit einer Ausnahme überwiegt eindeutig geringe Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit. Verhältnismäßig günstig fällt noch die Beurteilung der Außenpolitik aus, mit der die reichliche Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden (4%) oder zufrieden (46%) ist. Knapp die Hälfte (46%) ist mit der Demokratie mehr oder weniger stark zufrieden.

Mit den anderen Aspekten ist gerade oder weniger als ein Drittel zufrieden. Das betrifft die Wirtschaftsordnung (33%), die Militärpolitik (29%) und – besonders wesentlich – das politische System (27%). Noch geringer ist allerdings die Zufriedenheit mit der Familienpolitik (22%), der Gesundheitspolitik (20%) und der Sozialpolitik (17%). Bei der Lohnpolitik im Osten ist mit 61% der Anteil derer am höchsten, die völlig unzufrieden sind. Das verweist auf die Brisanz der Lohnsituation und die hohe Aktualität der Diskussion um eine Lohnangleichung an den Westteil.

Zu zahlreichen Aspekten liegen mittlerweile langjährige Trends vor, so zum Beispiel zur Zufriedenheit mit dem politischen System, einem der aussagekräftigsten Kriterien der Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem. Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden (2002: null Prozent, Maximum 1994 mit 4%). Zwischen 1994 und 1998 war sogar ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen, der nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU in der Endzeit der Kohl-Ära stand. Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen Teilnehmern zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere dem politischen System. Die tendenzielle Zunahme der Systemzufriedenheit Ende 2001 hat sich 2002 nicht fortgesetzt.

Der nach den Geschlechtergruppen differenzierte Trend läßt erkennen, daß die weiblichen Panelmitglieder auch mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg erheblich weniger zufrieden sind als ihre männlichen Altersgefährten (die Unterschiede sind durchweg hoch signifikant). 80% von ihnen sind 2002 mehr oder weniger unzufrieden – deutlicher kann die überaus kritische Sicht dieser jungen Frauen auf das jetzige Gesellschaftssystem kaum zum Ausdruck kommen!

Nur schwach ausgeprägt war zu allen Zeitpunkten die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung. Erkennbar ist, daß der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke überschritten hat. Darüber hinaus fällt auch hier der starke Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 47% auf 29% auf, der im Jahr 2000 gestoppt schien, sich danach jedoch erneut durchzusetzen scheint!

Die Entwicklung zwischen 1994 und 1998 ist auf dem Hintergrund des bekannten Zusammenhanges zwischen wirtschaftlicher Effektivität und politischer Legitimität besonders interessant, hier

Im Rahmen der 16. Welle fragten wir übrigens auch danach, wie lange es wohl dauern wird, bis im Osten gleicher Lohn wie im Westen bezahlt wird. Im Durchschnitt betrachtet vermuten unsere Teilnehmer eine Dauer von 12,4 Jahren, das heißt etwa im Jahre 2014!

allerdings mit negativem Vorzeichen: Es ist der zeitlich synchron verlaufende Absturz der Zufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem einerseits und dem politischen System andererseits in diesem Zeitraum zu erkennen. Anhand tatsächlich so verlaufener Prozesse ist ablesbar, daß in diesem Zeitraum die Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer ausfällt, je schwächer die Zufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem ist. Differenzierte Längsschnitt- und Regressionsanalysen bestätigen diesen Zusammenhang, wir können hier aus Platzgründen nicht näher darauf eingehen. Ebenfalls zu allen Zeitpunkten nur schwach entwickelt war die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik. Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote faktisch unverändert gering.

Im Zusammenhang mit der geringen Zufriedenheit mit der Militärpolitik muß erwähnt werden, daß der Regierungskurs hinsichtlich der Beteiligung Deutschlands an den militärischen Aktionen der USA im Frühjahr 2002 nur von einem reichlichen Drittel (36%) der Panelmitglieder unterstützt wird (männlich 47%, weiblich nur 25%). Das hat deutliche negative Rückwirkungen auf die Zufriedenheit mit der Militärpolitik, aber auch mit dem politischen System.

#### *Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null*

Für die noch immer bestehende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem beinhaltet die Studie viele weitere Belege, auf die hier nur cursorisch hingewiesen werden kann. Sehr klar geht sie vor allem aus dem gravierenden Rückgang der Bereitschaft der Panelmitglieder zur politischen Partizipation hervor.

Das ist einer der aussagekräftigsten Trends unserer Studie. Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen (von 54% im Jahr 1987 auf 41% 1989), als Widerspiegelung der sich seit Mitte der achtziger Jahre verstärkenden Enttäuschung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, daß dieser Abwärtstrend nach der Wende – nach einer kurzzeitigen leichten Zunahme im Frühjahr 1990 – weitergegangen ist, sich sogar absturztartig verstärkt hat (von 44% 1990 auf 9% im Jahr 2002!). Diese Tatsache kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und der Verweigerung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden.

Diese Enttäuschung äußert sich auch in dem klaren Rückgang der Orientierung darauf, in die »oberen Schichten der Gesellschaft« aufzusteigen. Der Anteil, der zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören will, ist stark rückläufig. Wollten 1992 noch 32% in die »oberen Schichten« aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2002 auf 13% zurück – ebenfalls ein Indiz für die Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem. Hintergrund ist sehr wahrscheinlich unter anderem die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder keine Chancen zu haben, in die nach wie vor ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen – ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der Gesellschaft.

*Ohne Arbeit keine Freiheit!*

In den verbalen Aussagen der Teilnehmer war faktisch von Anfang der neunziger Jahre an häufig die Meinung zu lesen, »daß Freiheit unnützlich ist, wenn man keine Arbeit hat«. Zwischen 1996 und 2002 hat sich der Anteil derer erhöht, für die es entscheidend ist, in Freiheit zu leben, trotz der bestehenden hohen Arbeitslosigkeit. Die Quote derer, für die Arbeitslosigkeit eine Einschränkung ihrer Freiheit bedeutet, hat dagegen abgenommen, umfaßt aber auch 2002 noch 37%, bei den jungen Frauen sogar 41% gegenüber 33% bei den jungen Männern. Der Zusammenhang mit eigener Arbeitslosigkeit hat sich abgeschwächt, besteht jedoch noch tendenziell. Erstaunlich stark ist der Zusammenhang mit der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit: Je stärker diese ausgeprägt ist, um so höher ist der Anteil derer, für die Arbeitslosigkeit eine Einschränkung ihrer Freiheit bedeutet.

*Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Gesellschaftssystems*

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Fast unverändert glaubt 2002 nur eine Minderheit (5%) daran, daß das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, die meisten zweifeln daran. Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, stieg zwar Ende 2001 (nach den Ereignissen vom 11. September) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt (mit 7%) ebenfalls eine Minderheit. Die Hoffnung, daß das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, haben im Frühjahr 2002 nur 12%, 50% erhoffen das Gegenteil, 38% äußern sich ambivalent. Die jungen Frauen artikulieren sich weitaus kritischer als die jungen Männer, betrachten das jetzige System erheblich weniger häufig als das »Ende der Geschichte«.

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem äußert sich nicht zuletzt in ihren Zweifeln daran, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben. Nur rund ein Drittel hat bisher diese Erfahrung gemacht, ebenso viele verneinen dies, ein knappes Drittel weicht einer Antwort aus. Ein Trend zu zunehmender Bejahung ist nicht auszumachen.

*Gemischte Gefühle gegenüber westlicher Lebensart*

Der westlichen Lebensart stehen die meisten noch mit gemischten Gefühlen gegenüber. 47% lassen 2002 erkennen, daß ihnen die westliche Lebensart gefällt (darunter 6% ohne Abstriche), ebenso viele äußern sich ambivalent, 6% ablehnend. Erfahrene Arbeitslosigkeit wirkt stark differenzierend: Panelmitglieder, die bereits mehrmals arbeitslos waren, äußern sich erheblich weniger häufig positiv als jene, die bisher nicht arbeitslos waren. Interessant ist, daß Teilnehmer, die im Westen beziehungsweise im Ausland leben (und tendenziell weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind), weitaus häufiger von ihr angetan sind als die im Osten gebliebenen. Letztere lehnen diese aber nicht häufiger ab, sondern stehen ihr weitaus häufiger ambivalent gegenüber. Die jungen Frauen stehen der westlichen Lebensart viel weniger häufig positiv gegenüber als die jungen Männer, insbesondere im Osten!

*Immer mehr finden sich in der neuen Gesellschaft zurecht*

Die bestehende Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem hindert die jungen Ostdeutschen keineswegs, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden. Im Gegenteil: Wie der Trend zwischen 1992 und 2000 belegt, kommen sie mit den jetzigen Verhältnissen durchaus

zurecht, sogar mit zunehmender Tendenz. Nur wenige Teilnehmer haben größere Schwierigkeiten, die »Spielregeln« des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Allerdings fällt das den jungen Frauen durchweg etwas schwerer als den jungen Männern.

### *Anhaltende Distanz gegenüber den politischen Parteien*

Die kritische Grundhaltung der meisten Panelmitglieder äußert sich besonders anschaulich in ihrer Distanz gegenüber den politischen Parteien. Grundlage unserer langjährigen Analysen ist nicht die sogenannte Sonntagsfrage, sondern das Maß an Vertrauen, das den Parteien entgegen gebracht wird. Bei den Trends beschränken wir uns hier auf die Angaben zu den größten demokratischen Parteien. Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP und Republikaner. Aus den Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der Teilnehmer, sie liegen meist weit darunter.

Bemerkenswert und unübersehbar ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 25% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Dieser erhebliche Vertrauensverlust (auf einem niedrigen Niveau) ging zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System.

Auch den anderen demokratischen Parteien ist es in den neunziger Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen. Auffällig sind insbesondere der steile Abfall der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte der neunziger Jahre sowie der Anstieg des Vertrauens zur PDS bis Mitte der neunziger Jahre und der sich anschließende Rückgang, der ab 2001 jedoch gestoppt scheint. Bemerkenswert ist auch die leichte, aber kontinuierliche Zunahme der Vertrauensquoten gegenüber der FDP ab 1996.

Korrelationen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie), mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis der demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: Seit 1994 hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben, kontinuierlich von rund einem Drittel auf rund die Hälfte erhöht!

Auffällig ist, daß nur bei einem kleinen Teil unserer Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien erkennbar sind: Auf die Frage, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2002 nur 31% wieder die Partei, für die sie sich 2000 entschieden hatten! Gehen wir bis in das Jahr 1993 (dem Beginn dieser Fragestellung) zurück, dann verringert sich dieser Anteil sogar auf

Auch multiple Regressionsanalysen belegen, daß der Rückgang der Systemzufriedenheit in diesem Zeitraum in einem statistisch gesicherten Zusammenhang mit dem Vertrauensverlust gegenüber CDU/CSU steht. Die Ausprägung des Vertrauens gegenüber den anderen demokratischen Parteien spielte dabei keine oder nur eine äußerst geringe Rolle.

Wir vermuten, daß sich die Politik der CDU/CSU-Koalition in den letzten Jahren der Kohl-Ära auch negativ auf die Identifikation unserer Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem ausgewirkt hat.



17%. Offensichtlich zweifeln sehr viele von ihnen generell daran, daß die Parteien ihre Interessen vertreten.

*In sozialer Hinsicht schneidet die DDR auch heute noch gut ab*

Da anzunehmen ist, daß in die Urteile über das heutige Gesellschaftssystem auch bei den verhältnismäßig jungen Teilnehmern der Studie stets Urteile über das frühere System der DDR mit einfließen, werden sie seit mehreren Jahren gebeten, anhand einer speziellen Fragenbatterie einen Systemvergleich zu ausgewählten Aspekten vorzunehmen. Fragetext: »Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.«

Die Panelmitglieder geben sehr differenzierte Urteile ab. Generell wird sichtbar, daß die DDR-Verhältnisse auf sozialem Gebiet noch immer gut abschneiden: Bei sechs Gebieten meinen sie mehrheitlich, daß es vor der Wende besser gewesen wäre: in bezug auf soziale Sicherheit (91%), Betreuung der Kinder (85%), Verhältnis der Menschen untereinander (79%), Jugendförderung (75%), Förderung der Familie (74%), Schutz gegenüber Kriminalität (65%). Ein großer Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar in bezug auf die soziale Gerechtigkeit (50%). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen positive Erinnerungen überwiegen; wir kommen auf sie zurück. Ein deutlicher Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar im Hinblick auf die Schulbildung (48%) und die Gleichberechtigung der Frau (32%).

Ihnen stehen vier Gebiete gegenüber, bei denen die Panelmitglieder mehrheitlich der heutigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (90%), die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (87%), die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (77%), die demokratische Mitwirkung (54%). Ein Vorsprung der heutigen Situation besteht außerdem im Hinblick auf die Achtung der Menschenwürde (33%); noch mehr (37%) sind allerdings der Meinung, daß es kaum einen Unterschied gegenüber der Zeit vor der Wende gibt, ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart.

Noch kritischer fällt allerdings das Urteil über die Moral der herrschenden Politiker aus: Zwar weicht 2002 ein Fünftel der Teilnehmer einer Stellungnahme aus, mit 68% sieht der größte Teil jedoch keinen Unterschied zwischen früher und heute und nur 10% präferieren die jetzige Situation. Ähnliches gilt für die Durchschaubarkeit des politischen Systems: Nur 18% meinen, daß sie heute besser sei, für 9% war sie früher besser, 54% erkennen keinen Unterschied zwischen früher und heute. Korrelationen belegen, daß die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem in bedeutendem Maße durch die das System vertretenden Politiker vermittelt wird, auf die ein großer Teil der Panelmitglieder nicht gut zu sprechen ist.

Zu fast allen genannten Aspekten liegen langjährige Trends vor. Aus ihnen geht unter anderem hervor, daß die positiven Urteile über die DDR meist eine erstaunlich hohe Konstanz aufzuweisen haben. Die höchste Konstanz der Urteile ist in bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die außerordentlich hohe Quote derer (91 bis 94%), die meinen, daß die soziale Sicherheit vor der Wende größer

Über die erwähnten einzelnen Aspekte hinaus äußern sich die Panelmitglieder seit 1993 verallgemeinernd zum Verhältnis von guten beziehungsweise schlechten Seiten in der DDR. Auch diese Ergebnisse lassen auf erstaunlich fest gefügte Urteile schließen: Die überwiegende Mehrheit vertritt seit Jahren die Meinung, daß es in der DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten gegeben habe. Nur Minderheiten schreiben ihr 2002 überwiegend gute (12%) oder schlechte (6%) Seiten zu. Eine Tendenz in die eine oder andere Richtung zeichnet sich nicht ab.

In ihren verbalen Notizen vertreten zahlreiche Teilnehmer die Auffassung, daß es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik gewesen sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach »guten Seiten« der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang die Kindereinrichtungen der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken, das Sammel-system für Altstoffe und in jüngster Zeit das Schulsystem. Oft wird kritisiert, daß »viele im Osten bewußt zerstört wurde« und »nur der Grüne Pfeil übrig geblieben« sei.

So ist im Jahr 2002 zwar knapp die Hälfte der Panelmitglieder (47%) froh darüber, daß es die DDR nicht mehr gibt (nur 19% widersprechen dem, bedauern offenbar ihren Untergang), zugleich äußern reichlich drei Viertel (83%), froh darüber zu sein, die DDR noch erlebt zu haben: Der hohe Anteil derer, die froh sind, die DDR noch erlebt zu haben, läßt darauf schließen, daß sehr viele Panelmitglieder sich noch immer positiv an sie beziehungsweise an bestimmte Aspekte des Lebens in ihr erinnern. Das gilt selbst für die überwiegende Mehrheit jener Teilnehmer, die froh über ihren Untergang sind.

gewesen sei als heute, hat sich nur unwesentlich verändert. Die Längsschnittanalyse zeigt, daß zwischen 1993 und 2002 rund 90% der Panelmitglieder an diesem Urteil festgehalten haben. Sehr große Konstanz besteht auch im Hinblick auf das Urteil über das Verhältnis der Menschen untereinander, fast unverändert präferieren über drei Viertel in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende.

Ähnlich hoch ist die Konstanz in bezug auf die Jugendförderung beziehungsweise den Schutz vor Kriminalität, die Förderung der Familie und die Betreuung der Kinder. Sehr aufschlußreich ist der positive Trend zugunsten der DDR in bezug auf die Schulbildung: Von 24% im Jahre 1996 erhöhte sich der Anteil derer, welche die Schulbildung vor der Wende besser finden, auf 33% 1998, 36% im Jahr 2000 und 48% im Jahr 2002! Die Quote derer, welche die heutige Schulbildung besser finden, ist dagegen von 32% auf 18% geschrumpft. Viele kritische verbale Angaben zum jetzigen Schulsystem gehen in dieselbe Richtung.

Bemerkenswert ist auch der Trend im Hinblick auf die Moral der herrschenden Politiker: Die Quote derer, die keinen Unterschied zwischen früher und heute sehen, hat kontinuierlich und signifikant von 59% im Jahre 1995 auf 68% im Jahr 2002 zugenommen!

#### *Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger*

Die Entwicklung kollektiver Identitäten war nach der Wende fast von Anfang an Gegenstand dieser Studie. Seit 1990 beziehungsweise 1992 wurden folgende Aspekte untersucht: Identität als Deutscher, als Sachse, als Europäer, als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, als Bürger der DDR, als Bürger der Stadt/Gemeinde, als Ostdeutscher (seit 1996). Wir beschränken uns hier auf den Trend der Identifikation mit der DDR beziehungsweise der Bundesrepublik.

Der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger erweist sich als ein unerwartet langwieriger Prozeß. Die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich in der Gesamtgruppe zwischen 1992 und 2002 nicht verstärkt: 1992 identifizierten sich 80% mit ihr, 2002 sind es 83%. Lediglich Ende 2001/Anfang 2002, das heißt kurz nach den Ereignissen vom und nach dem 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs von 80% auf 87% an, der zwar signifikant ist, jedoch nicht als deutlicher Identifikations-schub infolge äußerer Bedrohungen betrachtet werden kann. Im Jahr 2002 kam es wieder zu einem signifikanten Rückgang auf 83%.

Die Identifikation mit der DDR war zwischen 1990 und 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig (von 84% auf 77%), um danach wieder zuzunehmen. Der Zuwachs um 7 Prozentpunkte zwischen 2000 und 2002 von 76% auf 83% ist signifikant. Im Jahr 2002 identifizieren sich einschrän-kungslos mehr Panelmitglieder mit der DDR als mit der BRD (43% gegenüber 34%)!

Für die meisten Panelmitglieder ist im Jahr 2002 (wie schon zuvor) charakteristisch, daß sie schon Bundesbürger sind, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde. Es wird in verhältnismäßig kurzen

Zeiträumen auch nicht von jungen Menschen als Ballast abgeworfen. Eine große Rolle spielen dabei tiefe lebensgeschichtliche Prägnanzen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Betonung der gelebten Biographie, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit in sozialer Sicherheit, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen.

Entscheidenden Einfluß haben jedoch die aktuellen Erfahrungen der Panelmitglieder im Vereinigungsprozeß. Absehbar ist, daß die Herausbildung einer von »Resten« der DDR-Verbundenheit freie Verbundenheit mit der Bundesrepublik wohl noch längere Zeit dauern wird.

Insbesondere die politische Identifikation mit der Bundesrepublik ist noch sehr schwach entwickelt. Erst eine Minderheit von 9% fühlt sich im Jahr 2002 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, von den jungen Frauen mit 4% signifikant weniger als von den jungen Männern mit 14%. Der leichte Anstieg Ende 2001/Anfang 2002 – vermutlich Auswirkung der Terroranschläge in den USA – hat sich nicht fortgesetzt.

Zwischen 1990 und 1996 ist das Zugehörigkeitsgefühl der Panelmitglieder zu Europa signifikant zurückgegangen und scheint erst ab 1998 wieder leicht anzusteigen, liegt aber 2002 immer noch unter dem Ausgangsniveau. Außerdem überwiegen zu allen Meßpunkten die Einschränkungen. Diese Entwicklung charakterisiert eine paradoxe Situation: Einerseits ist das Erleben Europas für diese jungen Ostdeutschen zu einer Selbstverständlichkeit geworden – wohl jeder beziehungsweise jede von ihnen hat inzwischen viele Länder Europas und ihre Menschen und ihre Kultur kennengelernt. Davon zeugen zahlreiche Notizen. Andererseits stehen sie dem europäischen Integrationsprozeß nach wie vor eher skeptisch gegenüber. Offensichtlich ist das die Quittung dafür, daß Europapolitik für sie wenig durchschaubar ist, weil sie bis in die Gegenwart – wie viele Kritiker zu Recht bemängeln – faktisch »hinter verschlossenen Türen« stattfindet, ohne demokratische Mitwirkung der Bürger.

### *Keine Zukunft im Osten!*

Die gesellschaftliche und die persönliche Zukunftszuversicht gehören zu den Analysegegenständen, zu denen Daten seit dem Start der Studie im Frühjahr 1987 vorliegen. Diese vermutlich einmaligen Angaben und die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge geben in spezifischer Weise Aufschluß über die Reflexion von anderthalb Jahrzehnt massiver gesellschaftlicher Veränderungen mit ihren tiefreichenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder. Unsere langjährigen Trends unterstreichen die Auffassung der Autoren der Shell-Studie Jugend 2000, daß Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft seismographischen Charakter tragen.

### *Gesellschaftliche Zukunftszuversicht*

Generell ist seit 1987 ein rückläufiger Trend erkennbar. Das gilt in besonderem Maße für die gesellschaftliche Zukunftszuversicht. Wie unsere Studie zeigt, ist diese im gesamten Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich stark zurückgegangen. Der erste große Einbruch war bereits in der Endzeit der DDR zu beobachten, Widerspiegelung

Außerordentlich differenziert sind die Auffassungen der Panelmitglieder darüber, ob es sich bei der DDR um einen »lebenslangen Knast« gehandelt habe (in Anlehnung an eine Formulierung der 1992 eingesetzten Enquêtekommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«). Dieser Charakterisierung schließen sich im Jahr 2002 36% der Panelmitglieder an, 34% widersprechen ihr, 30% nehmen eine ambivalente Haltung ein. Diese Relationen veränderten sich seit 1994 nur unwesentlich. Zu einer totalen Verurteilung der DDR ist demnach etwa ein Drittel von ihnen bereit.

Von diesen Entwicklungen her betrachtet, kann nicht überraschen, daß nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben. Im Frühjahr 1989 äußerten das noch 94% in bezug auf die DDR, im Jahr 2002 nur noch 14% in bezug auf Ostdeutschland. Auch diese Zahlen sind schockierend und alarmierend zugleich; sie widerspiegeln auf spezifische Weise die gegenwärtige Situation in Ostdeutschland, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Zusammenhang mit der anhaltenden Abwanderung junger Leute ist evident, er wurde auch für die Teilnehmer unserer Studie nachgewiesen. Dieser Trend ist zugleich auch ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Reaktionen dieser jungen Leute auf die gesellschaftlichen Umbrüche seit dem Systemwechsel stets auf dem Hintergrund ihres Denkens und Fühlens vor der Wende zu betrachten sind.

der damaligen Krisenerscheinungen, die auch von den Panelmitgliedern deutlich reflektiert und kritisch bewertet wurden.

Nach Wende und Vereinigung kehrte sich der rückläufige Trend der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht nun keineswegs um, sondern setzte sich vielmehr verstärkt fort, nur kurz unterbrochen von einem Zwischenhoch im Wahljahr 1994. 1998 äußerte sich nur noch knapp ein Drittel (28%) mehr oder weniger stark zuversichtlich für die Entwicklung in Ostdeutschland, Echo der zunehmenden gesellschaftlichen Krisenerscheinungen im Osten am Ende der Kohl-Ära. Im Jahr 2000 deutete sich eine positive Tendenz an, die vermutlich durch den Regierungswechsel ausgelöst wurde. 2001 und 2002 sind diese Hoffnungen jedoch wieder verschwunden, die Anteile zuversichtlicher Panelmitglieder erreichen ihren bisherigen Tiefstand mit 19% beziehungsweise 20%!

### *Persönliche Zukunftszuversicht*

Die persönliche Zukunftszuversicht nahm einen etwas anderen Verlauf. Vor der Wende war faktisch kein Rückgang festzustellen. Die eigene Zukunft schien damals von den Krisenerscheinungen in der DDR wenig betroffen zu sein, zumal die Teilnehmer mit dem am Ende der 10. Klasse feststehenden Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsvertrag eine klare persönliche Perspektive zu haben glaubten. Ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde auch von den damals 16/17jährigen nicht erwartet.

Nach der Wende stieg die persönliche Zuversicht nicht an, sondern ging ebenfalls zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Zwischen 1989 und 1990 hatte sich der Anteil alles in allem zuversichtlicher Teilnehmer von 91% auf 69% verringert, darunter der einschränkungslos zuversichtlichen von 39% auf 21%! Das subjektive Erleben der akuten Wendezeit und der darauf folgenden gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüche hatte bei den Jugendlichen zu einem signifikanten Umbruch dieses in »normalen« Zeiten sehr stabilen Merkmals geführt, zu einem »Wendeschock«, der ziemlich lange angehalten hat, teilweise noch heute nachweisbar ist.

1991 war die Situation fast unverändert. Erst ab 1992 zeigten sich positive Tendenzen, die jedoch 1996 erneut von negativen Tendenzen abgelöst wurden. 1998 äußerten sich zwar 72% zuversichtlich, darunter aber nur noch 12% ohne Einschränkung. Das entsprach etwa dem Niveau von 1990. Im Jahr 2000 deutet sich erneut eine Trendwende an: 77% äußern sich optimistisch, allerdings nur 15% einschränkungslos. Der Regierungswechsel hatte offensichtlich auch einen positiven Einfluß auf die persönliche Zukunftssicht. Die Daten von 2001 und 2002 deuten allerdings erneut auf eine leicht rückläufige Tendenz hin.

Bei der jüngsten Welle 2002 fragten wir auch danach, wie zuversichtlich die Teilnehmer der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen. Ablesbar ist, daß die Zukunft der Eltern erheblich weniger zuversichtlich gesehen wird als die eigene, verständlich bei einer Arbeitslosenquote von 39% (Vater und/oder Mutter). Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch

die Zukunft ihrer Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Perspektiven mit gravierenden Auswirkungen bis hin zur Anzahl der gewünschten Kinder. So geht die Zahl gewünschter Kinder von 1,8 bei denen, welche deren Zukunft sehr zuversichtlich sehen, kontinuierlich auf 1,1 bei jenen zurück, die sie überhaupt nicht zuversichtlich sehen. Verbale Angaben wie »Für mich bin ich zuversichtlich, nur um meine Kinder habe ich Angst.« waren in den jüngsten Wellen öfter zu lesen. Offensichtlich ist, daß die Sicht auf die Zukunft der eigenen Kinder hohe seismographische Aussagekraft für das Verhältnis zur jetzigen Gesellschaft besitzt.

Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder wird durch eine Reihe von belastenden Alltagsängsten beeinträchtigt, wobei die untersuchten Bedrohungsgefühle im Jahr 2002 bei den Panelmitgliedern sehr unterschiedlich verbreitet sind. Eindeutig am häufigsten geäußert wird die Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens (90%!, darunter 50% stark). Vor allem diese Angst, die sehr stark zugenommen hat, muß als Massenerscheinung angesehen werden.

Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit ist auf den gesamten Zeitraum zwischen 1991 und 2000 bezogen ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß der Anteil der Panelmitglieder, die diese Angst äußern, zwischen 1994 und 1998 wieder leicht angestiegen war, Widerspiegelung der zunehmend kritischen wirtschaftlichen Situation am Ende der Kohl-Ära. Der leichte Rückgang zwischen 1998 und 2002 ist zu gering, um daraus eine Trendwende abzuleiten.

Von Beginn der Messungen im Rahmen unserer Studie an äußerten die weiblichen Panelmitglieder weitaus häufiger Angst, arbeitslos zu werden: Zu vielen Zeitpunkten äußern etwa doppelt so viele weibliche Panelmitglieder Angst vor Arbeitslosigkeit wie ihre männlichen Altersgefährten! Hinzu kommt, daß die jungen Frauen häufiger als die jungen Männer starke Angst empfinden. Alles das sind Auswirkungen der realen Veränderungen auf dem »Arbeitsmarkt« in Ostdeutschland, von denen die jungen Frauen erheblich stärker betroffen waren und noch sind, als die jungen Männer, und die ihr Verhältnis zur neuen Ordnung gravierend beeinflussen.

Die verbreitete und zunehmende Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens hat erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem politischen System, beeinflußt stark das Urteil der Panelmitglieder über die Politik der Bundesregierung. Erkennbar ist: Je stärker die Ausprägung der Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, desto größer ist der Anteil derer, die meinen, daß die Politik der Bundesregierung ihr Leben verschlechtert habe. Schon im Jahr 2000 (14. Welle) belegte eine ähnliche Frage, daß die jungen Leute die damalige drastische Verteuerung des Benzinpreises in starkem Maße der Regierungspolitik anlasteten.

*Neue Ängste vor Terrorismus und militärischen Abenteuern der USA*  
Die Ereignisse am und nach dem 11. September 2001 haben auch bei den Teilnehmern unserer Studie zur Entstehung neuer Ängste beigetragen, insbesondere vor einer Ausweitung des internationalen Terrorismus, vor dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges, aber auch vor militärischen Abenteuern der USA.

Stark verbreitet sind auch Ängste vor einem steigenden Leistungsdruck (61%), vor zunehmender Kriminalität (58%), vor einer Zunahme von Egoismus (55%), vor einer Ausbreitung von Aggressivität/Gewalt (54%), vor einer Ausbreitung von Rechtsradikalismus (46%). Von Mobbing (39%), möglicher eigener Arbeitslosigkeit (32%) beziehungsweise dem Eintreten einer persönlichen Notlage (31%) fühlen sich zwar deutlich weniger bedroht, angesichts des starken Einflusses gerade dieser Ängste auf viele Seiten des Denkens und Fühlens der Panelmitglieder sind diese Quoten dennoch sehr ernst zu nehmen. Bis auf die Ängste vor einer Notlage und vor weiterer Verteuerung (sowie vor weiterer Ausbreitung von Linksradikalismus) sind alle Prozentunterschiede zwischen den Geschlechtergruppen signifikant. Die jungen Frauen äußern teilweise in erheblichem Maße häufiger Ängste als die männlichen. Das betrifft insbesondere Kriminalität, Aggressivität/Gewalt, Leistungsdruck, Rechtsradikalismus, Mobbing und Arbeitslosigkeit. Diese weit aus höhere Belastung mit teilweise existentiellen Bedrohungsgefühlen ist auch eine der entscheidenden Bedingungen dafür, daß diese jungen Frauen dem neuen Gesellschaftssystem nach wie vor weitaus kritischer gegenüberstehen als die jungen Männer.

39% der Teilnehmer fühlen sich durch die Folgen der Globalisierung bedroht, von den jungen Frauen signifikant mehr als von den jungen Männern. Erwähnenswert ist, daß dieses Bedrohungsgefühl zwar nicht die eigene Zukunftszuversicht beeinträchtigt, aber ziemlich deutlich die Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder: Während sich von den Teilnehmern, die sich nicht durch die Folgen der Globalisierung bedroht fühlen, immerhin 55% zuversichtlich über die Zukunft ihrer Kinder äußern, sind das bei jenen, die sich stark bedroht fühlen, nur 24%!

Fast zwei Drittel der Panelmitglieder fühlen sich im Frühjahr 2002 durch eine Ausweitung des internationalen Terrorismus bedroht, knapp die Hälfte durch mögliche militärische Abenteuer der USA, ein Viertel durch den Ausbruch eines neuen Weltkrieges. Kriegsängste äußern nahezu doppelt so viele junge Frauen wie junge Männer (32% gegenüber 17%). Rund ein Drittel befürchtet, daß Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könnte, von den jungen Frauen erheblich mehr als von den jungen Männern (37% zu 22%). Mehrere Panelmitglieder kommentierten die Frage mit der Notiz: »Wir stehen doch schon mitten drin!«. Dazu liegt ein Trend seit 1992 vor. Diese Zeitreihe läßt Ende 2001 eine Trendwende in Richtung stark zunehmender Ängste erkennen, die sich angesichts der aktuellen Entwicklungen vermutlich fortsetzen wird.

### *Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden*

Eine der interessantesten Forschungsfragen dieser Studie lautet, inwieweit die Teilnehmer nach dem Untergang der DDR und des »Sozialistischen Weltsystems« noch an sozialistische Ideale glauben. Dabei interessiert uns auch, wie sie nach ihrer heutigen Erinnerung vor der Wende zu diesen Idealen standen. Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor. Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, daß im Jahr 2002 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber signifikanter Zuwachs von 45% auf 53% zu beobachten. Das heißt: Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern »hautnah« als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des »real existierenden Sozialismus« keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert und aus den Köpfen verschwunden. Mehr noch: Diese Ideale finden zunehmend Zuspruch.

Bemerkenswert ist, daß im Kontext mit diesem Zuwachs auch ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einhergeht, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 54% 1993 auf 64% 2000 beziehungsweise 63% 2002.

Die Zustimmung eines beträchtlichen und dazu zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Exemplarisch zeigt das der Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung und der Identifikation mit sozialistischen Idealen: Je geringer die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Demokratie), desto größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Wir haben es hier jedoch auch mit nachweisbaren Langzeitwirkungen politischer Sozialisation zu DDR-Zeiten zu tun: Früher stark systemverbundene Teilnehmer identifizieren sich heute signifikant häufiger mit sozialistischen Idealen als früher nur schwach systemverbundene.

Im Vergleich zum Anteil der Panelmitglieder, die sich zu den sozialistischen Idealen bekennen, glauben allerdings sehr viel weniger daran, daß sich diese Ideale eines Tages durchsetzen werden. Nur eine Minderheit von 7% glaubt 2002 daran, daß die sozialistischen Gesellschaftsideale eines Tages verwirklicht werden. Erheblich mehr Panelmitglieder sprechen sich demgegenüber für eine reformsozialistische Alternative aus. Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor.

Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative, das gegenwärtig nur tendenziell besteht: 2002 würden 37% eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 34% votieren dagegen, 29% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen.

Die erkennbare Linksorientierung eines beträchtlichen Teils der Panelmitglieder geht auch aus ihrer Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum hervor. Für junge Ostdeutsche ist das Links-Rechts-Spektrum in den Jahren nach der Wende zum wichtigsten Bezugssystem ihrer politischen Grundorientierung geworden. Offensichtlich ist dieses Modell auch heute nicht überholt.

Ablesbar ist, daß der Anteil der Vertreter der Mitte zwischen 1992 und 2002 deutlich angestiegen ist: von 40% 1992 auf 56% bis 59% ab 1996. Die Neigung, sich in der »Mitte«, weder links noch rechts zu positionieren, hat deutlich zugenommen. Dafür ist der Anteil der Linksorientierten von 37% 1992 auf 27% 2002 zurückgegangen; der Anteil der Rechtsorientierten ist mit 13% im Jahr 2002 unverändert gering, von einem Rechtsruck kann bei den Teilnehmern keine Rede sein. Generell gilt: Während die jungen Frauen häufiger linksorientiert sind, geben sich die jungen Männer häufiger als rechtsorientiert zu erkennen.

Alles in allem ist es wohl bedenkenswert, daß selbst von jenen Panelmitgliedern, die sich als Linke fühlen, im Jahr 2002 jeweils maximal ein reichliches Drittel Vertrauen zu den drei genannten Parteien äußert (zur PDS 39%)! Und übergreifend wird sichtbar, daß 38% von ihnen zu keiner dieser Parteien Vertrauen haben!

### *Persönliche Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem*

Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern (Stichworte: »Wirtschaftswunder Ost«, »Blühende Landschaften«, »Aufschwung Ost«) entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Und diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch 12 Jahre nach der Vereinigung. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Jugendlichen mit dem neuen Gesellschaftssystem. Rund ein Viertel (27%) verweist 2002 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 6% haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (67%) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, das heißt positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander.

Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken haben sich im Erleben der Teilnehmer in den letzten Jahren tendenziell zugunsten neuer Chancen verschoben. Allerdings meinen nach wie vor reichlich zwei Drittel, daß es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen bleibt auch im Jahre 2002 bestehen. Die männlichen Panelmitglieder reflektieren signifikant häufiger überwiegend neue Chancen

Bemerkenswert ist, daß die generelle Distanz der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien auch für die Linksorientierten unter ihnen gegenüber den Parteien des linken Spektrums gilt. Auffällig ist im Zeitraum zwischen 1992 und 2002 insbesondere der Vertrauensabsturz bei den Linksorientierten gegenüber Bündnis90/ Grüne: Äußerte Anfang der neunziger Jahre noch fast die Hälfte von ihnen sehr großes oder großes Vertrauen (47%), waren das nach Schwankungen 1994/95 im Jahr 2000 nur noch 15%. Im Jahr 2002 deutet sich eine positive Tendenz an. Die PDS genoß nach einem Anstieg ab 1993 Mitte der neunziger Jahre das Vertrauen von knapp der Hälfte (45%) der linksorientierten Teilnehmer, seitdem beträgt dieser Anteil ziemlich konstant nur noch ein Drittel. Nur geringe Vertrauensquoten bei den Linken unserer Studie hat auch die SPD zu verzeichnen. Nach dem Tiefstand 1995 erhöhte sich zwar der Anteil derer mit sehr großem oder großem Vertrauen zu ihr kontinuierlich, erreichte jedoch selbst nach dem Regierungswechsel nur eine Quote von 29% im Jahr 2000 beziehungsweise 32% 2002.

Sehr große, wenn auch nicht unerwartete Unterschiede treten im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen zutage: Von den Teilnehmern, die keine Erfahrung mit Arbeitslosigkeit machen mußten, sind immerhin 71% mit ihrem Einkommen zufrieden; von denen mit mehrmaliger Erfahrung dagegen nur 37%. Dementsprechend unterschiedlich ist auch die Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistungen voranzukommen: Von den Befragten ohne die Erfahrung Arbeitslosigkeit äußern sich 77% zufrieden, von jenen, die schon mehrmals arbeitslos waren, aber nur 51% (in beiden Fällen mit geringen Anteilen einschränkungsloser Zufriedenheit: 27% beziehungsweise 11%).

als die weiblichen; Panelmitglieder, die im Westen leben, erheblich häufiger als jene, die im Osten geblieben sind.

### *Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes*

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit geht wie ein Riß durch die gesamte Population. Sie wirkt sich deutlich auf viele Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der Gesellschaft aus. Wir stellen dazu relevante Merkmale von Panelmitgliedern gegenüber, die bereits mehrmals (26%) beziehungsweise bisher noch nicht arbeitslos (42%) waren: Erwartungsgemäß unterscheiden sich die beiden Extremgruppen in ihrer Zufriedenheit mit dem politischen System: Von den Panelmitgliedern, die bisher nicht arbeitslos waren, äußern sich 2002 immerhin rund doppelt so viele systemzufrieden (35%) wie von jenen, die schon mehrmals arbeitslos waren (17%). Sehr unterschiedlich sind die Urteile über die westliche Lebensart: Sie gefällt 54% derer, die nicht arbeitslos waren gegenüber nur 34% jener, die diese Erfahrung schon mehrmals machen mußten. Hoch signifikant auch der Unterschied in bezug auf die Frage, ob die im Staatsbürgerkunde-Unterricht gehörte These auch heute zutrifft, daß in der BRD die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten: 42% gegenüber 56%!

Auch die generelle Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lebenssituation wird sehr different beurteilt: 83% gegenüber 62% zugunsten derer, die bisher von Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind. Die Angst, persönlich (erneut) von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, ist weit verbreitet. Sie wird auch von 18% derer geäußert, die davon bisher noch verschont geblieben sind. Von den Panelmitgliedern aber, die schon mehrmals arbeitslos waren, gilt das für 58%. Fast ebenso groß sind die Unterschiede in bezug auf die Angst vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage: 22% gegenüber 47%.

Mehrmals erfasste Arbeitslosigkeit beeinträchtigt sehr deutlich die berufliche Zukunftszuversicht, eine wesentliche Voraussetzung einer optimistischen Lebenssicht, aber auch der Identifikation mit dem Gesellschaftssystem: Teilnehmer, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sind erheblich zuversichtlicher, ihre beruflichen Zukunftspläne zu erreichen, als jene, die mehrmals betroffen waren: 70% gegenüber 48%! In dieselbe Richtung weist der deutliche Unterschied im Hinblick auf bestehende Zukunftsangst: Angst vor der Zukunft zu haben äußern 21% derer, die keine Arbeitslosigkeit zu verarbeiten haben, gegenüber 46% jener, die damit schon mehrmals konfrontiert waren. Aufschlußreich sind nicht zuletzt auch die erheblichen Unterschiede hinsichtlich der Protestbereitschaft: Zwar sind auch von den Teilnehmern ohne die mehrmalige Erfahrung Arbeitslosigkeit 57% bereit, an Protestaktionen wie Demonstrationen und Streiks teilzunehmen; bei denen, die mehrmals arbeitslos waren, sind das mit 72% weitaus mehr.

### *Sind die in den Westen Abgewanderten für den Osten verloren?*

Wie erwähnt, leben im Jahr 2002 98 der 420 erfaßten Panelmitglieder in den alten Bundesländern (92) beziehungsweise im Ausland (6). 52% davon sind männlich, 48% weiblich. Im Vergleich mit ihren Altersgefährten im Osten hat ein größerer Teil von ihnen mit oder ohne Abschluß studiert: 42% gegenüber 31%. Von ihnen beantwort-



teten 85 einen speziellen Zusatzbogen (von 13 war uns nicht bekannt, daß sie inzwischen abgewandert waren). Als Hauptgrund für die Übersiedlung werden von fast allen Teilnehmern fehlende Arbeitsplätze beziehungsweise fehlende berufliche Perspektiven im Osten angegeben oder die Tatsache, nach der Ausbildung nicht übernommen worden zu sein. Vielfach wird auch die Möglichkeit angeführt, im Westen mehr zu verdienen. Viele haben sich ihrer Partnerin/ihrer Partnerin angeschlossen, die/der in den Westen gegangen ist.

Eine Frage danach, wie lange man schon im Westen/Ausland lebt, ergab folgende Verteilung: 1 bis 4 Jahre 35%, 5 bis 8 Jahre 28%, 9 bis 13 Jahre immerhin 37% (im Mittel 6,5 Jahre). Nur 8% von ihnen wollen auf jeden Fall oder wahrscheinlich in den Osten zurückkehren. Dabei bestehen keine Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen.

Als Bedingungen für eine eventuelle Rückkehr werden fast durchweg gleichwertige Arbeits- beziehungsweise Verdienstmöglichkeiten im Osten genannt. Häufig wird erwähnt, daß solche Möglichkeiten auch für den Partner/die Partnerin gegeben sein müssen (»Gleiche Arbeitschancen und auch dann nur mit meinem Mann und Kind.«). In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen Blick auf die bestehenden Partnerbeziehungen zu werfen. 83% der im Westen wohnenden Teilnehmer leben in einer festen Partnerschaft (darunter 32% verheiratet). Bei rund der Hälfte von ihnen stammt der Partner/die Partnerin aus dem Westen/Ausland bei gravierenden Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen: Bei den jungen Männern stammen die meisten Partnerinnen aus dem Osten, bei den jungen Frauen die meisten Partner dagegen aus dem Westen.

Rund die Hälfte der im Westen wohnenden Teilnehmer fühlt sich als Bürger/in des Bundeslandes, in dem die Teilnehmer jetzt leben. Die Wohndauer im Westen hat darauf erwartungsgemäß erheblichen Einfluß. Umgekehrt schwächt sich mit zunehmender Wohndauer im Westen die Identifikation mit Sachsen deutlich ab. Panelmitglieder, die im Westen leben, zweifeln noch weitaus häufiger an einer gesicherten Zukunft in Ostdeutschland als jene, die im Osten leben: 82% gegenüber 47%!

Aus demographischer Sicht ist hervorhebenswert, daß sich rund drei Viertel von ihnen vorstellen können, daß auch ihre (künftigen) Kinder im Westen leben werden!

Erwähnenswert ist, daß von den im Osten lebenden Panelmitgliedern weitere 4% wahrscheinlich oder auf jeden Fall in den Westen übersiedeln wollen. Jeweils 48% äußern, auf jeden Fall beziehungsweise wahrscheinlich hier bleiben zu wollen.

Den interessierten Leser verweisen wir auf die im August 2002 erschienene Publikation des Verfassers »Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende«, die eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse bis zur 14. Welle 2000, teilweise bis zur 15. Welle 2001 enthält (Verlag Leske+Budrich 2002).

Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre Unterstützung bei der Durchführung der 15. und 16. Welle dieser Langzeitforschung.

Die vollständige Studie (einschließlich zahlreicher Tabellen und Abbildungen) kann bestellt werden bei Rosa-Luxemburg-Stiftung Karin Malingrioux Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

Tel.: 030 29 78 11 23  
malingrioux@rosalux.de  
Die vollständige Studie findet sich auch unter  
www.rosalux.de

ERNST WURL

## Die öffentliche Geschichtsdebatte und die Linke – Tendenzen und Probleme

In den 90er Jahren entfaltete sich in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ein Interesse an der Geschichte, wie es in Deutschland noch nie auch nur annähernd an Breite und politisch, moralisch und emotional so aufgeladen zu beobachten gewesen ist. Ungewöhnlich stark frequentierte Ausstellungen, Besucherandrang in Museen, eine Vielzahl historischer Filme, Fernsehserien, zahlreiche Themen quer durch die Geschichte in der Presse und in politischen Magazinen belegen es; man spricht von einer »Inflation des Gedenkstättenwesens«. Fanden die »großen« Geschichts-Debatten wie die Fischer-Kontroverse (60er Jahre) oder der Historiker-Streit (1986/87) im wesentlichen unter den Historikern statt, so beteiligte sich nun eine breite Öffentlichkeit, zum Teil in Großveranstaltungen an ihnen. Höhepunkte waren – exemplarisch –<sup>1</sup>

Ernst Wurl – Jg. 1933; Dr. sc. phil., Historiker und Politikwissenschaftler. Der hier veröffentlichte Text ist die überarbeitete Fassung eines Referats des Autors vor der Historischen Kommission beim PDS-Parteivorstand am 27. April 2002 in Berlin.

- die *Walser-Bubis-Debatte* über die Rede des Schriftstellers bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1998, in der dieser einen gewissen Überdruß am Gegenstand »Holocaust« und Befürchtungen über kontraproduktive Wirkungen seiner Strapazierung und politischen Instrumentalisierung artikuliert<sup>2</sup>;

- die intensive, wenngleich kurze Aufregung um das Buch Norman Finkelsteins über die »Holocaust-Industrie«, mit dem durch den Angriff auf »Schmarotzer« in den Institutionen der Holocaust-Ehrung diese gewissermaßen ihrer moralischen Unschuld beraubt werden sollte<sup>3</sup>;

- der jahrelange Streit um ein Holocaustdenkmal in Berlin; und vornehmlich

- die Ausstellung des Hamburger Reemtsma-Instituts über den Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht, die alle rechts- und halb-rechts bis zu national-liberal Denkenden zu exzessiven Reaktionen herausforderte<sup>4</sup>; die Besucherzahlen der »alten« Ausstellung erreichten um die 800 000, mit der »neuen« setzt sich der Andrang fort.

Offenbar wurden mit solchen Themen empfindliche Stellen eines Bedürfnisses nach historisch fundierter Identität getroffen, von der seitens der FAZ künstlich entfachten Preußen-Diskussion um ein Land Berlin-Brandenburg hingegen kaum. An den auf die Zeit des Faschismus ausgerichteten Debatten wurde der Holocaust gewissermaßen endgültig als neuer Gründungsmythos des eigenen Staates eingesetzt. Ein imposantes öffentliches Interesse fanden jedoch ebenso Ausstellungen nichtzeitgeschichtlicher Thematik wie die Europarats-Ausstellung »Europas Mitte im Jahre 1000« oder die Bonner Troja-Ausstellung.

1 Vgl. insgesamt zu diesem Komplex Michael Klundt: *Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das »Schwarzbuch des Kommunismus*, Köln 2000.

2 Frank Schirrmeyer (Hrsg.): *Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation*, Frankfurt am Main 1999.

Phänomene solcher Art waren es, die Aleida Assmann und Ute Frevert bewogen, in ihrer Monographie zum »Umgang mit deutschen Vergangenheiten« (1999) denn auch von einem Weg von der »Geschichtsvergessenheit« zur »Geschichtsbesessenheit« zu sprechen. Ihre entschiedene These lautet: »Noch nie zuvor hat sich eine Zeit, eine Nation, eine Generation so reflektiert und reflektierend mit sich befaßt; Geschichtserinnerung. ...Selbstbeobachtung steht hoch im Kurs... auch im politisch-intellektuellen Diskurs.«<sup>5</sup>

Eine »Flucht in die Geschichte« setzte in der BRD bereits in den 70er Jahren ein, verschiedentlich werden die 80er als »große Zeit des Geschichtsinteresses« angesehen<sup>6</sup>, doch keine frühere öffentliche Debatte über die Historie wandelte die Geschichtskultur so tief wie die in dem Dutzend zurückliegender Jahre. Schon der Begriff »Geschichtskultur« ist erst hier zu einer Standard- und Grundkategorie geworden, mit der die »organisierte« Nutzung der Geschichte in einer Gesellschaft in ihrer Komplexität gekennzeichnet wird. Er handelt von der »praktisch wirksame(n) Artikulation von Geschichtsbewußtsein im Leben einer Gesellschaft«, von der »Gesamtheit der Formen, in denen Geschichtswissen in einer Gesellschaft präsent ist«<sup>7</sup>, und von den »normative(n) Gesichtspunkte(n) der Praxis in diesem Bereich«<sup>8</sup>. Doch die Expansion des öffentlichen Interesses an der Geschichte wird kontrastiert von schwindendem rationalem Wissen, mangelnder Einsicht in Zusammenhänge und ausbleibender Erkenntnis historischer Prozesse und Verwurzelungen der Gegenwart. An diese allgemeinen Aussagen sind vier grundsätzliche strukturelle, ins Methodologische reichende Merkmale der aktuellen Geschichtsdebatte gebunden.

*Erstens* wurden in ihr spezifische Ansätze ausgeprägt und Begriffe in zentrale Kategorien der allgemeinen öffentlichen Praxis des Umgangs mit Geschichte erhoben, die zuvor nebenher oder in anderen Wissenschaftsdisziplinen höhere Bedeutung besaßen: Erinnerung, Gedächtnis, Vergessen; der Zeitzeuge wurde endgültig zur Quelle ersten Ranges befördert, ihm wird ein gewissermaßen »natürlicher« Anspruch auf dominante Aussagekraft zugesprochen. Darin tritt eine hochgradige Individualisierung und Emotionalisierung des Geschichtsbildes und der Geschichtskultur insgesamt zutage. Eine fast extreme Gestalt erreichen jüngste Diskussionen, die statt der Bewahrung von Geschichte als Erinnerung im Gedächtnis sie nun in ein »Gedenken« verwandeln wollen oder Gedächtnis und Gedenken in eins setzen.

*Zweitens*: Geschichte wird mit der extrem angewachsenen Medialisierung des Lebens nach deren Regelwerk in die Öffentlichkeit transportiert, dort verarbeitet und zelebriert – so, wie Politik selbst nach Meinung vieler ihrer Träger erfolgreich nur als »Inszenierung« betrieben werden kann. Damit tritt unvermeidlich an den Platz des Gegenstandes das Spektakel und mit ihm: Vergrößerung, Verzerrung, Dramatisierung, Mystifizierung, Polarisierung (Freund-Feind-Schemata), personale Fixierung bei Sachproblemen und ähnliches mehr.

*Drittens* erleben wir eine Zeit der Hochblüte und (relativen) Effizienz von Geschichtspolitik. Daß Geschichte als Instrument der Politik dienstbar gemacht wird, um zu legitimieren, zu begründen und

3 Norman G. Finkelstein: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. Aus d. Amerik. v. Helmut Reuter, München, Zürich 2001. Zur Debatte über dieses Buch siehe Ernst Piper (Hrsg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie?, Zürich 2001.

4 Siehe Hans Günther Hockerts: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu Das Parlament, Bonn 51 (2001) 28, S.19 f.

5 Aleida Assmann/Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 11.

6 Vgl. dazu: Edgar Wolfrums: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung, Darmstadt 1999; Geschichte als Waffe: Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

7 Wolfgang Hardtwig: Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 8.

8 Jörn Rüsen: Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken, in: Klaus Füllmann/Heinrich Theodor Grütter/Jörn Rüsen (Hrsg.): Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln, Weimar, Wien 1994, S. 11. Seine Definition lautet: »Geschichtskultur ist die ... durch das Geschichtsbewußtsein geleistete histo-

rische Erinnerung, die eine zeitliche Orientierung der Lebenspraxis in der Form von Richtungsbestimmungen des Handelns und des Selbstverhältnisses seiner Subjekte erfüllt.« (S. 20).

9 Vgl. zu dieser »Spaltung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft«: Johannes Heil/Rainer Erb (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel Goldhagen*, Frankfurt am Main 1998.

10 Vgl. zu diesem Komplex die informativen Ausführungen bei Hans Günther Hockerts: *Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu Das Parlament*, Bonn 51 (2001) 28, S. 15-30.

zu mobilisieren, ist normal; Geschichtspolitik als verwerflich zu betrachten heißt, weltfremd zu moralisieren. Es findet sich auch unter den Historikern kaum noch jemand, der die politische und gesellschaftskritische Rolle der Geschichtswissenschaft bestreitet. Doch Geschichtspolitik ist stets ambivalent, je nach dem damit verfolgten Ziel und der Art des Umgangs mit dem Objekt, und sie neigt, wer immer sie betreibt, von sich aus dazu, die Komplexität historischer Ereignisse, Zusammenhänge und Prozesse zu ignorieren, zu vereinsamen, Akzente irreführend zu setzen und ähnliches mehr. Sie legt sehr grobe Raster über die objektive Geschichte, wenn sie diese nicht gar verfälscht.

Daran schließt ein viertes Merkmal der öffentlichen Geschichtsdiskussion an. Wo Politiker Geschichte instrumentalisieren, wird in aller Regel der *Historiker*, soweit er nicht selbst zum politischen Akteur mutiert, »enteignet«. Die Berufshistoriker haben, wenn sie es denn je besaßen, längst ein »Monopol« auf den Zugang zur Geschichte, auf deren »Verwaltung« und »Bearbeitung« verloren. Mehr noch: Sie geraten teilweise geradezu in groteskem Maße in Konfrontation zur dominanten öffentlichen Meinung<sup>9</sup>, wenn diese die Resultate ihrer Arbeit nicht wahrhaben will, oder wenn, wie im Falle von Politikern, die Resultate der Forschung politisch-utilitaristisch und populistisch mißbraucht werden. Am Ende vertrauen Geschichtslaien sich selbst und manchen historisierenden Medien und Politikern mehr als den Historikern. Das originär kritisch-aufklärerische Anliegen der Geschichtswissenschaft droht beständig durch die Mühlsteine eines emotional stimulierten Interesses – ob zur »Selbstfindung« oder um des »Raunens der Vergangenheit« willen – und die Begründungsbedürfnisse der Politik in der Gesellschaft zerrieben zu werden.<sup>10</sup>

#### *Zum Hintergrund des Diskurses auf dem Feld der deutschen Geschichte*

Natürlich wurde der Geschichts-Boom in den Medien zunächst inhaltlich wesentlich dadurch geprägt, daß die DDR in die Bundesrepublik eingegliedert und nach ihrem Muster transformiert wurde, wodurch neue innere politische und gesellschaftliche Konfliktfelder entstanden. Zugleich wuchsen mit dem Zuerwerb der DDR Größe und Potential der BRD im Herzen Europas enorm, und ein Denken in Kategorien der Weltpolitik in den regierenden Kreisen griff um sich, das in die aktive Kriegsteilnahme einmündete. Diese Entwicklung konfrontierte die Bundesrepublik allerdings mit der internationalen machtpolitischen Rolle Deutschlands seit dem Ende des 19. und vordringlich des 20. Jahrhunderts. Da die Regierenden den Anschein eines Kontinuums deutscher Machtpolitik scheuen, verlangt die äußere Glaubwürdigkeit eine verstärkte Auseinandersetzung vor allem mit der faschistischen Vergangenheit. Die nötige innere Stabilität löst zugleich beharrliche Bemühungen um nationale Sinnstiftung und Identität im vereinten Deutschland aus.

Diese Tendenzen vollziehen sich vor einem tieferen Hintergrund. Pierre Nora kleidete ihn wiederholt in Worte wie: »Wir erleben eine weltweite Konjunktur des Gedächtnisses ... es ist, als wäre eine Flutwelle der Erinnerung über die Welt hereingebrochen ... die Kon-

junktur des Gedächtnisses (erfolgt) am Schnittpunkt ... großer historischer Phänomene ... Das erste Phänomen hat mit der sogenannten ›Beschleunigung der Geschichte‹ zu tun ... einer Veränderung, die immer mehr Tempo gewinnt, die mit zunehmender Beschleunigung alle Dinge in eine immer schneller sich entfernende Vergangenheit befördert. ... Dieser Umbruch ... hat ... die Einheit der historischen Zeit zerstört, die schöne und schlichte Linearität, die die Gegenwart und die Zukunft mit der Vergangenheit verband.«<sup>11</sup>

Dies ist wesentlich durch den Epochebruch mit dem Untergang des europäischen Staatssozialismus bedingt. Michael Jeismann spricht daher in seinem jüngsten Buch von einer

»Zwischenzeit, in der ... die Vergangenheit politisch nützlich zu werden (beginnt), ohne daß sie schon zu einem Punkt in der Ferne geschrumpft wäre. Nicht zuletzt aus diesem Grund barsten die vergangenen zehn Jahre fast vor Historischem. Es ist, als lade die Gegenwart sich mit Vergangenheit auf, um sich wieder einen Vorrat an Geschichte zu schaffen.«<sup>12</sup>

Die ›Inflation‹ an Geschichte weist auf Grunddefizite in der Gesellschaft hin, auf eine gewisse Art Flucht im Gefolge von Verunsicherung, allzumal in der nachfordistischen Epoche des galoppierenden, sich rasant globalisierenden High-Tech-Kapitalismus. Sicherlich hat auch der Jahrzehnte währende starke Zug zur Strukturgeschichte mit ihrer Tendenz zur Entpersonalisierung der Historie als Gegenreaktion das Bedürfnis nach anschaulicher Geschichte gefördert.<sup>13</sup> Für die Hinwendung der Historikerkunft selbst zur kritischen Analyse der Rolle der Geschichtswissenschaft während der Herrschaft des Faschismus in den 90er Jahren wirkte sich hier wie in anderen Ländern der Generationenwechsel aus – die Plätze der Schüler der einst Involvierten aus den 20er und 30er Jahren, die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik nach 1945 zunächst Prägenden, nehmen nun Schritt für Schritt die »Schüler der Schüler« ein, subjektiv frei von Verstrickungen.<sup>14</sup> Jan Assmann wertet diesen Abtritt einer ganzen Generation 40 Jahre nach der größten Katastrophe in der Weltgeschichte zugleich als eine »Epochenschwelle in der kollektiven Erinnerung«, so daß sich um den Begriff der Erinnerung ein neues Paradigma aufbaut, in dem die Zusammenhänge neu gesehen werden.<sup>15</sup>

### *Hauptstränge des öffentlichen nationalen zeitgeschichtlichen Diskurses*

An dieser Stelle kann knapp nur auf zwei Tendenzen hingewiesen werden, die für den Drang zur Geschichte als politischer Hintergrund hindurchschimmern. Erstere bewegt sich um die Selbstfindung zu elementaren Problemen aus der Zeitgeschichte als Problem deutscher Identität. Darin geht es um »nationale Orientierungen«, die bereits zu Beginn der 80er Jahre unter Helmut Kohl von konservativer Seite eingeleitet wurden, nämlich die Geschichte Deutschlands als die einer »normalen Nation« zu zeichnen, diese von permanentem »Schuldgefühl« und »Minderwertigkeitskomplexen« zu befreien und den Bürgern neues Selbstvertrauen, nationalen Stolz und Selbstbewußtsein in einem sich vereinigenden Europa einzuflößen.<sup>16</sup> In der Geschichtswissenschaft verheißt dies

11 Freitag, Nr. 11, 8. 3. 02. (<http://www.freitag.de/2002/11/02111601.php>).

12 Michael Jeismann: Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart, München 2002, S. 168.

13 Siehe dazu unlängst Gina Thomas: König David. Die neuen Medienstars in England sind Historiker, in: FAZ, 6. 3. 02, S. 45.

14 Siehe den fast eruptiven Ausbruch auf dem 18. Deutschen Historikertag 1998: Intentionen – Wirklichkeiten. 42. Deutscher Historikertag in Frankfurt am Main, 8. bis 11. September 1998. Berichtsband hrsg. im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. von Marie-Luise Recker, München 1999.

15 Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 2000, S. 11.

16 Siehe dazu Johannes Klotz/Ulrich Schneider (Hrsg.): Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtsllegenden der Neuen Rechten, Köln 1997; Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Vom Historikerstreit zur Walsler-Bubis-Debatte: Konservativer und neurechter Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001.

zum einen Neudeutung des geschichtlichen Weges Deutschlands im 19./20. Jahrhundert – in erster Linie »Deutschlands langen Weges nach Westen« – und komplexe, modifizierte Sichten auf die »Erfolgs«-Geschichte der BRD bis 1989. In Wechselwirkung damit wächst ein »revisionistischer« Kurs, der sich um die »Einebnung« der Zeit des deutschen Faschismus in den Gesamtprozeß einer deutschen Nationalgeschichte bemüht. Seine Vertreter sehen die Jahre 1933-1945 nicht mehr als Orientierungspunkt eines geschichtlichen Bezuges der BRD an – dies trage einen negativen, destruktiven Charakter –, sondern relativieren sie als eine nur kurze Periode in der 1000jährigen Gesamtgeschichte Deutschlands, in die sie gewissermaßen zurück- und herabzustufen wäre. Im Fachkreis der Historiker brach dieses Bestreben geschichtstheoretisch bezogen zuletzt in zwei Fällen auf:

- im bis heute nachwirkenden Eklat um Horst Möller bei der Verleihung des »Konrad-Adenauer-Preises für Wissenschaft« an Ernst Nolte (4. Juni 2000) durch die CDU/CSU-nahe Deutschlandstiftung e.V.; der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München hielt die Laudatio auf den Mann, dem »der Versuch einer Revision des deutschen Geschichtsbildes in nationalapologetischer Absicht« (Heinrich August Winkler) vorgehalten wurde; die Reaktionen auf das Verhalten Möllers sollen zwischen »Resignation und Entsetzen« gelegen haben<sup>17</sup>;

- im Aufsehen um Karl-Heinz-Bohrer, der vordringlich Historiker zum Widerspruch reizte, doch auch in den Medien außergewöhnliche Resonanz fand. Der namhafte Mitherausgeber des »Mercur« sprach und schrieb im Juni 2001 von der »Nichtexistenz eines Verhältnisses zur geschichtlichen Ferne, das heißt zur deutschen Geschichte jenseits des Bezugsereignisses Nationalsozialismus«; das bedeute »Erinnerungslosigkeit ... an die kollektive Vergangenheit der Nation«; das ausschließliche Nahverhältnis anstelle eines Fernverhältnisses zur Nationalgeschichte stelle Ignoranz gegenüber der eigenen Nation dar.<sup>18</sup> Bohrer geriet damit selbst für die FAZ in den Verdacht falscher nationaler Sinnstiftung, weil er den neuen Gründungsmythos der Bundesrepublik – den Holocaust – in Frage stellte. Gleichartig trat kurz darauf auch der Philosoph Rudolf Burger gegen eine »dauerhafte Memorierung von Großverbrechen«, für ein Ende der Holocaust-Akzentuierung ein.<sup>19</sup>

Wie fließend auf diesem Felde die Grenzen sind, offenbarte die Rede Martin Walsers zur Eröffnung des Gesprächs mit Bundeskanzler Gerhard Schröder am 8. Mai 2002, in der er aus einem »Geschichtsgefühl« heraus für ein unabdingbares nationales Selbstbewußtsein in der BRD plädierte – die Proteste in der Öffentlichkeit und von Historikern folgten prompt.<sup>20</sup>

Den zweiten Hauptstrang bildet die historische Aburteilung der DDR als Staat und Gesellschaft. Diese ist verwoben mit den Anstrengungen, dem arrondierten Staatsgebilde BRD eine historisch fundierte Gesamtidentität seiner Bürger zu beschaffen, indem – in diesem Zusammenhang – die DDR aus dem Lauf der deutschen Geschichte als ein mißlicher Abweg disqualifiziert und letztlich möglichst ausgeblendet wird.

Der DDR-Strang des Geschichtsdiskurses tritt in der nationalen allgemeinen Öffentlichkeit nicht thematisch zentriert auf, sondern

17 Vgl. exemplarisch Süddeutsche Zeitung, 3. 6. 00.

18 Karl Heinz Bohrer: Erinnerungslosigkeit. Ein Defizit der gesellschaftskritischen Intelligenz, in: Frankfurter Rundschau, 16. 6. 01; dazu: Jan Assmann, ebenda, 22. 6. 01; Hans Ulrich Gumbrecht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 5. 9. 01 und Gustav Seibt in: Die Zeit, 7. 7. 01.

19 Siehe Rudolf Burger: Die Irrtümer der Gedenkpolitik. Wider die Rede von der »Verdrängung der Nazizeit« – Ein Plädoyer für das Vergessen, in: DER STANDARD, Wien vom 9./10. Juni 2001. Vergleiche dazu den Bericht Arnulf Barings: Plädoyer für das Nicht-Erinnern. Der Umgang mit der Vergangenheit / Aus politischen Zeitschriften, in: FAZ, 4. 10. 01, S. 14.

20 Siehe den Wortlaut in Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 107 v. 10. 5. 2002, S. 46; dazu Hans Mommsen in: Die Zeit, Nr. 21, 17. 5. 2002 und Heinrich August Winkler in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 12. 5. 2002.

vollzieht sich in der Breite und überwiegend über die Medien, häufig spontan aus geringfügigem Anlaß, oft durch frontale primitive und grobe Verunglimpfung. Auf wissenschaftlicher Ebene wird er hingegen in der Sache inzwischen relativ gesittet geführt. Natürlich bestehen unterschiedliche methodische Sichtweisen – es sei auf das kürzlich erschienene Buch von Beate Ihme-Tuchel über die DDR<sup>21</sup>, praktisch ein Forschungs- und Problembereich, verwiesen. Gewiß finden sich immer wieder ideologische (Dauer-)Eiferer. Mit der alles in allem Versachlichung geht einher, daß die Geschichtswissenschaft den Weg von der Dominanz der vordergründigen Faktenpräsentation zur analytischen Vertiefung eingeschlagen hat. Seit 1990 wurden über 1000 Forschungsvorhaben abgeschlossen; noch immer arbeiten nach letzten Angaben (2000) zirka 500 Wissenschaftler an Projekten zur DDR-Geschichte.<sup>22</sup> Doch die Zahl der Lehrveranstaltungen zur DDR ist an den Universitäten seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich zurückgegangen: 62 Prozent hatten 2001 keine einzige explizit ostdeutschlandbezogene Lehrveranstaltung mehr im Programm.<sup>23</sup> Das Interesse der Öffentlichkeit an der Geschichte der DDR flaut gleichfalls ab.<sup>24</sup> Auf diese Tendenzen muß man sich einstellen, auch um zu ermitteln, wie der Geschichtsdiskurs innerhalb der PDS einzuordnen und zu bedenken ist.

#### *Die Geschichtsdebatte der Linken*

Die sozialistische Linke in der BRD führt an sich eine rege Geschichtsdebatte *am Rand* der Öffentlichkeit, *in* die allgemeine Öffentlichkeit dringt sie nur in speziellen Fällen vor.<sup>25</sup> Es sei hier im allgemeinen nur darauf hingewiesen, daß die aus ihren Kreisen teilweise beachtlichen wissenschaftlichen Produkte in der Fachwelt zwar punktuell wahrgenommen, zuweilen, eher selten, auch anerkannt werden, ihnen aber Grenzen schon durch ungenügenden Zugang zu den Medien gezogen sind, das heißt, daß sie durch die praktischen Verhältnisse wie die subjektiven Aktionen der Öffentlichkeitsmagnaten weitgehend ausgegrenzt werden. Nicht zu vergessen ist jedoch, daß selbsterzeugte innere Probleme sich ebenfalls auf dieses Defizit auswirken: das theoretische und methodische Niveau und – im Zusammenspiel damit – nicht selten vordergründige, aufdringliche ideologische Orientierungen und Überladungen.

Die randständige Schwäche und die Defekte des linken Diskurses offenbaren sich sehr deutlich am Exempel PDS. Als markantes Merkmal tritt zutage, daß sie an dem erstgenannten *nationalen Selbstfindungs-Diskurs* kaum beteiligt ist, Geschichtsdebatten mehr oder weniger in den eigenen Reihen austrägt und sich hier zudem sehr schwer tut.<sup>26</sup> Dies schwächt die ohnehin bescheidenen Möglichkeiten eines produktiven Beitrags noch mehr. Umso lautstärker bewegt man sich in der PDS um die Geschichte der DDR und der SED, man erschöpft sich in einer unendlichen Beschäftigung mit sich selbst, vor allem mit seiner Herkunft. Diese zunächst wegen der für viele unbegreifbaren katastrophalen Niederlage 1989/90 verständliche und notwendige, auf die Dauer jedoch hemmende Selbstbezogenheit und der Druck ideologischer und theoretischer traditioneller Positionen bilden das schwierigste Problem im Umgang mit der Geschichte für die Partei und innerhalb dieser. Sie belasten sie nicht nur poli-

21 Beate Ihme-Tuchel: DDR, Darmstadt 2002 (Kontroversen um die Geschichte).

22 Siehe Hermann Weber: Die DDR 1945–1990, 3. Auflage, München 2000, S. 211.

23 Siehe Peer Pasternack: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000. Unter Mitarbeit von Anne Glück und anderen vom Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 2001 (HoF-Arbeitsberichte 5'01).

24 Siehe exemplarisch die Pressemitteilung des Zentrums für angewandte Politikforschung der Universität München vom 6. August 2001: Nur wenige Deutsche für weiteres Erinnern an Mauerbau. Im Geschichtsbewußtsein spielt auch der Mauerfall eine untergeordnete Rolle, in: <http://www.cap.-uni-muenchen.de>.

25 Eine genaue Analyse ihres Wirkens und ihrer Leistungen insgesamt muß ich einer gesonderten Behandlung vorbehalten. Auch bedeutet die Konzentration auf die PDS keineswegs, daß sie als Gesamtrepräsentant der Linken angesehen wird. Sie wird exemplarisch herangezogen, zumal dies die Historische Kommission im Zuge der Programmdebatte besonders interessiert.

26 Der Versuch, auf modernem Niveau das Problem Nationalstaat zu diskutieren, wie es Erhard Crome unter der Fragestellung Europäische Union – Globalisierung – Nationalstaat versuchte, löste im Freitag Februar/März 2002 in dieser Hinsicht eine aufschlußreiche Debatte aus. – Siehe Erhard Crome: Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Die Nation zwischen Europäischer Union und Regionen, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dezember 2001 (Manuskripte 28).

27 Reinhard Koselleck: Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze, in: Christian Meier/Jörn Rüsen: Historische Methode, München 1988, S. 52 f.

28 So wird tatsächlich behauptet, man habe den wahren Marxismus gelehrt bekommen, einen Fahrplan der Geschichte habe man darin nicht gefunden. Siehe Leserbrief aus Dresden in: Neues Deutschland, 18. 10. 2001, S. 15.

29 Elisabeth Noelle-Neumann: Eigentlich war es eine schöne Zeit. Überzeugungen, Werte und Ziele der DDR-Zeit sind gespenstisch konserviert, in: FAZ, 10. 12. 1997. Zurück in die DDR strebten allerdings nur sechs Prozent.

tisch und ideologisch, sondern behindern gleichermaßen die Neusichtung der eigenen historischen Bestände aus der revolutionär gewandelten Realität der Gegenwart heraus und – schlimmer noch – die Suche nach einer Erneuerung auch des Geschichtsbewußtseins. Die Überwindung solcher Defizite ist jedoch Bedingung, um die Chancen des Mitredens und der positiven Wahrnehmung in der Öffentlichkeit auszuweiten.

Dabei ist die PDS geschichtsverbunden und geschichtsbewußt wie keine andere Partei. Die politische Meinungsbildung, die parteiinterne Formierung ihrer Politik erfolgt im Vorfeld und als Begleitung oft über die Diskussion zur eigenen Herkunft, zur DDR und zur Geschichte des Staatssozialismus in Europa. Praktisch spielt die Geschichte oft den Stellvertreter, über den politische Orientierungskämpfe ausgetragen, ideologische Differenzen bemäntelt und Unzufriedenheit mit der Gegenwart artikuliert werden.

Die Ursachen für den hohen Rang der Geschichte in der PDS liegen auf der Hand: Die Mehrzahl der Mitglieder entstammt einer Partei, die der Geschichte einen übermächtigen Platz in der Begründung der Politik zuwies. Der exzellente Geschichtsdenker Reinhard Koselleck meinte ein Jahr vor dem Umbruch optimistisch, »die historischen Erkenntnisgewinne stammen – langfristig – von den Besiegten... Denn: Die Erfahrung des Besiegtwerdens enthält Erkenntnischancen, die ihren Anlaß überdauern, gerade wenn der Besiegte genötigt ist, wegen seiner eigenen auch die übergreifende Geschichte umzuschreiben.«<sup>27</sup> Im politischen Leben hat sich immerfort gezeigt, daß dazu der Besiegte sich selbst noch einmal bezwingen und den Panzer der Selbstgerechtigkeit abwerfen muß. Vor der PDS standen für einen solchen Erkenntnisprozeß jedoch von vornherein drei gravierende ideologische und politisch-praktische Hürden: - Zum einen die jahrzehntelange intensive Prägung des größten Teils der Mitgliedschaft durch die leninistische und stalinistische Version des Marxschen Werkes, ohne daß in der Breite das tatsächliche Marxsche Denken tief verwurzelt worden wäre.<sup>28</sup>

- Zum anderen war die Geschichtswissenschaft einem Wissenschaftsverständnis unterworfen, das seine Erfüllung darin sah, mit der Geschichte eine Magd der Politik zu Diensten zu halten.

- Schließlich begünstigten die Verwerfungen im deutschen Vereinigungsprozeß mentale Blockaden, einen selektiven Erinnerungsoptimismus, der über die triste Gegenwart hinweghilft und bis in die Wählerschaft hinein Sentimentalität, wenn nicht nostalgische Stimmungen erzeugt. Eine Allensbach-Umfrage Ende 1997 ergab, daß zwei Drittel der Ostdeutschen meinten: »Eigentlich war es eine schöne Zeit in der DDR«.<sup>29</sup> Dies schlägt natürlich auf die Parteimitgliedschaft und auf das politische Agieren der PDS durch – sprich: Es bestärkt in der Abwehrhaltung gegenüber neuen Bedingungen und drängt zu moderater Dosierung der Selbstkritik.

So stehen wir faktisch, in sich differenziert und sich überlappend, vor zwei Grundprozessen im Geschichts- und Wissenschaftsverständnis innerhalb der PDS.

Auf der einen Seite trat die PDS als Partei ihren Weg mit eindeutiger Absage an Stalinismus und fundamentaler Kritik am DDR-Sozialismus an. Parteitage und Vorstandsgremien bekennen sich ge-



schichtspolitisch eindeutig in diesem Sinne. Die Führung drängt wieder und wieder auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem gescheiterten Sozialismusmodell in der Komplexität von Staat und Gesellschaft in einem integrativen und komplexen Horizont; sie betrachtet die DDR nicht als politisches Leitbild.

Sie vertritt ein dem der SED entgegengesetztes Wissenschaftsverständnis, das die Autonomie auch einer so politischen Wissenschaft wie der Geschichte gewährleistet und kein parteiamtlich verbindliches Geschichtsbild verhängt. Nur dies ermöglichte eine so breite und intensive Geschichtsdiskussion in ihren eigenen Reihen. Die Historiker in den Reihen der PDS und in ihrem Umfeld haben unter oft schwierigen sozialen Bedingungen außerhalb der institutionalisierten Wissenschaft eine Fülle von Forschungen und neuen Ansätzen insbesondere zur Zeitgeschichte, zur DDR-Geschichte, zum Weg des Sozialismus und zum Stalinismus vorgelegt, die Respekt erheischen. Viele werden in der Öffentlichkeit »weggeschwiegen«, doch so mancher Autor hat sich dennoch seinen Platz in der Wissenschaft erkämpft.

Auf der anderen Seite: Viele Mitglieder denken ernsthaft, selbstkritisch und kreativ über die Vergangenheit und ihre eigene Rolle darin nach und sind offen für neue Überlegungen. Doch das Erbe der SED wirkt in gehärteten Resttraditionen weiter: in Verständnis, Bild und Bewußtsein von Geschichte, in einer stalinistisch simplifizierten Auffassung des Historischen Materialismus und im Stil des praktischen Umgangs mit der Geschichte, im Modus der Diskussion, in der Sprach- und Streitkultur. Das deterministische Geschichtsmodell, zeitbedingte Urteile über historische Fakten und Prozesse aus der DDR-Geschichtswissenschaft, die sich inzwischen in Legenden verwandelt haben, halten sich hartnäckig. Man fragt sich zuweilen, ob immer noch gilt, was die Historische Kommission 1993 meinte: »Stark treten noch Wahrnehmungs- und Wertungsmuster des Parteilehrjahres hervor.«<sup>30</sup>

Öffentliche PDS-Diskussionen sind nicht selten von Nachwirkungen genannter Art geformt, auch Riten des politischen Meinungsstreits unsäglicher Erinnerung leben auf. Darin treten zwei sich anscheinend ausschließende, praktisch jedoch durchaus ergänzende Forderungen auf: Zum einen sollen sich die Aussagen über historische Ereignisse am politischen »Nutzen für die Politik der Partei« ausrichten und im gleichen Atemzuge der »Wahrheit« gerecht werden. Ersteres soll praktisch heißen, daß nützlich ist, was früheres eigenes Handeln rechtfertigt und schön, um sich politisch selbst zu legitimieren – wie gehabt. Da gilt manchen als die ganze Wahrheit, was er als die kleine eigene erlebt haben will. Wie schwierig die Wahrheit in der Geschichte aufzuspüren ist, sollte man inzwischen als vertraut erwarten, und auch, daß die Wahrheit von der Frage abhängt, auf die man eine Antwort erhofft – oder ob man gar keine Frage stellen will, sondern nur Belege für die eigene Meinung und Absicht sucht. Wissenschaftlich gesehen jedenfalls nähert man sich mit dem Gebot »Nützlichkeit« gefährlich der Fälschung der Geschichte. Musterexempel solcher »Einheit von Nützlichkeit und Wahrheit« konnte man bei der Debatte um den 13. August 1961 im zurückliegenden Jahr erleben. Ich wähle ein Beispiel institutionell

30 Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen. Erklärung der Historischen Kommission beim Bundesvorstand anlässlich des 3. Parteitags zur Geschichtsdiskussion in der PDS, in: Neues Deutschland, 18. 1. 1993, S. 7.

31 junge Welt vom 8. und 9. August 2001.

32 Helmut Stoecker (Hrsg.) unter Mitarbeit von Adolf Rüger: Handbuch der Verträge 1871–1964, Berlin 1968, S. 367.

33 Siehe Wolfgang Reinhard: Geschichte als Delegation. Dankrede bei Entgegennahme des Preises des Historischen Kollegs am 23. November 2001 in München, in: FAZ, 26. 11. 01, S. 45.

34 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München, Zürich 1991, S. 654; Dies.: Über die Revolution, München, Zürich 1994, S. 127.

außerhalb der PDS, personell jedoch nicht unbedingt: In der Erklärung des *Berliner alternativen Geschichtsforums* »Wahrheit und Geschichte« vom 7. August 2001 steht: Am 13. August 1961 »übte (die DDR) lediglich das jedem souveränen Staat nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zustehende Selbstverteidigungsrecht aus.«<sup>31</sup> Tatsächlich lautet die entsprechende Passage des Artikels 51: »Keine Bestimmung der vorliegenden Charta soll das unveräußerliche Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung beeinträchtigen, wenn ein *bewaffneter Angriff* auf ein *Mitglied* der Vereinten Nationen erfolgt, bis der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat ... die ... erforderlichen Maßnahmen ... sollen dem Sicherheitsrat sofort gemeldet werden.«<sup>32</sup>

Hat tatsächlich keiner der Autoren diesen Text gelesen – oder pflegt man eine eigene Definition des »bewaffneten Angriffs«? Am »Vetorecht der Quellen« (Reinhard Koselleck) kommt freilich letzten Endes niemand vorbei, wenn er nicht zu guter Letzt disqualifiziert werden will. Anstelle, daß Geschichte wirklich legitimiert, delegitimiert sie in diesem Fall am Ende eher, auch sich selbst.<sup>33</sup>

Es hält sich die manichäische Figur des »objektiven Gegners«<sup>34</sup>: Der muß eigentlich gar nicht tun, was man ihm vorwirft – man glaubt ihm von vornherein nicht, mit jedem Wort lügt und verfälscht er. In solchen Debatten scheint es manchmal mehr um die Abwehr eines wolkigen »Klassengegners« an sich als um eigene Einsichten, Erkenntnisse oder Schlußfolgerungen zu gehen – ein in Freund-Feind-Schemata erstarrtes Denken. Die Programmdiskussion offenbart, daß sich einige, auch Historiker, an die Anwendung des Marxismus(-Leninismus) als Maßstab und alleinige Methode klammern, andere also strikt verwerfen, und eine erneute weltanschauliche Fixierung einklagen. Ist tatsächlich das Marxsche Denken als *Forschungsmethode* gemeint, worum es in einer unserer Zeit gemäßen Praxis nur gehen kann, nicht um das Wiederholen von aktuell bezogenen Urteilen aus dem 19. Jahrhundert? Sollen die Überlegungen Friedrich Engels in seinen Altersbriefen weiterhin ein Schattendasein führen? Weisen nicht gerade diese darauf hin, beispielsweise die Resultate der Sozialpsychologie und die Einsichten eines Sigmund Freud in den Werkzeugkasten aufzunehmen? Werden einerseits Subjektivität und Bewußtheit gesellschaftlichen Handelns herabgestuft, tauchen statt beteueter historisch-materialistischer subjektivistische, voluntaristische Sichtweisen auf: Verschwörungstheorien, die den Untergang der DDR auf Verrat, ein Komplott Gorbatschows mit Bush und Kohl und ähnliches mehr zurückführen. Es finden sich Theoretiker, die sich ziemlich atheoretisch schlicht weigern, in der DDR strukturelle, systembedingte Defizite als Wurzeln des Scheiterns auch nur zu nennen, geschweige denn darüber zu reden – aus welchen Gründen auch immer: Ob sie es nun für politisch nicht »opportun« halten (was nicht Sache des Wissenschaftlers wäre) oder sich politisch ein verblichenes Gesellschaftsmuster als Option reservieren wollen. Soziale Errungenschaften und Leistungen der DDR werden als vorbildlich in den Raum gestellt, ohne ihre Voraussetzung zu erwähnen: die ökonomische Leistungsfähigkeit des Landes zu überfordern und zum Ruin beizutragen. Ein Streit um

den Charakter des politischen Systems der DDR und den historischen Platz des »Realsozialismus« ist stets latent, außerhalb der Maßstäbe von Wissenschaftlichkeit. Daß dabei ein orientierendes analytisches Beschreibungsmodell wie die Totalitarismustheorie – selbst in ihren modernisierten Gestalten – ein zentraler Punkt heftiger Attacken mit geradezu hysterischen Zügen ist, ohne die Bereitschaft, hinreichende Sachkenntnis zu erwerben, ohne sachliche theoretische Prüfung verworfen wird, bietet sich an. Ob man die Erklärungen der PDS-Führung zur SED-Gründung, zum 13. August 1961 oder ein politisches Dokument mit historischer Präambel oder ähnliche nimmt: Die mehrheitliche Reaktion in der Partei ist ablehnend, empört, trotzig und unreflektiv, wenn man die eigene Denkweise aus vergangener Zeit nicht noch einmal bestätigt findet.

Hinzu tritt das weit verbreitete Selbstverständnis, als »Zeitzeuge« aus erster Hand umfassend kundig zu sein. Der Historiker weiß die punktuell aufschlußreiche oder gar einzigartige Aussagekraft und die mögliche Plastizität in der Darstellung von Milieus, Personen und Details durch solche Quellen zu schätzen. Allerdings unterwirft er auch sie den Regeln der Quellenkritik, und ihn können zwanghaft Skrupel und Zweifel zu plagen beginnen gegenüber Zeitzeugen, die Inhaber von Macht waren und nun historische Urteile mit unbedingtem Wahrheitsanspruch über die von ihnen selbst beeinflusste, bewirkte oder gar initiierte Geschichte fällen, also praktisch über sich selbst. Kritische Distanz zu sich selbst zu gewinnen ist zweifellos ein hartes Brot, selbst für Historiker. Die wissen auch von der Fragwürdigkeit und Begrenztheit der »Erinnerung«: Selbst bei beanspruchtem »guten Willen« des Erinnernden – was ja auch nichts anderes als eine Form eigenen Freispruchs wäre – trügt sie, weil sie stets aus der Gegenwart heraus aktiviert, situativ beeinflusst und immer wieder neu erzeugt wird.<sup>35</sup> Doch die methodisch größten Mühen bereitet offensichtlich einzusehen, daß der Erlebnishorizont des einzelnen und der Erklärungshorizont des Historikers auseinander fallen. Wenn dann noch Darstellungen und Interpretationen der Historiker verdächtigt und als »Geschwätz« abgetan werden, sind warnende Grenzschilder eines internen Diskurses erreicht.<sup>36</sup> Denken wir besser an Pierre Noras Bemerkung: »Das Gedächtnis rückt die Erinnerung ins Sakrale, die Geschichte vertreibt sie daraus, ihre Sache ist die Entzauberung... Die Geschichte ist die Entlegitimierung der geliebten Vergangenheit.«<sup>37</sup>

Alles in allem stellte sich sehr rasch heraus: Die PDS lebt eine zerrissene Kultur des Umgangs mit der Geschichte in ihren eigenen Reihen, wodurch nicht nur die Aufklärung des eigenen politischen Scheiterns Schaden nimmt, sondern auch die Zukunftsorientierung erschwert und die eigene politische Kultur insgesamt beeinträchtigt wird. Der wissenschaftliche Pluralismus steht außer Frage – in Frage steht das rationale, fachliche und logische Niveau des allgemeinen Diskurses zur Geschichte innerhalb der PDS.

Mit der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms kann der unverkennbare Widerspruch des 1993ers zwischen Absage an ein verbindliches Geschichtsbild und einem praktisch ausgemalten überwunden werden. Ich halte die Empfehlung der Historischen Kommission für wohlüberlegt, die Aussagen zur Geschichte in ei-

35 Vgl. dazu den Vortrag Wolf Singers auf dem 43. Deutschen Historikertag in Aachen (September 2000): Wahrnehmen, Erinnern, Vergessen. Über Nutzen und Vorteil der Hirnforschung für die Geschichtswissenschaft, in: FAZ, 28. 09. 2000, S. 10. Exemplarisch ferner: John Kotre: Der Strom der Erinnerung. Wie das Gedächtnis Lebensgeschichte schreibt, München 1995.

36 Siehe Werner Hübner: »Zwang, Täuschung, pipapo.« In der Debatte über die SED-Gründung offenbaren sich erhebliche Differenzen, in: Neues Deutschland, 28./29. 4. 01, S. 5.

37 Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1990, S.13 f.

38 Zum Wechselverhältnis von Programmatik und Geschichte. Wortmeldung von Vertretern der Historischen Kommission der PDS (vom 14. 3. 2000), in: [www.pds-online.de/programm-diskussion/dokumente/0003/historiker.htm](http://www.pds-online.de/programm-diskussion/dokumente/0003/historiker.htm)  
Datum: 24. März 2000; ähnlich Jürgen Hofmann: Geschichte ins Programm? in: Neues Deutschland, 30. 9. 2000.

39 Siehe Heinz Niemann: Geschichte und Programmatik, in: Neues Deutschland, 12. 10. 01, S. 16.

40 Vgl. dazu Beiträge auf dem Kolloquium der Historischen Kommission am 12. Januar 2002, veröffentlicht in UTOPIE kreativ 141/142 (Juli/August 2002), S. 666 ff.

nem neuen Programm auf ein »Grundverständnis von Geschichte überhaupt«, auf »ein maßsetzendes Verständnis von Geschichte« zu beschränken und die PDS als Partei von der »Warte« her zu bestimmen, »Teil einer der großen, weit in die Geschichte zurückreichenden Ströme« des antikapitalistischen Kampfes zu sein.<sup>38</sup> Auf diese Weise könnte das Programm ein Exempel historischen Verständnisses und Denkens liefern, um dem Dringlichsten beizukommen – dem unbefriedigenden Zustand des Geschichtsbewußtseins: Ein Diskurs über Theorien und Realitäten der Zeitgeschichte mit offenem Ausgang und ein wissenschaftlich begründeter politischer Gebrauch können von daher perspektivisch erleichtert werden. Die Selbsterziehung zu einem Geschichtsdenken in Alternativen auch außerhalb der Fachzirkel schärft den Blick für die Varianz und Multivalenz politischer Entscheidungen. Man würde sich wohl auch den Umgang mit der eigenen Vergangenheit erleichtern und sich – vielleicht ein wenig – von den Schlachten um die Einschätzung geschichtlicher Ereignisse unter aktuellen politischen und subjektiven Auspizien, wenn nicht gar um der Selbstrechtfertigung willen, befreien. Dieser ungleich gewichtete Konflikt zwischen selbstgewissem Anspruch im Urteil einerseits und der Bereitschaft zur kritischen Analyse und zur Revision irriger Maximen und Sichtweisen andererseits wird in der Programmdebatte nicht zuletzt im Grad der Offenheit für neue Überlegungen und im Rückblick auf das eigene politische Wirken zuweilen sichtbar – manchmal geradezu fatal.

Für eine wichtige Bedingung halte ich den bewußten, als unabdingbar artikulierten »Bruch mit der SED« gerade auf dem Felde der Geschichte. Er komplementiert zwingend den vollzogenen *politischen* Schnitt zum Partei-, Politik- und Gesellschaftsmodell der SED. Natürlich bedeutet dies nicht, sich von den proklamierten abstrakten allgemeinen emanzipatorischen Intentionen der SED abzuwenden, auch wenn sie diese politisch mißachtete. Dieser Bruch ist anscheinend strittig. In einer ND-Geschichtsdiskussion des vergangenen Jahres erklärte Heinz Niemann, man dürfe überhaupt nicht von einem »notwendigen Bruch« mit dem SED-Erbe reden, weil man dann die DDR mit dem Faschismus gleichsetze, mit dem tatsächlich gebrochen worden sei.<sup>39</sup> Das scheint mir nicht nur unlogisch argumentiert, sondern erweckt den Eindruck, der Bruch mit der SED sei in der Sache *nicht* geboten. Daran hängt natürlich auch die Frage, wie können vor dem Hintergrund dieser Hinterlassenschaft der SED, ihres »Erbes«, eigene Traditionen entwickelt werden. Solche zu etablieren und zu pflegen ist für die PDS unentbehrlich, gerade weil die »konservative«, die »konservierende« Rolle von Traditionen aus dem SED-Erbe immer noch zu spüren ist. Es sollten also neue sein, Werte, Normen, »Ideale«, »Leitbilder« sowie eine innerparteiliche gelebte Kultur, die dem Charakter der PDS als moderner linkssozialistischer Partei<sup>40</sup> sowie ihren politischen Zielen entsprechen<sup>41</sup>.

### Zum Schluß

Abschließend: Ich möchte davor warnen, der Geschichte ein zu großes Gewicht für die Politik zuzuweisen. Wenn Goethe meinte: »Das Beste, was wir von der Geschichte haben, ist der Enthusias-

mus, den sie erregt«, so möchte man heutzutage gerade davon eher abraten. Der Rohstoff Geschichte wird von jedem und für alle Zwecke genutzt, auch für verbrecherische politische Akte. Und selbst der Beitrag, den Geschichtskultur vor allem im Dienste der Politik leisten soll, Identität zu gründen und zu festigen, kann sich in ethnischen Konflikten, Fremdenhaß und Rechtsextremismus entladen. So bleibt nichts anderes, als am Verlauf der realen Geschichte vornehmlich praktisch-politisch zu arbeiten, den Umgang mit ihr selbst zu kultivieren und sich darauf einzustellen, daß am Ende immer die Gegenwart über die Geschichte siegen und die kämpfenden Parteien ihre Sicht auf sie neu schreiben werden – nicht vorrangig um der »Wahrheit« willen, sondern um – unbelehrt – erneut damit Politik zu machen, so wenig früheren Nutzen es auch brachte. Aus sich selbst heraus legitimiert die Geschichte schließlich gar nichts. So, wie wir sie kennen und mit unseren Fragen zu erkennen versuchen, ist sie stets eine Rekonstruktion der objektiven, amorph hinter uns liegenden Vergangenheit durch Menschen. Das von *Menschen* selbst geformten *Bild* der Geschichte ist doch nicht die Antwort der *Geschichte*, sondern die eigene Interpretation der Geschichte, auf dem Felde der Politik folglich eine ideologische Selbstbestätigung. Dies kann dazu dienen, moralische und politische Ansprüche als subjektive, von Interessen geleitete Konsequenzen zu formulieren. Bei den »Lehren aus der Geschichte« geht es immer um politische und moralische Urteile über sie, mit denen man Rechte zu begründen sucht. Zudem findet jeder geschichtliche Vorgang unter spezifischen, singulären Bedingungen und in eigenen Zusammenhängen, mit anderen Akteuren und Kräften statt, die sich nicht wiederholen oder revitalisieren lassen; was sich dereinst als falsch erwies, kann heute richtig sein – und umgekehrt. Auch daraus folgt, daß ich mit einem historischen Faktum heutiges Handeln nicht sinnreich begründen kann. Die Beschäftigung mit der Geschichte ist daher immer nur sehr begrenzt die Ciceronische »Lehrmeisterin des Lebens« gewesen. »Weise für immer« im Sinne Jacob Burckhardts kann man aus der Beschäftigung mit Geschichte allerdings sehr wohl werden, wenn man sie als Aufforderung zur komplexen Analyse und zum alternativen Denken betrachtet, in ihr Strukturen politischer Prozesse und Handlungen erkennt, allgemeine Lebenserkenntnisse wieder findet und nicht zuletzt sie als hohen kulturellen Wert pflegt.

Ich plädiere daher für einen behutsamen Umgang linker Politiker mit der Geschichte – von anderen dies zu erwarten, mag man sich gar nicht erst anmaßen. Für den Gebrauch der Geschichte gilt nach meiner Ansicht immer noch, was Habermas allgemein über den Nutzen der Theorie für die Politik anmerkte: »Entscheidungen für den politischen Kampf können nicht vorweg theoretisch gerechtfertigt und dann organisatorisch durchgesetzt werden. Einzig mögliche Rechtfertigung auf dieser Ebene ist der in praktischen Diskursen zu erzielende Konsensus unter den Beteiligten, die im Bewußtsein der gemeinsamen Interessen und in Kenntnis der Umstände, der prognostizierbaren Folgen und Nebenfolgen nur selber wissen können, welche Risiken sie mit welchen Erwartungen eingehen wollen... Keine Theorie und keine Aufklärung entlastet uns von den Risiken der Parteinahme und ihrer nicht intendierten Folgen.«<sup>42</sup>

41 Die PDS wird gleichfalls auf neue Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft achten müssen, die sich aus den Weltveränderungen ergeben. Zunehmend wird vom Überschreiten der nationalstaatlichen Grenzen hin zu einer europäischen und ebenso einer globalen Perspektive auf die Geschichte gesprochen. Nicht um die traditionelle universalgeschichtliche Sichtweise soll es dabei gehen, sondern um den Aspekt der Vernetzung der historischen Prozesse auf dem Erdball als methodisches Axiom. Exemplarische Hinweise: Johannes Fried: Erinnerung und Vergessen. Die Gegenwart stiftet die Einheit der Vergangenheit, in: *Historische Zeitschrift München* 273 (2001) 3, S. 561-593; Michael Jeismann: Auf Wiedersehen Gestern; die Zeitschriftenübersicht in: *Die Welt*, 17. 11. 2001; Jan Ross: Die Vergrößerung der Vergangenheit. Ob es um das Verhältnis zu Israel geht oder um Flucht und Vertreibung nach 1945: Die Geschichtspolitik europäisiert sich, in: *Die Zeit*, Nr. 18, 25. April 2002.

42 Jürgen Habermas: *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*, Frankfurt am Main 1982, S. 37-39.

ULLA PLENER

## Schumacher 1949–1952: Konfrontativ gegen DDR – zu Lasten der Einheit Deutschlands

Im August d. J. jährte sich zum 50. Mal der Todestag Kurt Schumachers. Wie vor sieben Jahren anlässlich seines 100. Geburtstags im Oktober 1995 wurden in den ihm gewidmeten Veranstaltungen und Publikationen vor allem zwei Seiten seines Wirkens an der Spitze der SPD nach 1945 hervorgehoben: sein prinzipieller Antikommunismus und sein Kampf als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag um die Wiedervereinigung Deutschlands.<sup>1</sup>

Schumachers Antikommunismus verbindet sich vor allem mit der – im Westen erfolgreichen – konsequenten Abwehr aller Einheitsbestrebungen in SPD und KPD in den ersten Nachkriegsjahren und der darauf folgenden Ablehnung jeglicher Kontakte zur SED beziehungsweise zu staatlichen Institutionen der SBZ/DDR. Das wird ihm als historisches Verdienst angerechnet: Schumacher habe damit der Freiheit den Vorrang gegenüber der Einheit (der Arbeiterbewegung und Deutschlands) eingeräumt. Kaum eingegangen wird dabei darauf, daß Schumacher die von den Westmächten im Zuge des von ihnen eingeleiteten Kalten Krieges seit 1946 betriebene Spaltung Deutschlands bis 1949 aktiv unterstützte, indem er alle Schritte zur staatlichen Konstituierung der Westzonen mittrug.<sup>2</sup>

Schumachers – gescheiterter – Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands nach 1949 in Opposition zu Adenauers Kurs auf Integration der damaligen Bundesrepublik in das westliche (unter anderem und besonders militärische) Bündnis, geführt unter der Flagge der Einheit und (das vor allem!) Gleichberechtigung Deutschlands nach dem von diesem verlorenen Zweiten Weltkrieg, wird der zentrale Punkt (Merseburger) beziehungsweise der Kern seiner Politik (Kleßmann)<sup>3</sup> nach 1949 genannt und ausführlich, auch kritisch, behandelt. 2002 wurde dieser Kampf – die Bemühungen um die europäische Einigung im Hintergrund – vorsichtig-kritisch als »zu sehr in nationalstaatlichem Rahmen gedacht« bewertet.<sup>4</sup>

In der historischen Literatur und Publizistik wird eine Seite seiner Politik nach 1949 weitgehend, um nicht zu sagen völlig, ausgespart: sein konfrontativer Umgang mit der DDR als eine weitere Ursache für das Scheitern seines Ringens um die Einheit Deutschlands. Dieser Seite soll im folgenden nachgegangen werden.

*Russenfeindlichkeit – Grundlage der Konfrontation gegenüber DDR*  
Schumachers grundsätzliche Ablehnung der SBZ und der DDR war zutiefst von seinem prinzipiellen Antikommunismus – genauer: Antisowjetismus, seit August 1945 noch präziser: nationalistisch be-

Ulla Plener – Jg. 1933;  
Dr. sc. phil., Historikerin,  
Berlin. Arbeiten zur  
Geschichte der Sozial-  
demokratie sowie biogra-  
phische Forschungen, Mit-  
glied der Leibniz-Sozietät.

gründeter und »politisch steriler persönlicher Verbitterung genährt(er)«<sup>5</sup>. Russenfeindlichkeit – bestimmt. Gründe und Erscheinungsformen für die letztere wurden von der Autorin an anderer Stelle dargestellt.<sup>6</sup> Gleichwohl muß hier im Zusammenhang des Themas an einige diesbezügliche Thesen Schumachers erinnert werden.

Das Potsdamer Abkommen nannte er »eine recht peinliche alliierte Angelegenheit« »mit sehr unheiligem Inhalt«, der den (»russischen«) »Vernichtungswillen von Jalta«, den (»russischen«) »Geist des Krieges« (Haß, Rache, Blut usw. im Verhältnis zu den Deutschen) zum Ausdruck gebracht und einzig in »russischem Interesse« gelegen habe.<sup>7</sup> In Wirklichkeit waren, wie zuletzt von Rolf Badstübner anhand von Dokumenten aus amerikanischen Archiven überzeugend nachgewiesen, die Inhalte dieses Abkommens mit seinem »radikal-demokratischen Konzept« in erster Linie von den USA bestimmt gewesen – die Sowjetunion hatte sich zu dessen »konsequentem Anwalt« gemacht.<sup>8</sup>

Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion, die bis weit in die 50er Jahre hinein noch unentschlossen und für die Option eines neutralen Gesamtdeutschland offen war<sup>9</sup>, stellte Schumacher als politisch, ökonomisch und militärisch aggressiv gegen Deutschland gerichtet dar. Mit politisch meinte er: Ziel sowjetischer Deutschlandpolitik sei ein einheitliches russisches Deutschland, »das heißt, ein von Deutschen bewohntes Stück Russland«, »Deutschland als russische Provinz«; solange dies nicht der Fall sei, würde die UdSSR die Einheit Deutschlands verhindern.<sup>10</sup> Ökonomisch hieß bei ihm: materielle Ausbeutung des deutschen Volkes, »Ausplünderung« Ostdeutschlands durch Reparationen, »Vernichtungspolitik« der russischen Demontagen.<sup>11</sup> Militärisch unterstellte er der UdSSR Kriegsvorbereitung mit der Absicht eines militärischen Einmarschs der Sowjetarmee in den Westen.<sup>12</sup> Die Spaltung Deutschlands war nach seinen Worten das gewollte Ergebnis allein »russischer« Politik; sie sei schon 1945 »vorgenommen worden durch den politischen Egoismus und die ökonomische Raubgier der Reparationspolitik der Sowjets in ihrer Zone«.<sup>13</sup>

Dabei spielte bei Schumacher der verbrecherische Krieg des faschistischen Deutschland gegen die Völker Europas, besonders Osteuropas und gerade der Sowjetunion, durchgehend keine Rolle. Von einigen wenigen Redewendungen abgesehen, erinnerte er nicht an die Verbrechen, die faschistische SS und Wehrmacht – neben Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien – gerade in der Sowjetunion (in Belorußland, in der Ukraine, im eigentlichen Rußland) begangen hatten. Wenn er von der Entindustrialisierung des deutschen Ostens infolge sowjetischer Demontagen sprach, erwähnte er nicht die totale Zerstörung riesiger Gebiete in der Sowjetunion durch die deutsche Kriegführung.<sup>14</sup> Wenn er gegenüber den Besatzungsmächten den Hunger in Deutschland anprangerte, kam ihm nicht in den Sinn, daß »die Russen« (also Belorussen, Ukrainer, Russen und viele andere) zu dieser Zeit genauso hungerten.

Den Zweiten Weltkrieg behandelte Schumacher ausschließlich im Zusammenhang der Folgen für die Deutschen – von den Folgen deutscher Verbrechen an anderen Völkern sprach und schrieb er nicht, kaum daß er sie erwähnte. Noch am 1. August 1952 schrieb er:

»Er (Schumacher) teilte mit der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie die Dämonisierung Rußlands und später der Sowjetunion. Sie läßt sich historisch erklären, war aber überdimensionalisiert. Gegenüber der Warnung vor ideologisch (sic!) begründetem Expansionismus der Sowjetunion findet sich bei Schumacher erstaunlich wenig Verständnis für legitime Sicherheitsinteressen dieses Staates, der wie kein anderer (sic!) unter deutscher Expansion gelitten und die Hauptlast des Krieges getragen hatte.« (Christoph Kleßmann im Oktober 1995 in: »Neubau«, S. 128).

Das deutsche Volk müsse »seine Notwendigkeiten gegenüber dem Vergeltungswillen der einst von der Hitlerdiktatur überfallenen Nationen behaupten«.<sup>15</sup> Gelegentlich sprach er lediglich von deutschen »Sünden«: Das deutsche Volk lehne es ab, »Reparation zu sein für die Sünden der Vergangenheit«<sup>16</sup>; oder: »Unser Volk – es mag in der Vergangenheit geschehen sein, was da will (es waren Massenmord, Totschlag, Plünderungen, verbrannte Erde, verübt von Deutschen in anderen Ländern! – U. Pl.) –, ist nicht weniger wertvoll« als andere Völker usw.<sup>17</sup> Wie andere deutsche Politiker verdrängte er die Verbrechen der Deutschen an europäischen Völkern ebenso wie ihre Mitschuld am eigenen Elend nach diesem verheerendsten aller Kriege aus dem Bewußtsein der Deutschen und schob die Verantwortung für das letztere den »Russen« (und den Kommunisten als deren Handlanger) zu. So auch die Zweiteilung Deutschlands.<sup>18</sup>

Nach dem Bekanntwerden der Potsdamer Beschlüsse im August 1945 richtete Schumacher seinen politischen Hauptstoß öffentlich nicht mehr (wie etwa noch im Mai und Juli 1945) gegen das deutsche Monopolkapital als verantwortlich für den Machtantritt der Nazis 1933 und nicht mehr gegen die Nazis als verantwortlich für das Nachkriegselend der Deutschen, sondern gegen die »Russen« und die Kommunisten. Schumacher dachte, damit die Stimmung der Deutschen zu treffen: Die SPD sollte – das hatte er aus dem Untergang der Weimarer Republik geschlußfolgert – als die nationale deutsche Partei profiliert werden und so die Mehrheit der Wähler gewinnen.

Hier ist die Antwort auf die in Diskussionen anlässlich der beiden letzten Schumacher-Jubiläen – so auch am 26. Juni 2002<sup>19</sup> – aufgeworfene Frage zu finden, warum die SPD in den ersten Jahrzehnten nach 1945 nicht ihren Widerstand gegen die Nazis artikuliert hatte: Es war in Schumachers Verständnis gegenüber der Masse der Westdeutschen, um deren Wählerstimmen er gerungen hatte, schlicht »nicht opportun«, an den Widerstand gegen das von der Mehrheit der Deutschen mitgetragene Nazi-Regime zu erinnern! Kein Zufall auch, daß Schumacher seine Kritik an deutschen Verbrechen – auch das Verbrechen an den Juden – seit August 1945 kaum in ganzen Sätzen äußerte, sie eher in Halbsätzen ansprach, diese meistens mit einem »aber« verband und das größtenteils nicht öffentlich beziehungsweise nicht in deutschen Massenmedien.<sup>20</sup>

#### *Die DDR – »die völlige Entdeutschung der Politik«*

Nach Gründung der DDR 1949 steigerte Schumacher seine antirussische nationalistische Propaganda noch. Er stellte sich in die vorderste Frontlinie des Kalten Krieges in Deutschland, und das bestimmte seinen Umgang mit der DDR.

Die SBZ (bei dieser Bezeichnung blieb er konsequent auch nach 1949 und trug maßgebend dazu bei, sie im Bewußtsein der Westdeutschen zu verfestigen) bezeichnete und behandelte Schumacher nie anders als »Funktion aggressiver sowjetischer Außenpolitik«.<sup>21</sup> In westdeutschen Massenmedien und von der Bundestagtribüne herab nannte er die DDR »kommunistisch okkupierte Zone«, »Staatssurrogat«, »Überstaat«, »Polizeistaat des Terrors«, »gefährlich antidemokratischen Polizeistaat der sogenannten DDR«.<sup>22</sup> Die

Susanne Miller zur Frage, »warum Kurt Schumacher auch bei Sozialdemokraten im Ausland so wenig Resonanz fand«: »Es waren Deutsche, die Europa in ein Trümmerfeld verwandelt und Auschwitz geschaffen haben. Und Schumacher war Deutscher.« – Er habe nicht nur für das Überleben der Deutschen gekämpft, sondern auch »für die Gleichberechtigung Deutschlands nicht nur mit Blick auf eine ferne Zukunft. Seine Politik war davon bestimmt, die Deutschen möglichst an allen großen internationalen Entscheidungen als Gleichberechtigte zu beteiligen. Dies war angesichts der Verbrechen, die Deutsche begangen hatten, für viele unverständlich und ist es jetzt auch für mich. Ich betone ausdrücklich, daß dies meine heutige Meinung ist. Als Schumacher diese Politik vertrat, war es für mich wie für viele andere selbstverständlich, an die moralische Berechtigung (Schumachers als aktiven Antifaschisten und von Nazis Geschundenen – U. Pl.) zu glauben. Heute bezweifle ich ihre politische Richtigkeit. Wenn Schumacher im Ausland war oder im Rundfunk Reden an ausländische Zuhörer richtete, erwartete man von ihm als



Kommunisten beziehungsweise SED-Mitglieder hießen bei ihm »Gesinnungsrussen, deren Deutschtum (!) eine bloße Äußerlichkeit« sei, »deutsche Sklaven der russischen Besatzungsmacht«, »deutsche Staatsbürger russischen Glaubens«, »nachgemachte Sowjetpatrioten«, »russenhörige Quislinge«.<sup>23</sup>

SED, DDR-Regierung und ihre Repräsentanten bezeichnete er als »Vertreter des nationalen Verzichts und Verrats«.<sup>24</sup>

Letzteres bezog sich ganz besonders auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die zwischen den Regierungen der DDR und Polens im Vertrag vom 27. Januar 1951 besiegelt worden war. Dazu Schumacher im Bundestag am 30. Januar 1951: Da habe »die Pankower Verwaltung durch ihren sogenannten Außenminister, den Ost-CDU-Satelliten Dertinger, wiederum ihren Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder und Neiße ausgesprochen und vertraglich ratifiziert«; da hätten »die Führung der SEP und ihre CDU- und LDP-Anhängsel deutschen Boden verschenkt und das deutschen Menschen zugefügte Unrecht zur eigenen Politik gemacht, die man dann deutsch nennt«; da ging es um »Aufgabe des deutschen Ostens«, um »Preisgabe der Ostgebiete«.<sup>25</sup>

Wollte Schumacher – wie die Revanchistenverbände – nachträglich die Ergebnisse des Krieges revidieren?<sup>26</sup>

Nationalistisch gewendet äußerte sich Schumacher auch, wenn er auf die deutschen Kriegsgefangenen und die – alliierten Beschlüssen entsprechende – Aussiedlung von Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei zu sprechen kam. So in der oben zitierten Rede am 17. August 1951: Während die »herrschende Clique in der Sowjetzone« es sich gut gehen ließe, seien von ihr »die Armen und Bedürftigen vom ersten Tage kommunistischer Regierungstätigkeit« an im Stich gelassen worden; es sei »eine unabwägbare Schande der Menschlichkeit«, daß die Regierung »der sogenannten DDR... im Interesse der Sklavenhalter, die die Unglücklichen zurückhielten (also die SU! – U. Pl.), alles getan hat, um die Kriegsgefangenen zu verdächtigen« (dabei seien doch »die deutschen Soldaten auch dieses Krieges... nicht Träger, sondern Opfer des Faschismus« gewesen). Das gleiche gelte für die Ausgesiedelten: Die »Phrasen der Kommunisten« seien »doch nichts anderes als eine Entschuldigung für die Ausplünderung und Verjagung der 14 Millionen armer Teufel aus den deutschen Ostgebieten und den Gebieten des Volksdeutschtums (!). Wer Antifaschist ist und wer Deutscher ist, kann nicht den Sowjetfaschismus (!) gegen das eigene deutsche Volk und gegen die armen Leute tolerieren.«<sup>27</sup>

Die Deutschen sollten sich »auch juristisch auseinandersetzen« mit Leuten, die »Deutschland im Stich gelassen« hätten, »um Russland zu dienen«<sup>28</sup>. Die nationalen Losungen der SED beziehungsweise der DDR-Regierung bezeichnete Schumacher als »Nationalbolschewismus« und als »nationale Parolen aus der Mottenkiste des deutschen Nationalismus«, ja, des deutschen Faschismus (so im Zitat oben, die Kommunisten kämen dem Volk »hitlerisch«).<sup>29</sup>

Mit dieser Art Argumenten lehnte Schumacher bis in den Herbst 1951 hinein alle Angebote der DDR – ihrer Regierung oder Volkskammer – an die Regierung der BRD oder den Bundestag, über die deutsche Wiedervereinigung zu beraten, ab. So erging es dem Brief

Deutschen ein Schuldbekenntnis.« Er habe das nicht abgeben können, da er selbst gegen die Nazis mit äußerstem Einsatz gekämpft hatte; er »identifizierte jedoch seine Situation mit der des deutschen Volkes«. Für viele im Ausland war zum Beispiel Schumachers und der SPD leidenschaftlicher Kampf gegen Demontagen unverständlich. Millers Freunde verstanden diesen »nicht als einen Mangel an Weitblick, sondern als Mangel an Bereitschaft, für die Verbrechen des deutschen Regimes nach dem verlorenen Krieg eine Reparation, eine Wiedergutmachung leisten zu wollen.« In: Nach-Denken, S. 93/94.

Schumacher in der Bundestagsrede am 9. März 1951 (als Antwort auf den Appell der Volkskammer an den Bundestag vom 2. März mit dem Vorschlag, der am 5. März in Paris beginnenden Konferenz der stellv. Außenminister der Großmächte gemeinsame Vorstellungen für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu unterbreiten): »Das Hauptziel dieses Friedensvertrages wäre, die deutsche Zustimmung zur Oder-Neiße-Linie als der endgültigen Grenze zu erlangen. (Sehr wahr! rechts) Zur gleichen Zeit, in der man hier wilhelminisch, hitlerisch (!) und in anderen Sprachen des Nationalismus unserem Volk propagandistisch kommt, verhandelt der sogenannte Ministerpräsident von Pankow mit Polen! Dieser Monat März ist der Monat der deutsch-polnischen Freundschaft. (Zuruf von der KPD: Gott sei Dank! – Zuruf von rechts: Pfui Teufel!) Wir wollen die Freundschaft mit dem polnischen Volk, aber

nicht um den Preis des deutschen Selbstmords. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)« (Albrecht, S. 934).

»Will Herr Schumacher aus Westpreußen damit den Offensivkrieg...?« Behauptungen von CDU-Leitartiklern, »er beschwöre mit seiner Art des Argumentierens die Gefahr geradezu herauf, als ein Fürsprecher eines neuen Angriffsfeldzugs gen Osten mißverstanden zu werden«, störten ihn nicht. – »Über solche »väterlich erhobenen, tintenblecktesten Zeigefinger« macht er sich lustig ...« (Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche, S. 479.)

Schumacher über Polen in einer Rede am 4. September 1946, ebenfalls im Zusammenhang mit der Oder-Neiße-Grenze, die »nationalpolitisch und ernährungspolitisch eine Unmöglichkeit« sei: »Dieses verwüstete Niemandsland (von wem verwüstet! – U. Pl.), auf dem kein Halm und keine Ähre wächst, das die Polen weder völkisch (!), noch politisch, noch organisch (?) auszugestalten in der Lage sind, ist das Terrain, um das wir kämpfen ...« (Albrecht, S. 473).

Über 600 000 Tschechen, vor allem junge Menschen, mußten zum Arbeitseinsatz nach Deutschland. Die materiellen Schäden der tschechischen Wirtschaft beliefen sich bis Kriegsende auf rund 347,5 Milliarden Kronen. In der Zeit der nationalen Unterdrückung, des Terrors und der Rassenverfolgung sind circa 340 000 tschechische Bürger gestorben. (Georg Rudolf Buberl: Ungezählte Opfer Hitlers, in: *Neues Deutschland*, 15. August 2002).

Otto Grotewohls vom 30. November 1950, den Schumacher ein in Moskau geschriebenes »russisches Dokument« nannte<sup>30</sup>; ebenso dem Appell der Volkskammer vom 30. Januar 1951 an den Bundestag mit dem Vorschlag zur Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates zur Verständigung über Friedenssicherung und Wiedervereinigung: »Die Fülle der Versprechungen, Andeutungen und Gaukeleien« helfe »nicht darüber hinweg, daß alles als Betrug gemeint ist«<sup>31</sup>. Zum oben erwähnten Appell der Volkskammer vom 2. März 1951 sagte er am 9. März 1951 im Bundestag: Die sowjetische Politik versuche jetzt, »entgegen der Tatsache, daß sie die Deutschen als bloßes Material handhabt, bei denselben Deutschen das Gefühl zu erzeugen, als ob sie ein selbständiges, nach eigenem Willen handelndes, souveränes Subjekt seien. Tatsächlich ist die Ostzonenverwaltung nur der Bestandteil eines Satellitensystems, in dem es nur einen Willen gibt, nämlich den Willen des zentralen Auftraggebers und Herrschers, der Sowjetunion. (Sehr richtig! bei der SPD und rechts) Das System von Pankow ist die völlige Entdeutschung und die völlige Sowjetisierung der Politik. (Beifall bei der SPD, in der Mitte und rechts) Die angebliche deutsche Initiative aus dem Osten für die Einheit ist Bestandteil der nationalrussischen Außenpolitik. (Zuruf rechts: Ausgezeichnet!)«<sup>32</sup> Der Appell sei ein »politischer und propagandistischer Angriff der Totalitären«.<sup>33</sup>

War der Weg zur Einheit Deutschlands so zu ebnen? Nur das Gegenteil konnte der Fall sein.

Erst der Volkskammer-Appell vom 15. September 1951 (er enthielt den Vorschlag, freie, gleiche und geheime Wahlen – von Schumacher seit langem gefordert – zu einer Nationalversammlung durchzuführen, die den Weg zur Einheit Deutschlands und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages erörtern sollte) wurde von ihm nicht sofort abgelehnt. Jedoch formulierte er sogleich eine Menge Vorbedingungen und erklärte zum Friedensvertrag, sein Ziel sei die »Schaffung Sowjetdeutschlands«.<sup>34</sup> In einer vom RIAS am 23. Dezember 1951 gesendeten Rede von ihm nannte Schumacher die »in den internen Kreisen der SEP und der anderen prosovietischen Satellitenparteien Mitteldeutschlands« vorgeschlagenen gesamtdeutschen Schritte »Versuche zur Überlistung und Übertölpelung der Demokraten durch die Totalitären«.<sup>35</sup>

Dieser Art Aussagen füllen viele Seiten in Schumachers öffentlichen Reden und Schriften. Niemals sprach er in einer solchen Weise von der Nazipolitik und -praxis. Mehr noch. Während er jegliche Gespräche mit Vertretern der DDR strikt ablehnte, traf er sich seit Juni 1950 mit früheren Generälen der Wehrmacht und besprach mit diesen »sein strategisches Konzept der offensiven Abwehr eines eventuellen sowjetischen Angriffs«.<sup>36</sup> Ab Frühjahr 1951 gab es regelmäßige Konferenzen zwischen Repräsentanten der SPD und ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, an denen Schumacher aktiv teilnahm. Seine Verbindungen zur Labour Party nutzend, setzte er sich (mit Erfolg) für die Begnadigung des von einem britischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen zu 21 Jahren Haft verurteilten Generalfeldmarschalls von Kesselring ein, der Hitler bis zum Schluß treu gedient hatte.<sup>37</sup> Und: Im Herbst 1951 führte Schumacher Gespräche mit hohen Offizieren der Waffen-SS, darunter SS-Brigade-

führer (später Generalmajor der Waffen-SS) Otto Kumm, der an der Spitze von SS- und Waffen-SS-Einheiten in Holland, Polen, Jugoslawien und der Sowjetunion Einsätze führte und dafür hochdekoriert wurde.<sup>38</sup>

Schumacher ging es dabei um die Aussöhnung mit diesen Nazis (und den von diesen geführten Hunderttausenden Waffen-SS-Angehörigen), die er für notwendig und möglich hielt. Im Unterschied zu Verbrechern an der Spitze der Waffen-SS vom Schlage eines Kumm waren Kommunisten und SED-Führer für ihn nicht gesprächswürdig.

Erst fünf Wochen vor seinem Tode, am 15. Juli 1952, sprach Schumacher sich im RIAS in einer an die DDR-Bevölkerung gerichteten Rede – unter Berufung auf »unsere Informationen aus der sowjetischen Besatzungszone« – für Verhandlungen statt militärischer Drohungen aus und zitierte eine von den »zahlreichen Stimmen aus der Zone«: »Mit Verhandlungen kann man fast alles, mit Drohungen nichts erreichen!«<sup>39</sup> Dachte er bis dahin im Ernst, zu seinem Ziel – der Einheit Deutschlands mit Ablehnung jeglicher Gespräche, mit Diffamierungen, die seinen Umgang mit der DDR und ihren Repräsentanten prägten, und an der Sowjetunion vorbei – zu kommen?

#### *Gegen DDR als Staat und Gesellschaft*

Von der absoluten Russenfeindlichkeit beherrscht, lehnte Schumacher in den Jahren 1945-1949 die in der SBZ – in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen (und Schumachers eigenem Programm für die Nachkriegszeit!<sup>40</sup>) – unter der Ägide der Besatzungsmacht vollzogene tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltung (Bodenreform, Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und Überführung deren Eigentums in öffentliches beziehungsweise Staatseigentum) ab. Die hier – im Unterschied zu den Westzonen – erfolgte tatsächliche Entnazifizierung der Verwaltungen, der Polizei, der Justiz, der Schulen und Hochschulen nahm er nicht zur Kenntnis.

Die DDR-Regierung bezeichnete Schumacher nicht anders als »Pankower Verwaltung« oder »sowjetzonale Verwaltungsorgane«<sup>41</sup>, ihre Repräsentanten – stets nur als »sogenannte«; der Oberbürgermeister der DDR-Hauptstadt hieß bei ihm »Leiter der Verwaltung des Ostberliner Sektors«<sup>42</sup>; im RIAS sprach er im August 1951 von »Zuständen« unter »der herrschenden Horde in der Zone«<sup>43</sup> – die Reihe seiner Etiketten dieser Art könnte noch fortgesetzt werden.

Schumacher war mit seiner Kritik an der DDR dort im Recht, wo er das politische, der Sowjetunion nachgebildete System der DDR geißelte. Das schlug sich zum Beispiel im Wahlsystem zu Vertretungskörperschaften, von der Gemeinde bis zur Volkskammer, nieder, das – auf der Grundlage der vom »demokratischen Block« der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen vereinbarten Listen – dem Bürger praktisch, außer dem Ja oder Nein, keine Wahlmöglichkeit bot und frühzeitig zur unumschränkten Herrschaft der SED, der »führenden Partei des Blocks«, ausgeartet war. Schumacher nannte diese Art Wahlen (so zur Volkskammer am 15. Oktober 1950) einen »Gewaltakt des Terrors« und die aus ihnen hervorgegangenen Vertretungen wie die Volkskammer illegitim.<sup>44</sup> Vor allem zeigte sich das Undemokratische des politischen Systems in der praktisch gren-

»Möglicherweise war die Einheit Deutschlands in den späten 40er und frühen 50er Jahren unter demokratischen Vorzeichen überhaupt nicht zu erreichen. In keinem Fall war sie denkbar, ohne die Interessen der Sowjetunion nüchtern in Rechnung zu stellen. Erst ganz zu Ende seines Lebens scheint Schumacher klar geworden zu sein, daß weder der demokratische Sozialismus als unabhängige Formation noch die sogenannte Weltdemokratie mit der Sozialdemokratie als linkem Flügel die Sowjetunion würde aus Deutschland verdrängen können, daß also irgendein Arrangement unvermeidlich sein würde.« (Peter Brandt: Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit – Europäische Friedensordnung. Kurt Schumacher in der Nachkriegspolitik (1945-1952), in: »Neubau«, S. 54.)

»Wir müssen die Notwendigkeit der Demokratie für das kulturelle, wirtschaftliche und staatliche Zusammenleben in dem permanenten Stadium der politischen und seelischen Aggression gegenüber der Ostzone und den Satellitenstaaten Sowjetrußlands erhalten« (K. Schumacher in einer Rede vor SPD-Gremien am 17. 9. 1950 in Stuttgart, in: Albrecht, S. 846/847.)

zenlosen Macht staatlicher Gewaltorgane (Polizei, Justiz, Staatsicherheit) gegenüber dem einzelnen Staatsbürger, also in der weitgehenden Negation der individuellen demokratischen Rechte der Persönlichkeit. Diese waren in der Verfassung proklamiert, wurden aber in der Praxis vielfach gröblichst mißachtet.<sup>45</sup> Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung unterlagen Steuerungen und Kontrollen durch den Parteiapparat der SED. Zu Schumachers Zeit standen dafür nicht zuletzt die Waldheimer Prozesse 1950 gegen die von der Besatzungsmacht an die deutschen Organe übergebenen Nazi- und Kriegsverbrecher. Hier wurden die rechtsstaatlich gebotenen Verfahrensprinzipien verletzt, erfolgten Eingriffe der SED-Führung in die richterliche Unabhängigkeit, womit klar gegen die DDR-Verfassung von 1949 verstoßen wurde.<sup>46</sup> Schumacher war – selbst ein aktiver Antifaschist – zu einer differenzierten Sicht auf diese gegen Nazi- und Kriegsverbrecher durchgeführten Prozesse, in denen nicht wenige Nazi-Opfer als Richter fungierten, nicht fähig: Er nannte sie pauschal eine Schande – »wie Volksgerichtshof des Herren Freisler«<sup>47</sup>, der ja Nazi-Gegner gerichtet hatte.

Ließ sich aber das undemokratische politische System in der DDR auf einen »Polizeistaat des Terrors« reduzieren? War es ein System, in dem »die Menschen verreck(t)en«?<sup>48</sup> Wohl kaum. Tatsache ist und bleibt: Gerade die Jahre um 1949 waren – trotz der undemokratischen Praktiken – von einem bis dahin beispiellosen Aufbruch gekennzeichnet, der demokratische Initiativen in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgelöst – nicht zuletzt durch die demokratische Schulreform unzähligen Kindern und Jugendlichen aus dem Arbeiter- und dem Bauernstand die Tore zu höherer Bildung und Kultur aufgestoßen – hatte.<sup>49</sup> Und wie schon gesagt: Alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche waren hier – im Unterschied zu den Westzonen – gründlich und auf Dauer entnazifiziert, der Antifaschismus nicht lediglich »verordnet«, sondern im Staats- und Gesellschaftsbau weitgehend materialisiert.

Die in der DDR erlassenen Gesetze haben DDR-Rechtshistoriker inzwischen kritisch beurteilt und deren Defizite benannt. Sie verweisen zugleich auf deren humanistische und antifaschistische Diktion und auf die soziale Dimension von Gesetzgebung und Rechtsprechung, die sie positiv von den zur gleichen Zeit in der BRD geschaffenen und praktizierten unterschieden.<sup>50</sup>

Für Schumacher waren dagegen alle Gesetze in der DDR lediglich Terrorgesetze.

Ebenso ablehnend und undifferenziert stand Schumacher der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR und ihren sozialökonomischen Grundlagen gegenüber, die er im einzelnen nie analysierte, sondern immer nur generell verwarf. Es ging bei ihm stets um »gequälte und geknechtete Deutsche (in) der SBZ«, um »versklavte Menschen im Osten«, um deren »Ausbeutung und Helotendasein«.<sup>51</sup>

Wie schon erwähnt, fanden weder die 1945 in der SBZ durchgeführte Bodenreform noch die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher auf der Basis des im Juni 1946 in Sachsen durchgeführten Volksentscheids Schumachers Zustimmung.

1926 hatte er sich als politischer Redakteur der Stuttgarter *Schwäbischen Tagwacht* für die entschädigungslose Enteignung der

»Die offenkundigen Untaten dieses Staates und seiner mit ihm zugrunde gegangenen Lenker können die vielen Hoffnungen, Leistungen, Ausdrucksformen eines demokratischen Gemeinwillens nicht ungeschehen machen. Jahrelang wurde... im Volke, nämlich (von) den realen Arbeitern, Bauern und ihren Kindern, den neuen Studenten eines neuen Schul- und Hochschulwesens, nach den moralischen Prinzipien des kategorischen Imperativs von Immanuel Kant im Wortsinne ‚gearbeitet‘. Der einzelne handelte so, daß seine Tätigkeit gleichgerichtet war den Wünschen und Hoffnungen auf ein besseres und neu strukturiertes Gemeinwesen. Demokratisch und antifaschistisch ... Das war eine Denkwirklichkeit, nicht bloß eine Vokabel ... Das Wort vom Antifaschismus ... meinte eine Realität, die viele in diesem neuen Staat konnten und herbeiwünschten.« (Hans Mayer: Der Turm von Babel, Frankfurt am Main 1993, S. 16).

Fürsten stark gemacht, indem er unter anderem nachgewiesen hatte, daß deren Ländereien vor Jahrhunderten den Bauern geraubt worden waren.<sup>52</sup> 1945/1946 forderte er folgerichtig eine radikale demokratische Bodenreform. In den Westzonen war es dazu aufgrund der Politik der Besatzungsmächte nicht gekommen. Die in der SBZ, wo die meisten Großländereien konzentriert waren, schon im Herbst 1945 durchgeführte Bodenreform hieß im SPD-Sprachegebrauch »sogenannte Bodenreform in der Ostzone«, ihre Ergebnisse wurden von SPD-Gremien (wenn auch nicht in der gesamten Partei) negativ bewertet.<sup>53</sup>

1945/1946 wie auch nach Konstituierung der BRD 1949 forderten Schumacher und die SPD die Sozialisierung, d. h. Überführung der Grundstoffindustrien und Großbanken, deren Eigentümer Hitler zur Macht gebracht und am Krieg profitiert hatten, in (öffentliches) Gemeineigentum. Entsprechende, von der SPD initiierte und von einigen Landtagen (in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein) – mit den Stimmen der darin vertretenen Kommunisten – angenommene Gesetze wurden ebenfalls von den Besatzungsbehörden nicht zugelassen – wie auch der in einer Volksabstimmung bestätigte Sozialisierungsartikel der Hessischen Landesverfassung. Aber den sächsischen Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, obwohl – wie der Bodenreform für die Landwirtschaft – »tiefgreifende Besitz- und Strukturveränderungen in der Industrie« bescheinigt<sup>54</sup>, lehnten Schumacher und die SPD wiederum ab, weil er »verfassungsrechtlich nicht legitimiert« (also nicht von einem Parlament, sondern auf dem Wege der »direkten Demokratie«, eben eines Volksentscheids, zustandegebracht!) gewesen sei.

Im Vorwort zum Aktionsprogramm der SPD 1952, datiert mit 28. Juli 1952, lehnte Schumacher (im Namen der »deutschen Arbeiterklasse«) es ab, »die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten« (was er selbst konkret darunter verstand, hatte er niemals plausibel erklärt).<sup>55</sup> Konkret zur DDR-Wirtschaftsgestaltung äußerte er sich, soweit feststellbar, nur im Zusammenhang der 1951 anstelle der betrieblichen Tarifverträge eingeführten Kollektivverträge, und er bezeichnete sie ohne jeglichen konkreten Nachweis als »das Schauerlichste und Verbrecherischste«, als »Entrechtung der arbeitenden Menschen im Produktionsprozeß und einen unvorstellbaren Grad der Ausbeutung«.<sup>56</sup>

In dem zitierten Vorwort erklärte Schumacher zugleich (dem Zusammenhang nach dachte er dabei an das wiedervereinigte Deutschland), die deutsche Arbeiterklasse lehne »aber mit der gleichen Entschiedenheit (wie die Wirtschaftsgestaltung in der DDR) eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab«! Gründete »die Wirtschaftsgestaltung« in der DDR also doch – wie er es zu derselben Zeit für die BRD gefordert hatte – auf nichtprivatem Großeigentum und auf nichtkapitalistischen Verhältnissen? Das hatte zu neuen, nicht am Profit orientierten sozialen Inhalten geführt (wenn auch – im Endergebnis – nicht zu einer wirklich emanzipatorischen Vergesellschaftung, was an dieser Stelle nicht diskutiert werden soll) – für Schumacher, der die ausschließliche Profitorientierung im Westen Deutschlands beklagte<sup>57</sup>, nur der agitatorischen Diffamierung wert.

»Im übrigen hält die überwiegende Zahl von Strafurteilen (in der DDR) durchaus dem Standard »bürgerlicher« Rechtsstaatlichkeit stand. Die soziale Dimension im Strafrecht der DDR, die andere deutsche Strafrechtssysteme nicht aufweisen und welche Ausdruck einer in der DDR auch immanenten humanen Sorge um andere ist, war der Versuch, die traditionellen Ausgrenzungsmechanismen des Strafrechts zu durchbrechen und auf die Verantwortung der Gesellschaft für die Rechtsbrecher abzustellen. Jener Ansatz basiert genauso auf dem »Gestaltungswillen« entsprechend der herrschenden Rechtskonzeption und wurde durch die soziale Utopie getragen.« (Schöneburg, Strafrecht ..., S. 181).

Mit den gesellschaftlichen Strukturveränderungen in der SBZ/DDR wurde, so Rolf Badstübner 1999, mit Erfolg der sowohl von der Antihitlerkoalition als auch dem »anderen Deutschland« (das ja gerade Schumacher vertreten hat) in großen Zügen anvisierte Weg einer radikalen gesellschaftlichen Überwindung von Nazismus und Militarismus und damit eines dritten Weges jenseits von Kapitalismus und Sozialismus beschritten, wenn er auch zugleich von stalinistischen Methoden und Denkweisen mit geprägt wurde.<sup>58</sup> Da war – mit Hans Mayer zu sprechen – eine andere als die westlich-kapitalistische und von Nazis durchgesetzte »deutsche Möglichkeit« angelegt.<sup>59</sup> Schumacher und mit ihm die SPD haben die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Praxis in der DDR, darunter der hier vollzogenen Art der Sozialisierung, unterlassen. Möglicherweise hätte es im Ergebnis einer sachlichen Diskussion darüber Veränderungen gegeben, die eher die emanzipatorischen Potentiale dieser Art Vergesellschaftung gefördert hätten als die bloße Ablehnung. Und für die Westdeutschen hätte sie vielleicht mehr Klarheit über Schumachers diesbezügliche Vorstellungen gebracht.<sup>60</sup>

Im Endergebnis war Schumacher mit seinem Konzept der Wiedervereinigung Deutschlands gescheitert. Kleßmann, Potthoff und andere schätzen im Rückblick ein, Schumacher habe mit seiner prononciert nationalen (nationalistischen!) Agitation falsch gelegen: »Europa besaß gerade aufgrund seines vagen visionären Charakters größere Ausstrahlungskraft als die Nation«<sup>61</sup>. Es war in den Augen der Westdeutschen sicher auch eher geeignet, von der deutschen Kriegsschuld abzulenken. Der auf Antisowjetismus und Nichtanerkennung der DDR gegründete Umgang mit dem Osten war wohl ebenso ein Grund für Schumachers Scheitern. Wie schon vor 1949, »trug die rigorose und in der Taktik unflexibel gehandhabte Abgrenzung der Westzonen-SPD vom Osten Deutschlands dazu bei, die Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Fragmente zu beschleunigen«<sup>62</sup> – und, so kann hinzugefügt werden, nach 1949 den Graben zwischen ihnen zu befestigen.

Der internationale und nationale Kalte Krieg – letzteren schürte Schumacher mehr als andere verantwortliche deutsche Politiker – »erwies sich als Nährboden für Fundamentalismen. Er reduzierte die abstrakt gesehen unendliche Pluralität der subjektiven Optionen auf eine bescheidene Realität... Er verringerte auch die Chancen einer an sich erforderlichen Reformpolitik innerhalb der beiden Systeme.«<sup>63</sup>

Erst Willy Brandt – der »Visionär und Realist« (P. Merseburger) – brachte nach 1962 mit der Politik der Entspannung, mit der Anerkennung der DDR und Gesprächen zwischen SPD und SED die Bemühungen um die staatliche Einheit Deutschlands voran. Erst so hörte die ehemalige BRD auf, »Mündel westlicher Politik« zu sein und erlangte »außenpolitische Handlungsfähigkeit auch nach Osten«.<sup>64</sup>

In der Veranstaltung am 1. September 1992 zum 40. Todestag von Schumacher mochte der damalige Vorsitzende der SPD Björn Engholm »Schumachers Credo der Wiedervereinigung Deutschlands« nicht gegen das seiner Nachfolger – Willy Brandt, Helmut Schmidt – ausspielen, mußte aber zugeben, »daß erst die Anerkennung der DDR die Voraussetzung schuf, daß die andere Seite sich auf eine

»Bei der historischen Ortsbestimmung muß fairerweise von einer Position ausgegangen werden, die eine östliche sozialistische und sozialstaatliche Alternative zum bürgerlich demokratischen, kapitalistischen Weststaat als historisch legitim annimmt.« (Wolfgang Benz: Die Geschichte wiederholt sich nicht. Versuch einer Ortsbestimmung, in: Heinz Ludwig Arnold/Frauke Mayer-Gosau: Die Abwicklung der DDR (Göttinger Sudelblätter), Göttingen 1992, S. 37, zitiert nach Schöneburg, Strafrecht, S. 170).

»Wenn ›Historisierung‹ und nicht kurzatmige Abrechnungspolitik die zeitgemäße Forderung im wissenschaftlichen Umgang mit der DDR-Geschichte ist, dann gibt es wenig Grund, von heute aus an Schumachers Konzeption umstandslos anzuknüpfen und seine Vorstellungen neu aufzuwerten. Die nach 1990 publizistisch geführte Debatte um die Deutschlandpolitik und die Richtigkeit der Magnettheorie... ist in meinen Augen völlig unhistorisch, verkürzt und schief.« (Christoph Kleßmann in: »Neubau«, S.129).

Politik der Zusammenarbeit und Entspannung einlassen konnte und mußte, um nicht aus der europäischen Völkerfamilie ausgeschlossen zu werden«. Erst mit Mitteln, »die nicht die Mittel Kurt Schumachers waren« (sic!), hatten seine Nachfolger einen »bedeutenden Beitrag dazu leisten können, daß die Ziele Schumachers letztlich erreicht werden konnten: ein vereinigtes Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa.«<sup>65</sup>

*Zusammengefaßt:*

Nachdem Schumacher von 1946 bis 1949 – nicht anders als die Führung der SED – sich in die Front der militanten Kalten Krieger eingereiht und die vom Westen betriebene Spaltung Deutschlands voll mitgetragen, diese aber der Sowjetunion unterstellt hatte, setzte er diese Linie nach 1949 bis März 1952 fort. Von Antikommunismus und nationalistisch geprägter Russenfeindlichkeit getrieben, behandelte er die DDR ausschließlich als ein Satellitengebilde der Sowjetunion, nicht als einen zweiten deutschen Staat, diffamierte sie und lehnte alle Verhandlungen mit ihren Repräsentanten ab. Seine Konfrontation gegenüber der DDR hatte destruktive Folgen; er wirkte damit kontraproduktiv gegenüber seinem erklärten Ziel, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, er vertiefte und verfestigte damit, auch psychologisch, die Spaltung.

Vom konfrontativen Zeitalter seit dem Ersten Weltkrieg geprägt, war Schumacher durch und durch ein Politiker des Kalten Krieges und trug diesen – nicht viel anders als die Führer der SED an der Seite der Sowjetunion – in die Arbeiterbewegung. Mit seiner Kritik an der stalinistisch entarteten Sowjetunion hatte Schumacher unbedingt recht. Seine antikommunistische und antirussische Agitation war jedoch nicht geeignet, den deutschen Nationalismus zu bekämpfen. Auch wenn Schumacher in seinem Selbstverständnis kein Nationalist war – seine Forderungen und die Art ihres Vortrags trugen dazu bei, daß die Mehrheit der deutschen Kriegsgeneration ihre Mitverantwortung, ja ihre Mitschuld an den von deutscher Seite verübten Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges verdrängte, keine Reue zeigte, keine Trauarbeit leistete. Noch heute lebt diese Art des Nationalismus im anmaßenden Treiben der sogenannten Vertriebenenverbände fort.

Der militant konfrontative Stil, den Schumacher in der Politik, besonders gegenüber der Sowjetunion und den Kommunisten beziehungsweise der SED, pflegte, beförderte und verfestigte die politische und psychologische Polarisierung der zwei Lager in Europa und in Deutschland und war auch deshalb kontraproduktiv in bezug auf die Einheit Deutschlands.

Sein in der Literatur gerühmter Beitrag zum antikommunistischen Konsens in der BRD der 50er und 60er Jahre<sup>66</sup> wirkte ebenfalls in diese Richtung. Und wenn Deutschland heute »nicht nur in zwei politische Teilkulturen, sondern in zwei Geschichtskulturen gespalten« ist, wenn es »keinen kritischen Dialog in Deutschland (gibt) über das, was an historischer Erfahrung in den bis vor kurzem getrennten Staaten geblieben ist«<sup>67</sup>, dann hat Schumacher mit seiner Politik zu Beginn der 50er Jahre dazu schwerwiegend beigetragen.

Soll man in der SPD heute wirklich »von Kurt Schumacher immer noch lernen, daß... der Kampf nach zwei Seiten geführt werden

muß«<sup>68</sup> – also auch gegen links? Soll wirklich nach seinem Vorbild der Kalte Krieg unter deutschen Linken fortgesetzt werden? Da ist wohl Willy Brandt auch in diesem Punkt das produktivere Vorbild: »Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.«<sup>69</sup>

»Die Deutsche Demokratische Republik«, schrieb Hans Mayer, »war stets eine deutsche Wunde. Sie wird es bleiben und nicht heilen, solange man nicht erkennt, daß hier eine deutsche Möglichkeit zugrunde ging. Vielleicht gar verspielt wurde.«<sup>70</sup> Kurt Schumacher hatte aktiv dazu beigetragen, daß diese Möglichkeit verspielt wurde – auch mit Blick auf ein antifaschistisches und sozial gerechteres, als es die Bundesrepublik war und ist, Gesamtdeutschland.

- 1 1995: Neben verschiedenen Pressebeiträgen vgl. vor allem: Kurt Schumacher und der »Neubau« der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 13./14. Oktober 1995, hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1996 (im folgenden »Neubau«); Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 30. Oktober 1995 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher. Stiftung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 1996 (im folgenden Nach-Denken). 2002: Anlässlich des 50. Todestages gab es keine Presseartikel, auch keinen Beitrag in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte!* Nur in der *spw*, Heft 4 (August 2002), erschien ein kurzer Beitrag von Siegfried Heimann mit Rückgriff auf die Rede Willy Brandts zu Schumachers 20. Todestag. Schumachers gedachte lediglich die Historische Kommission der SPD in einem Forum am 28. Juni in Berlin, und das in einem weitgesteckten Rahmen unter der Überschrift »Zwischen Bebel und Schröder«. In bezug auf Schumacher, der zum »Identitätsbewußtsein der SPD« gehöre, wurden folgende Themen berührt: Schumachers Kampf um die Republik und gegen die Nazis in den 20er Jahren; sein Widerstand gegen die Nazis 1933–1945; der Aufbau der Demokratie in Westdeutschland »auf allen Ebenen« und die Rolle seiner Oppositionshaltung, um diese zu sichern; Schumachers Kampf gegen die stalinistische Diktatur und die Kommunisten.
- 2 Vgl. dazu Ulla Plener: Zum Mitwirken der SPD Kurt Schumachers an der Spaltung Deutschlands 1945–1949, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Heft 3, 1999.
- 3 Vgl. Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S. 529; Christoph Kleßmann: Wiedervereinigung und deutsche Nation – der Kern der Politik Schumachers, in: »Neubau«, S. 113 ff.
- 4 So Heinrich August Winkler in der Diskussion auf dem Forum am 28. Juni 2002.
- 5 Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982 (Neuaufgabe 1996), S. 238.
- 6 Vgl. Ulla Plener: Schumacher und die Russen. Zu seiner Art des Nationalismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 69/70 (Juli/August 1996).
- 7 In der Reihenfolge der Zitate: Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985 (im folgenden: W. Albrecht), S. 943; S. 932; Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Berlin (1953), Bd. II: Reden und Schriften (im folgenden: Turmwächter), S. 503/504.
- 8 Vgl. Rolf Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 50, 52, 97, 99f., 538.
- 9 Vgl. Ders. ebenda, S.91–120: Sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik im Widerspruch zwischen legitimer Umgestaltungsdiktatur und stalinistischen Praktiken, gesamtdeutscher Option und volksdemokratischer Zonenautonomie (S. 97 ff.); Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 20–27 (Die Einheit als Ziel).
- 10 In der Reihenfolge der Zitate: W. Albrecht, S. 914 (Dezember 1950); Turmwächter, S. 508, 509, 523 (August 1951); Turmwächter, S. 191 f. (Januar 1950), S. 487 f. (März 1950); Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, Frankfurt a. M. o. J. (im folgenden Protokoll Hamburg), S.70, 76, 79.
- 11 In der Reihenfolge der Zitate: Turmwächter S. 402, 494; Macht Europa stark! Referat Dr. Kurt Schumacher am 31. März 1951 in Bonn, Hannover (1951), S. 15. An einer einzigen Stelle fügte Schumacher ganz allgemein hinzu: Das möge »bis zu einem gewissen Grade erklärlich sein aus der Größe der Verwüstungen und Ausraubungen des Dritten Reiches in diesen Ländern des Ostens« (Turmwächter, S. 392/393).
- 12 Vgl. W. Albrecht, S. 828 f., 851; Turmwächter, S. 509 f.
- 13 Turmwächter, S. 508. Vgl. dagegen, dokumentarisch belegt, Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, S. 65 ff. Im Ergebnis der sowjetischen Reparationspraxis wurde ca. ein Drittel der



- industriellen Kapazitäten in der DDR demontiert, die ostdeutsche Wirtschaft aber nicht zerstört. Vgl. dazu Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993.
- 14 Es gibt in Schumachers Reden und Schriften Aussagen, die die Frage aufkommen lassen, ob er den Krieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion als Abwehr ihrer seit 1921 vermeintlich aggressiven Absichten gegenüber Deutschland für gerechtfertigt hielt. So zum Beispiel (in einem Schreiben an Adenauer vom 6. Februar 1951): »Die sowjetische Politik gegenüber Deutschland« sei »seit drei Jahrzehnten (also seit 1921) auf seine politische Eroberung gerichtet« – ohne die Jahre 1941-1945 davon auszunehmen, sie auch nur zu erwähnen! (W. Albrecht, S. 884) Waren sie der »verdiente Gegenschlag« Deutschlands? oder: Jeder Nationalismus in Deutschland sei »antiwestlich« und »prorussisch« gewesen – die »letzten 170 Jahre der deutschen Geschichte haben auf jedem Blatt dieses großen Buches (!) eine Einzeichnung, die die Wahrheit dieser Behauptung unterstreicht.« (Turmwächter, S. 191); ja, die Sowjetunion sei »selbst schuld« an ihrem »Schicksal« nach 1941, denn sie habe »alle entscheidenden Dinge für Deutschland falsch eingeschätzt«, was dazu geführt habe, »daß Hitler an die Macht kam (!) und Sowjetrußland sein schreckliches Schicksal nach 1941 (einzig-Elbertzeit) direkt auf die Sowjetunion bezogene Stelle dieser Art bei Schumacher! selbst vorbereitet und mit heraufbeschworen hat« (!) (Turmwächter, S. 414/415).
- 15 Jahrbuch der SPD 1950/1951, Dortmund (1952), Vorwort, S. 9.
- 16 So auf einer Kundgebung in Westberlin am 17. August 1951, in: Turmwächter, S. 509; vgl. auch ebenda, S. 402/403; vgl. auch W. Albrecht, S. 1000.
- 17 Macht Europa stark! a. a. O., S. 10/11.
- 18 Die Situation Deutschlands nach 1945 als Folge seiner Kriegführung in Europa wurde auf den oben genannten Veranstaltungen aus Anlaß der Schumacher-Jubiläen praktisch ausgespart. Bernd Faulenbach sprach in Anlehnung an Peter Merseburger gar vom »geschundenen deutschen Volk« (vgl. in: »Neubau«, S. 33). Lediglich Susanne Miller drückte als Zeitzeugin ihr Unverständnis für die Haltung Schumachers angesichts der deutschen Verbrechen aus.
- 19 Unter anderem Potthoff in der Diskussion am 28. Juni 2002: Schumachers Führungsanspruch für die SPD nach 1945 habe im Mißverhältnis dazu gestanden, daß über Widerstand und Verfolgung während der Nazi-Zeit in der SPD unter Schumacher kaum gesprochen wurde – als Ausfluß des gesellschaftlichen Klimas im Nachkriegsdeutschland; 1945/1946 hätten die Widerständler in der SPD vom Widerstand noch gesprochen, seit 1948/1949 und bis in die 60er Jahre nicht mehr.
- 20 Vgl. Ulla Plener: Schumacher und die Russen. Eine seltene Ausnahme waren seine Ausführungen auf dem Hamburger Parteitag im Mai 1950 im Zusammenhang mit der notwendigen Aussöhnung mit den Juden. Vgl. Protokoll Hamburg, S. 164/165.
- 21 Vgl. Jahrbuch der SPD 1948/1949, Hannover (1950), S. 5; Protokoll Hamburg, S. 63; Dr. Kurt Schumacher: Deutschlands Forderung: Gleiches Risiko, gleiche Opfer, gleiche Chancen! Dortmund o.J. (1951), S. 8, 10, 16, 19, 20, 21/22 (Rede in Hannover im Dezember 1950).
- 22 In der Reihe der Zitate: Turmwächter, S. 190, 195, 303, 512; Albrecht, S. 952; Potthoff 1995: »Schumacher wäre nicht Schumacher gewesen, wenn er nicht seiner ganzen Verachtung für die »niederrichtigen« deutschen »Kollaborateure« der sowjetischen Führung freie Bahn gelassen hätte. Verbal waren manche Attacken vielleicht überzogen, und man muß sich auch fragen, ob es politisch immer klug war und wirklich im deutschen Interesse lag (sic!), so heftig und erbittert gegen »Annexionen« durch Sowjets und Polen, Vertreibung und brutale Ausbeutung der Deutschen in der SBZ zu protestieren. Denn machtpolitisch zu ändern vermochte er damit nichts, einer Klimaverbesserung war es wohl nicht förderlich, und auch machen im Westen erschien er eher als Störenfried und kaum berechenbares Risiko.« In: »Neubau«, S. 145.
- 23 In der Reihenfolge der Zitate: Albrecht, S. 920; Turmwächter, S. 521; Albrecht, S. 969; Jahrbuch der SPD 1950/1951, S. 241.
- 24 Albrecht, S. 918; Turmwächter, S. 508.
- 25 Albrecht, S. 918.
- 26 Infam gegenüber Polen war seine im Zuge der Diskussion um den im Rahmen der NATO zu leistenden »westdeutschen Wehrbeitrag« 1951 entwickelte »offensive Verteidigungsstrategie« für Deutschland im (willkürlich unterstellten) Fall eines von der Sowjetunion ausgehenden Krieges: Der »stählerne Schirm« (die militärische Sicherheit Deutschlands) sei realisierbar: »Eisenbahnlinien und Flugplätze in Polen müssen in wenigen Stunden zerstört sein können! So in der Sitzung des SPD-Vorstands am 7.-8. September 1951, in: Friedrich-Elbert-Stiftung (FES)/Archiv der sozialen Demokratie (AsD), Bestand Parteivorstand, Protokolle 1951.
- 27 Turmwächter, S. 504.
- 28 Albrecht, S. 936.
- 29 Für die kommunistische »geistige Ahnenreihe des Nationalbolschewismus«, des »Nationalkommunismus und... des nationalistischen Militärkommunismus« bemühte er auf dem Hamburger Parteitag der SPD im Mai 1950 sogar die »Karl-Radek-Politik« aus dem Jahr 1923, die schließlich »zum demokratischen Block der Ostzone und jetzt zur Nationalen Front der SED-Kommunisten und ihrer bürgerlichen Satelliten« geführt habe. (Vgl. Protokoll Hamburg, S. 79) Das Organ der 1948 gegründeten National-demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), National-Zeitung, das die Oder-Neiße-Grenze eine »Friedensgrenze an der Oder-Neiße«, die »heute für beide Völker zur begünstigenden Brücke geworden« sei, bezeichnete, nannte Schumacher »das Blatt des organisierten Rechtsradikalismus im Dienste Sowjetrusslands« (Albrecht, S. 935).
- 30 Albrecht, S. 915.
- 31 So am 30. Januar 1951, in: ebenda, S. 918.
- 32 Ebenda, S. 925. Kommentarlos zitiert von Winkler in der Veranstaltung in Bonn am 30. Oktober 1995 (in: Nach-Denken, S. 45).
- 33 Albrecht, S. 930.
- 34 Ebenda, S. 939.
- 35 Ebenda, S. 954.
- 36 Ebenda, S. 177.
- 37 Vgl. ebenda, S. 178.
- 38 Vgl. dazu (auch Einzelheiten zu Kums Kriegführung in Polen, der Sowjetunion, Jugosla-

- wien) Plener: Schumacher und die Russen, a. a. O., S. 126/127.
- 39 Albrecht, S. 967.
- 40 Vgl. dazu Ulla Plener: Kurt Schumacher und die Einheitspartei 1945/1946, in: BzG, Heft 1, 1997; Dies.: Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948, in: UTOPIE kreativ, Heft 107 (September 1999).
- 41 Albrecht, S. 922, 925.
- 42 Ebenda, S. 955.
- 43 Turmwächter, S. 517 f.
- 44 Albrecht, S. 912, 931.
- 45 Vgl. dazu Hermann Klenner: Die Rechtskonzeption der SED und ihre Widerspiegelung in der Rechtsordnung der DDR, in: *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 2. Bonn/Berlin 1994; Volkmar Schöneburg: Strafrecht und Staatssozialismus, in: ebenda; Ders.: Recht und Repression in der DDR, in: UTOPIE kreativ, Heft 91/92 (Mai/Juni 1998). Schöneburg verweist darauf, daß bei den Kommunisten nach 1945 die Erfahrungen mit der Weimarer Justiz eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten (Vgl. Schöneburg in UTOPIE kreativ, S. 149, sowie in *Ansichten*, S.172).
- 46 Vgl. Hermann Klenner, a. a. O., S. 160.
- 47 Turmwächter, S. 520.
- 48 Ebenda.
- 49 Vgl. aus jüngster Zeit: Stefan Bollinger/Fritz Vilmar (Hrsg.): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer wichtigen sozialkulturellen Einrichtungen, Berlin 2002; Dies.: Die DDR war anders, Ergänzungsband, Forschungsgruppe Kritische Analyse der Vereinigungspolitik am Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, Berlin 2002.
- 50 Vgl. Volkmar Schöneburg: Strafrecht..., a. a. O., S.171.
- 51 In der Reihenfolge der Zitate: Albrecht, S. 939; Protokoll Hamburg, S. 83; Albrecht, S. 927.
- 52 Vgl. »Historisches Recht« – historisches Unrecht! Zur Frage der Fürstenabfindung, in: *Schwäbische Tagwacht*, Stuttgart, 15. Februar 1926.
- 53 Jahrbuch der SPD 1946, o. O. o. J. (Reprint 1976), S. 47. Die Bodenreform hatte den Bauern das Land zurückgegeben und Neubauernstellen geschaffen, indem sie Landarbeiter und Ausgedelte mit Land versorgt hatte. Im SPD-Jahrbuch wurde dazu zwar festgestellt: »Unter dem Schlagwort der Agrarreform« sei »eine tiefgreifende Besitz- und Strukturveränderung« in der Agrarwirtschaft vorgenommen, »privater Großgrundbesitz... weitgehend beseitigt« worden. Aber (!): »Die mit der Enteignung des Großgrundbesitzes verbundene Parzellierung« habe »im agrarischen Sektor einen katastrophalen Niedergang der Produktion hervorgerufen«, was nicht näher erläutert wurde. Nach Vorstellungen der SPD von vor 1933 sollten anstelle von Kleinbauernstellen »gemeinwirtschaftlich geführte« landwirtschaftliche Großbetriebe geschaffen werden, eine Absicht, der sie nach 1945 in den Westzonen selbst nicht gefolgt war.
- 54 Ebenda, S. 2.
- 55 Aktionsprogramm der SPD, Beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag am 28. September 1952. Mit einem Vorwort von Dr. Kurt Schumacher (Bonn 1952), S. 7.
- 56 Turmwächter S. 512; Albrecht, S. 957. Kollektivverträge wurden auf der obersten Ebene zwischen den Fachministerien und den entsprechenden Industriegewerkschaften als Rahmenverträge, auf der Betriebsebene zwischen Betriebsleitungen und betrieblichen Gewerkschaften als Betriebskollektivverträge (BKV) ausgehandelt und enthielten neben Produktionskennziffern auch soziale und kulturelle Anliegen im Interesse der Belegschaften.
- 57 Vgl. Protokoll Hamburg, S. 83, 161/162, 262, 264; Turmwächter, S. 377 (Rede in Gelsenkirchen am 24. Mai 1951).
- 58 Vgl. Rolf Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland, S. 364/365.
- 59 Vgl. Hans Mayer: Der Turm von Babel, S. 258. Auch Rolf Badstübner artikuliert »die ostdeutsche Entwicklung als die andere deutsche Möglichkeit«, im einzelnen S. 439 ff., zusammenfassend S. 550.
- 60 In der Diskussion in Bonn am 13./14. Oktober 1995 stellte Helga Grebing die Frage, warum »die gesellschaftsverändernde Dynamik der Sozialdemokratie ins Leere lief«; unter mehreren von ihr aufgezählten Antworten hieß eine: Es sei Schumacher und der SPD nicht gelungen, »ihre gesellschaftspolitische Alternative zur SBZ unverwechselbar deutlich zu machen (da nutzte auch nichts der die bürgerlichen Parteien anfangs übertreffende Antikommunismus)«. In: »Neubau«, S. 89.
- 61 Christoph Kleßmann, »Neubau«, S. 128.
- 62 Dieter Groh/Peter Brandt: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992, S. 247.
- 63 Hermann Klenner: Die Rechtskonzeption der SED, S. 154/155.
- 64 Peter Merseburger im SFB am 3. September 2002 anlässlich der Vorstellung seines Buches »Willy Brandt. Visionär und Realist«, Stuttgart 2002.
- 65 Björn Engholm: Das Vermächtnis Kurt Schumachers und die Zukunftsperspektiven der Sozialdemokratie, in: Kurt Schumacher. Sein politisches Vermächtnis und die Zukunftsperspektiven der Sozialdemokratie, Hrsg. von der FES, Bonn 1992, S. 9.
- 66 Sein »großes Werk« sei die bis Anfang der 70er Jahre »zuverlässig antikommunistische, somit auch antisowjetische SPD« gewesen (Hans-Peter Schwarz in: Nach-Denken, S. 40); indem er seine Partei langfristig auf den Antikommunismus festlegte, habe er »wesentlich die Bundesrepublik ermöglicht«, nämlich »den großen tragenden Konsens ihrer ersten Jahrzehnte« (Arnulf Baring, ebenda, S. 68); sein Kampf gegen »Kommunisten und »Einheits«apologeten... war... die Wegweisung für einen... antikommunistischen Konsens aller deutschen Demokraten« gewesen (Heinrich Potthoff, in: »Neubau«, S. 140).
- 67 Heinrich August Winkler in der Diskussion am 30. Oktober 1995, in: Nach-Denken, S. 83 (ders. ähnlich auch in der Diskussion am 28. Juni 2002).
- 68 Ders. ebenda, S. 73.
- 69 Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung (der Historiker der SPD und der SED am 12./13. März 1987 – U. Pl.), Reinbek bei Hamburg, Februar 1988, S. 17.
- 70 Hans Mayer: Der Turm von Babel, S. 258.

ERIK LEHNERT

# Imperialismus und Welteinheit: Globalisierungsvorstellungen bei Spengler und Jaspers

## Lage

Nach dem weltweiten und nahezu ausnahmslosen Zusammenbruch des staatsgewordenen Kommunismus und seiner Ableger in der Folge des Jahres 1989 gab es verschiedene geschichtsphilosophische Stellungnahmen zu dieser Entwicklung, die sich in zwei extremen Positionen gegenüberstanden. Die einen sprachen mit Fukuyama vom *Ende der Geschichte*<sup>1</sup>, das jetzt angebrochen sei, da die Welt ohne Blockkonfrontation und mit liberaler Demokratie einer friedlichen und sorgenlosen Zukunft zustreben könne. Die anderen sahen wenig später die Möglichkeit eines weltweiten *Kampfes der Kulturen*, da die Konflikte nun nicht mehr den Zwängen der Blöcke unterlägen, die Barbarei weltweit auf dem Vormarsch sei und »ein diesmal weltweites finsternes Mittelalter«<sup>2</sup> hereinbrechen könnte. Beide Stichwortgeber, Fukuyama und Huntington, sind Amerikaner und zudem zeitweise offizielle Berater der amerikanischen Außenpolitik.<sup>3</sup>

Auch wenn es auf den ersten Blick so schien: Die Thesen waren nicht neu. Letztlich liegen sie in den mythologischen Vorstellungen vom »Ende der Welt« und den religiösen Überzeugungen vom »Jüngsten Gericht« begründet. Beide Thesen hatte es so oder ähnlich bereits nach anderen epochalen Ereignissen, meist Katastrophen, gegeben. So nach den beiden Weltkriegen, insbesondere in Deutschland, wo man sich angesichts seiner Niederlagen radikale Gedanken über sich und seine Stellung in der Welt gemacht hatte. Nach dem Ersten Weltkrieg war es vor allem Oswald Spengler<sup>4</sup>, der mit der Formel vom »Untergang des Abendlandes« die Gemüter erregte<sup>5</sup>. Und dennoch herrschte hier das Gefühl des »jetzt geht's erst richtig los« vor. Das Gefüge war ins Wanken geraten. Die Friedensperiode seit 1871 war durch einen Weltkrieg beendet worden, der die europäische Vorherrschaft abzulösen begann. Wirtschaftskrise, Bolschewismus und Massengesellschaft taten ein übriges zum Untergang der naiven Fortschrittsideologie. Das Ausloten der »welthistorischen Perspektiven« hielt während der Zeit der Weimarer Republik an – bis 1939 die Weltgeschichte das Nachdenken darüber einholte. Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands 1945 verinnerlichten verschiedene Denker angesichts der schrecklichen Ereignisse den Wunsch vom Ende der Geschichte. Der Einschnitt im Selbstbewußtsein der Deutschen war viel grundlegender als der von 1918. Die Schüler Max Webers, insbesondere Karl Jaspers<sup>6</sup>, nehmen eine hervorragende Stellung im Geschichtsdenken der unmittelbaren Nachkriegsjahre ein<sup>7</sup>.

Erik Lehnert – Jg. 1975; Magister, studierte an der Humboldt-Universität zu Berlin Philosophie, Neuere und Neueste Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, Stipendiat an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg mit einer Dissertation zur Bedeutung der Philosophie von Karl Jaspers in der Gegenwart. Veröffentlichungen zur Philosophie des 19. Jahrhunderts, unter anderem: Finalität als Naturdetermination. Zur Naturteleologie bei Teilhard de Chardin (2002).

1 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

2 Samuel P. Huntington: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Welt-politik im 20. Jahrhundert, München/Wien 1996, S. 530.

3 Beide sind Erstunterzeichner des Aufrufs »What We're Fighting For« von amerikanischen Intellektuellen zur Verteidigung der amerikanischen Werte in der Welt und des damit verbundenen Rechts auf einen »gerechten« Krieg vom 12. Februar 2002 ([www.americanvalues.org](http://www.americanvalues.org)).

4 Oswald Spengler (1880-1936) lebte als Privatgelehrter in München. Große Bekanntheit erlangte er durch sein Buch *Untergang des Abendlandes*, dessen erster Band 1918 erschien. Spengler war ein rechtskonservativer Gegner der Weimarer Republik als auch des NS-Staates. Als Publizist wollte er Einfluß auf die politische Entwicklung nehmen. Vgl. Jürgen Naehrer: Oswald Spengler, Reinbek 1984.

5 Vgl. zum Beispiel: Friedrich Meinecke: Über Spenglers Geschichtsbeurteilung, in: Ders.: Zur Theorie und Philosophie der Geschichte, Stuttgart 1959, S. 181-195; Egon Friedell: Kulturgeschichte der Neuzeit. Die Krisis der europäischen Seele von der Schwarzen Pest bis zum Ersten Weltkrieg, München 1927, S. 44-56.

6 Karl Jaspers (1883-1969) wirkte zunächst als Psychopathologe, später als Professor für Philosophie in Heidelberg und Basel. Neben Heidegger gilt er als Hauptvertreter der deutschen Existenzphilosophie. Nach 1945 erregte er durch Stellungnahmen zur politischen Entwicklung Aufsehen und wurde zu einem der meistgelesenen Philosophen. Vgl. Hans Saner: Karl Jaspers, Reinbek 1996.

Wenn die Deutungen sich auch ähneln, so hat sich nach 1989 ein wirklich neues Feld eröffnet, das der Globalisierung. Zwar gab es im Kalten Krieg globale Tendenzen der Amerikanisierung und der Weltrevolution, ausgehend vom Imperialismus der beiden Supermächte, jedoch erst der Wegfall der einen ermöglichte den weltweiten Sieg des Kapitalismus, der auch vor Kuba und noch weniger vor Nordkorea haltmachen wird, und damit die Möglichkeit der einheitlichen Globalisierung. Deshalb wurden die welthistorischen Entwicklungsmöglichkeiten erst nach 1989 wieder interessant. Bis dahin versuchten zwei Imperien ihren Machtbereich in der Dritten Welt auszudehnen, riskierten deshalb aber keinen Atomkrieg. Abgelöst wurden sie von multinationalen Konzernen, die sich durch die Öffnung vor allem der asiatischen Märkte vergrößern. In den letzten Jahren haben zum einen die westeuropäischen und nordamerikanischen Globalisierungsgegner und zum anderen der weltweite Terrorismus die Debatten bestimmt. Der 11. September 2001 hat diese beiden Stränge scheinbar zusammengeführt, ohne daß sich daraus eine neue Perspektive eröffnen würde. Weiterhin ist beides denkbar: das Ende der Geschichte *und* der Kampf der Kulturen. Wichtige Fragen sind damit verbunden: schließen sich beide Möglichkeiten aus? Was unterscheidet die Globalisierung des 21. Jahrhunderts vom Imperialismus der letzten Jahrhunderte? Wem nützt die Globalisierung? Wird es eine föderale oder eine unifizierte Welt sein, die am Ende dieser Entwicklung steht?

Vor dem Kalten Krieg haben einige wenige Denker diese Probleme bereits gesehen und noch frei von den Zwängen unserer heutigen Konstellation versucht, die Möglichkeiten der Geschichte auszuloten. Zwei Denker treten dabei besonders hervor: die bereits erwähnten Spengler und Jaspers. Waren sie auch stark von den unmittelbaren Ereignissen ihrer Zeit beeindruckt, so haben sie dennoch weit über ihre Gegenwart hinausgedacht. Beide waren von dem Willen geprägt, jenseits von Tagespolitik und Parteiräson über diese Fragen nachzudenken. Sie kamen zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen. Die Einsichten, die sie gewannen, sind es wert, heute noch einmal bedacht zu werden.

Beide, Spengler und Jaspers, sind als Geschichtsdenker hervorgetreten und haben in diesem Zusammenhang und auf dieser Grundlage eine Gegenwartsanalyse gewagt, die den Blick auf die Zukunft frei geben sollte. Dabei könnten die Voraussetzungen unterschiedlicher nicht sein. Spengler entwarf eine »Morphologie der Weltgeschichte«, die auf der Kulturkreislehre der Ethnologie beruht. Jaspers hingegen orientierte sich an der Typenlehre von Max Weber und unterschied verschiedene Weltzeitalter. Während Spengler seine Theorie seit 1912 ausarbeitete und sie seit 1918 der Öffentlichkeit präsentierte, begann sich Jaspers erst Ende der zwanziger Jahre mit dem Problem der Geschichte zu befassen und veröffentlichte sein Hauptwerk zu diesem Thema erst nach 1945. Den beiden Analysen liegen also auch unterschiedliche Erfahrungen zugrunde, die sich zu einem Ganzen gestalten könnten. Wir haben es in der Gesamtheit mit dem »modernen Dreißigjährigen Krieg 1914-1945«<sup>8</sup> zu tun. Die Tendenzen der damaligen Zeit kommen heute zum Tragen. Sie wurden unterbrochen von zwei schrecklichen Versuchen, Nationalsozia-

lismus und Stalinismus, dem kapitalistischen Imperialismus mit einem anderen zu begegnen. Es soll im folgenden nicht um eine Kritik gehen, sondern nur gezeigt werden, was beide Denker bereits erkennen konnten und inwieweit uns dies heute beim Verständnis unserer Lage hilft. Dabei bleibt es sich gleich, ob Jaspers ein Ende der Nationalstaaten annahm, die Entwicklung in Osteuropa belegt trotz des Strebens in die Europäische Union das Gegenteil, oder ob Spengler die Rolle Amerikas zugunsten Deutschlands unterschätzt hat, was auf den heutigen Leser natürlich frappierend wirkt.<sup>9</sup>

### *Spengler*

Spengler umreißt seine historische Erkenntnislehre folgendermaßen: »Das Mittel, tote Formen zu erkennen, ist das mathematische Gesetz. Das Mittel, lebendige Formen zu verstehen, ist die Analogie.«<sup>10</sup> Da Vergleiche bisher nur sehr willkürlich und unscharf angewandt wurden, will Spengler in seinem berühmten Buch vom »Untergang des Abendlandes« eine »Technik der Vergleiche«, eine korrekte Analogiemethode entwickeln, da nur daraus »eine große Lösung des Problems der Geschichte« folgen könne.<sup>11</sup> Grundlage sind die zwei Prinzipien, von denen die Geschichte beherrscht werde: das der Kausalität und das des Schicksals. Ersteres nennt Spengler auch die Logik des Raumes, da hier mathematische Naturgesetze bestimmend sind. Die Schicksalsidee wird demgegenüber als Logik der Zeit bezeichnet, die nur durch die chronologische Ordnung der Ereignisse ergründet werden kann. Bezugnehmend auf Goethe sagt Spengler über seine Methode: »Nachfühlen, Anschauen, Vergleichen ... sind die Mittel der Geschichtsforschung überhaupt.« Er bezeichnet das bei Goethe auch als den »göttlichen Blick«, der grundsätzlich anders zu verstehen sei, als die Suche nach einer »flachen Ähnlichkeit«.<sup>12</sup> Interessant ist die methodologische Einführung des Begriffs der Homologie in die Untersuchung. Damit deutet Spengler das Hinausgehen seiner Methode über die der Analogie an. Konstant bleibende Beziehungen von charakteristischen Teilen in ähnlichen Zusammenhängen will er in der Geschichte ausmachen: »Ich sehe in der Weltgeschichte das Bild einer ewigen Gestaltung und Umgestaltung, eines wunderbaren Werdens und Vergehens organischer Formen.«<sup>13</sup>

Spengler geht davon aus, daß es acht große Kulturen gab beziehungsweise noch gibt, die zusammenhanglos neben und nacheinander existierten und denen jeweils eine Lebensdauer von ungefähr eintausend Jahren vorbestimmt sei.<sup>14</sup> Jede dieser Kulturen entwickelt sich nach einem einheitlichen organischen Schema: Geburt, Blüte, Tod. Vor allen Dingen analog zur antiken Kultur versucht Spengler tiefe Einschnitte und Untergänge auch bei anderen Kulturen auszumachen. Durch die vergleichende Betrachtung der Kulturen kann er verborgenes Vergangenes und Zukünftiges aufdecken. Dazu nimmt er Kulturen, von denen er den Anfang kennt, zum Beispiel die abendländische, und überträgt die maßgeblichen Ereignisse auf eine Kultur mit unbekanntem Beginn, zum Beispiel die indische, so daß er auch für diese Kultur ein grobes Schema hat und weiß, wonach er suchen muß, um dann dieses Schema mit Tatsachen und Leben zu füllen. Genauso verfährt er mit dem Ende von Kulturen, wo er vor allen Dingen die antike Kultur als Beispiel für die »faustische Kul-

7 Vgl. Alois Dempf: Übersicht der gegenwärtigen Zeitdeutungen, in: Philosophisches Jahrbuch 63 (1953), S. 1-45.

8 Vgl. Samir Amin: Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts, in: UTOPIE kreativ, Heft 119 (September 2000), S. 865-876. Churchill schrieb an Stalin bereits 1944 von einem »dreißigjährigen Krieg von 1914 an« (Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945, Berlin 1961, S. 254).

9 Die Amerikaner sahen das natürlich ganz anders. Upton Close (d.i. Joseph Washington Hall): Die Empörung Asiens, Zürich o.J. (ca. 1928), S. 192: »Amerika ist die einzige Großmacht, die den Widerstand der weißen Rasse gegen den Verlust ihrer Vorherrschaft ermöglichen könnte«.

10 Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, I. Bd. Gestalt und Wirklichkeit, München 1918/23 (München 1972), S. 4.

11 Ebenda, S. 6.

12 Ebenda, S. 35/37.

13 Ebenda, S. 29.

14 Eine Ausnahme bildet bei Spengler die Kultur der Maya, die durch die Spanier vor ihrem natürlichen Ende untergegangen ist.

15 Der Begriff »Zivilisation« steht im englischen Sprachgebrauch synonym für das, was in der deutschen Sprache unter »Kultur« verstanden wird. Bei Spengler ist Zivilisation negativ belegt und bedeutet im Vergleich zur Kultur eine Schwundstufe. Der Gegensatz Zivilisation/Kultur erfreute sich in der Folge des Ersten Weltkrieges großer Beliebtheit. So kam Thomas Mann zu der Einsicht, »daß Zivilisation ... der Geist selber sei, – Geist im Sinne der Vernunft, der Sättigung, des Zweifels, der Aufklärung und endlich der Auflösung, während Kultur im Gegenteil das künstlerisch organisierende und aufbauende, lebenerhaltende, lebenverklärende Prinzip bedeute.« (Thomas Mann: Betrachtungen eines Unpolitischen, Berlin 1922, S. 148).

16 Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes, a. a. O., S. 48 f.

17 Oswald Spengler: Jahre der Entscheidung. Erster Teil: Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933, S. XI.

18 Ebenda, S. 11.

19 Stephan Heym sagte als Alterspräsident des Deutschen Bundestages am 10. 11. 1994 in seiner Eröffnungsrede: »Die Krise, in welche hinein dieser Bundestag gewählt wurde, ist ja nicht nur eine zyklische, die kommt und geht, sondern eine strukturelle, bleibende und dieses weltweit.« Roman Herzog fand in seiner Berliner Rede vom 26. April 1997 andere Worte: »Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt

tur« des Abendlandes nimmt. Am Ende einer jeden Kultur steht als letztes Stadium die *Zivilisation*<sup>15</sup>, der schleichende Tod. Der Cäsarismus der Antike ist unser nächstes Stadium, auf das die Zeit des *Imperium mundi* folgt: »Imperialismus ist reine Zivilisation. ... Die expansive Tendenz ist ein Verhängnis, etwas Dämonisches und Ungeheures, das den Menschen des späten Weltstadiums packt, in seinen Dienst zwingt und verbraucht, ob er es weiß oder nicht.«<sup>16</sup>

Bei Spengler steht die Schrift *Jahre der Entscheidung* vom August 1933 im Mittelpunkt unseres Interesses, da er hier, in seiner letzten selbständig erschienenen Veröffentlichung, seine politischen Schriften und Reden der zwanziger Jahre zusammenfaßt und bereits scharfe Kritik am Nationalsozialismus übt, was damals nur die Kritisierten bemerkten. Dennoch meinte Spengler mit »Gegenwart« die Zeit der Weimarer Republik und sieht sich durch die Ereignisse vom 30. Januar 1933 nicht veranlaßt, am Text (außer dem Vorwort) etwas zu ändern, da er »für die Zukunft« schreibe.<sup>17</sup> Es ist in der Tat verblüffend, wie sich die Zeiten ähneln und welch treffende Vermutungen Spengler geäußert hat. So beklagt er das Verhalten von Politikern und Managern: »Dieser feige und unehrliche Optimismus kündigt jeden Monat einmal die »wiederkehrende« Konjunktur und prosperity an, sobald ein paar Haussespekulanten die Kurse flüchtig steigen lassen; das Ende der Arbeitslosigkeit, sobald irgendwo 100 Mann eingestellt werden ...«<sup>18</sup>.

Nichts ist leichter, als in diesen Aussagen unsere Gegenwart wiederzuerkennen. Da Spengler hier die parlamentarische Demokratie vor Augen hat, ist es schwierig zu sagen, ob es sich um eine Verfallserscheinung oder um Normalität handelt. Die Wahrheit wird verschwiegen. Sie ist dem Wähler nicht zuzumuten, vielleicht würde er nach Alternativen Ausschau halten, der unmündige Mob. Andererseits sind es keine Lügen, die verbreitet werden. Es handelt sich um einen Zug der Zeit, einen Verlust an Wirklichkeit, von dem wir alle mehr oder weniger betroffen sind. Exemplarisch dafür ist, daß das Wort *Krise* als »Ausdruck für eine vorübergehende Störung des Behagens«<sup>19</sup> genommen wird. Daraus resultiert, daß unser Bewußtsein erst dann bereit ist, Tatsachen hinzunehmen, wenn es bereits zu spät und das eigene Leben unmittelbar in Gefahr ist. Wie anders ist das zögerliche Reagieren auf Umweltkatastrophen und kriegerische Auseinandersetzungen zu erklären. Bei Spengler heißt es 1931 angesichts des von ihm diagnostizierten Untergangs der technischen Kultur des faustischen Menschen: »Die Zeit läßt sich nicht anhalten; es gibt keine weise Umkehr, keinen klugen Verzicht. Nur Träumer glauben an Auswege. Optimismus ist Feigheit.«<sup>20</sup> Welchen Optimismus meint dieses Schlagwort? In Spenglers Sinne sicherlich die Redeweise: Das wird schon wieder; es wird schon werden. Der Optimist erhofft einen guten Ausgang für die gegenwärtige Situation, aus der heraus er seine Prognose anstellt beziehungsweise seine Hoffnungen begründet. Optimismus muß jedoch keine, wie Spengler impliziert, passive Angelegenheit sein. Optimismus heißt nicht, die Augen vor offensichtlichen Problemen zu verschließen und die Dinge aus psychologischem Selbstschutz immer von der positiven Seite her zu betrachten und so unsere Probleme als »üble Erbschaft kommender Geschlechter«<sup>21</sup> zu verdrängen. Wenn man das Beste für

die Zukunft erwartet beziehungsweise erhofft, ist man feige? Doch nur, wenn man den Mut nicht besitzt, die Anzeichen, die das Gegenteil vom Besten bedeuten könnten, zu sehen.

Gefährlich für die Handlungsfähigkeit der Staaten ist nach Spengler die Überzeugung, »die Wirtschaft sei wichtiger als die Politik.«<sup>22</sup> Diesen Eindruck haben wir auch heute noch, und er verstärkt sich zunehmend. Die politische Stärke eines Staates ist von seinem wirtschaftlichen Gewicht abhängig und nicht umgekehrt. Allerdings steht beides in einem so engen Verhältnis zueinander, daß es zu gefährlichen Kompetenzstreitigkeiten kommt. Das Problem ist, wer letztlich das Sagen hat. Die Politik hat theoretisch als einzige Kraft die Möglichkeit, objektiv etwas durchzusetzen, was den Interessen aller entspricht, ohne daß diese es wissen. Die Wirtschaft hat nur ihr eigenes Wohl im Auge (und die Spaßgesellschaft sowieso). Die Politik muß das Heft des Handelns zurückgewinnen. Doch die Politiker sind nicht frei, das Notwendige und Mögliche zu tun. Nichts anderes fordert Spengler, wenn er die Politik »als die Kunst des Möglichen fern von allen Systemen und Theorien, als die Meisterschaft, mit den Tatsachen als Kenner zu schalten«<sup>23</sup> beschreibt. Auch wir, jeder, stehen der Wirklichkeit feige gegenüber, da wir sie verleugnen und sind handlungsunfähig, weil wir müde sind. Spengler versucht, zwei Revolutionen als Ursache hierfür zu bestimmen: Die Gegenwart ist Resultat der »weißen Weltrevolution«, die Zukunft werde von dem Erfolg oder Mißerfolg der »farbigen Weltrevolution« abhängen. Die erstgenannte vollzieht sich in den »weißen Ländern« (Europa) durch Aufklärung, Liberalismus und Bolschewismus. Es herrschen Gewerkschaften und Spekulanten. Sie schwächen zum eigenen Vorteil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der weißen Welt. Ein Resultat: »Die produktive Wirtschaft ist zuletzt nichts als das willenlose Objekt für Börsenmanöver.«<sup>24</sup> Das erleben wir heute auch, und es bestimmt die Medien, wenn immer wieder durch Spekulationen Werte vernichtet oder zur billigen Übernahme bereit gemacht werden. Deswegen sind Überlegungen, diese Prozesse stärker zu kontrollieren und zu besteuern, sinnvoll. Nicht um den korrupten Herrschern einiger Drittweltstaaten neue Mittel für ihre Selbstverwirklichung zukommen zu lassen, sondern um die Wirtschaft vor der Spekulation zu schützen.

Mit der »farbigen Weltrevolution« meint Spengler nichts anderes als die Emanzipation der von den Weißen unterdrückten Völker. Mit dieser Voraussage stand er ziemlich allein, obwohl durch den Ersten Weltkrieg diese Tatsache bereits offenkundig geworden war.<sup>25</sup> Die Kriegführung unter Zuhilfenahme farbiger Truppen zeigte diesen einen möglichen Weg in die Unabhängigkeit. Paul von Lettow-Vorbeck und Lawrence von Arabien haben den Partisanenkrieg in diesen Ländern etabliert. Spengler nennt den Punkt der Lebensauffassung, der uns Weiße so unterlegen sein läßt: »Die Farbigen sind nicht Pazifisten. Sie hängen nicht an einem Leben, dessen Länge sein einziger Wert ist. Sie nehmen das Schwert auf, wenn wir es niederlegen.«<sup>26</sup> Sie haben nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Den edlen Wilden gab es zu keinem Zeitpunkt. Jetzt kamen noch die entsprechenden Waffen dazu, um mit der weißen Welt nach Möglichkeit gleichzuziehen. Das ist ein Fakt. Die Frage bleibt, so Spengler

eine Aufholjagd starten, bei der wir uns Technologie- und Leistungsfeindlichkeit einfach nicht leisten können.«

20 Oswald Spengler: *Der Mensch und die Technik. Beitrag zu einer Philosophie des Lebens*, München 1931, S. 88.

21 Spengler: *Jahre der Entscheidung*, a. a. O., S. 10.

22 Ebenda, S. 28.

23 Ebenda, S. 14.

24 Ebenda, S. 137. Wie man diese Entwicklung unterlaufen kann, zeigt die Informationspolitik von Porsche, die ihre Aktionäre und damit sich selbst vor den Spekulanten zu schützen versucht.

25 Vgl. Martin Pabst: *Oswald Spengler und die »farbige Weltrevolution«*. *Abendländische Reaktionen auf die Emanzipation der Kolonialvölker*, in: *Jahrbuch zur Konservativen Revolution*, Köln 1994, S. 273-300; Gilbert Merlio: *Über Spenglers Modernität*, in: *Alexander Demandt / John Farrenkopf (Hrsg.), Der Fall Spengler. Eine kritische Bilanz*, Köln 1994, S. 115-127.

26 Oswald Spengler: *Jahre der Entscheidung*, a. a. O., S. 164.

27 Ebenda, S. 13, 150.

28 Ebenda, S. 156.

29 Oswald Spengler: Neubau des Deutschen Reiches, in: Ders.: Politische Schriften, München 1932, S. 293.

30 Oswald Spengler: Jahre der Entscheidung, a. a. O., S. 164. Spengler war kein Rassist. Es gibt seiner Meinung nach schwarze und weiße aber keine höher- und minderwertigen Menschen. Er verwendet den Begriff Rasse meistens synonym für »Charakter«: »Rasse, die man hat, nicht eine Rasse, zu der man gehört. Das eine ist Ethos, das andere Zoologie.« (Spengler: Jahre der Entscheidung, a. a. O., S. 161, Anm. 1).

31 Ebenda, S. 121.

32 Vgl. Ohne Wachstum keine Armutsbekämpfung, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23. 10. 2001, S. 11; Wolfgang Uchatius: Vorsicht, Globalisierungslügner!, in: Die Zeit vom 25. 7. 2002, S. 15 f.

33 Oswald Spengler: Jahre der Entscheidung, a. a. O., S. 41.

34 Karl Jaspers: Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, München 1949, S. 168 f.

ler, wie wir uns angesichts dieser Tatsache verhalten sollen. Spengler zeigt diese Entwicklung vor allem an Rußland und Japan, die heute beide zu den G8-Staaten gehören. Bei beiden ist er sich jedoch nicht so sicher, was die Zugehörigkeit zu den Farbigen betrifft: Rußland soll seit 1917 wieder »farbig« sein, Japan ist zwar »farbig«, hat aber ein »nordisches Weltgefühl«, was Spengler sonst nur bei den Weißen beobachtet.<sup>27</sup> Aber Spengler erkennt klar die Dynamik des Islam: »Wo gestern eine christliche Schule stand, steht morgen eine Moscheehütte.«<sup>28</sup> Diese Entwicklung ist wirklich zu einem der wichtigsten Vorgänge der letzten Jahrzehnte geworden. Der Islam ist in seiner radikalen Form, dem Islamismus, weltweit auf dem Vormarsch. Er missioniert, übernimmt in einigen Ländern die Meinungsführerschaft und bedroht ihren Bestand durch Staatsterrorismus. Die Welt des Islam, so Spengler an anderer Stelle, hat »mit dem Weltkrieg einen geistigen Anstoß erhalten, der jede Überraschung möglich macht, die wir seit Dschingiskhan nicht mehr kennen«<sup>29</sup>. Spengler sieht mit der Möglichkeit des Zusammenschlusses von »Klassenkampf und Rassenkampf« die zentrale Gefahr auf uns zukommen, die »mit der weißen Welt ein Ende zu machen«<sup>30</sup> sucht. Heute würde das den Zusammenschluß der Globalisierungsgegner mit dem islamistischen Terrorismus bedeuten. Diese Gefahr besteht jedoch nicht, da beide Parteien ein unterschiedliches Motiv leitet.

Spengler nennt einen wichtigen Fakt, der auch heute seine Gültigkeit noch nicht verloren hat: »Die Überbezahlung der weißen Arbeit beruhte auch auf der Unterbezahlung der farbigen.«<sup>31</sup> Was die Globalisierungsgegner insgeheim und unbewußt leiten könnte, ist die Angst vor Deklassierung. Denn: Wenn einer aus der Globalisierung Nutzen ziehen kann, ist es die Bevölkerung der Dritten Welt.<sup>32</sup> Die verschiedenen Konflikte dort sind Befreiungskampf, aber auch die Forderung nach einem Anteil an unserem Wohlstand. Das kreuzt sich mit der Tendenz der Zusammenfassung der Welt unter einer amerikanischen Vorherrschaft, so daß sich hier unterschiedliche Interessen gegenüberstehen. »Die Mächte beginnen sich zu bilden, der Form und der Lage nach, welche bestimmt sind, den Endkampf um die Herrschaft auf diesem Planeten zu führen, von denen nur eine dem Imperium mundi den Namen geben kann und wird, wenn nicht ein ungeheures Schicksal es vernichtet, bevor es vollendet war.«<sup>33</sup> – Spenglers Pessimismus ist kein Fatalismus, sondern eine nüchterne Analyse der Wirklichkeit, in der sich eine begrenzte Anzahl von Entwicklungsmöglichkeiten zeigt. Hierbei kommt in jedem Fall aber eine zu kurz.

### *Jaspers*

Diese andere Entwicklungsmöglichkeit bringt Jaspers ins Spiel, der 1949 die Betrachtungsweise der Welt, die unter anderem Spengler anwandte, charakterisiert: »Heute geht der Zauber eines Philosophierens durch die Welt, das im Nihilismus die Wahrheit findet, zu einem wunderbar heroischen Dasein aufruft ohne Trost und ohne Hoffnung, in Bejahung aller Härte und Erbarmungslosigkeit, in einem vermeintlich rein diesseitigen Humanismus.«<sup>34</sup> Jaspers will anderes, er will das Positive befördern, helfen, das »Ziel der Geschichte«, Einheit und Freiheit, zu erreichen. Seine Geschichtsphilo-



sophie, die den Sinn in der Geschichte sucht, nicht aber an eine Lösung des Geschichtsrätsels glaubt, ist »von der Glaubensthese, daß die Menschheit einen einzigen Ursprung und ein Ziel habe«, getragen.<sup>35</sup> Mit der *Achsenzeit*, die zwischen 800 und 200 v. Chr. in den verschiedenen Hochkulturen relativ gleichzeitig stattgefunden haben soll und in der »der Mensch sich des Seins im Ganzen, seiner selbst und seiner Grenze bewußt wird«<sup>36</sup>, sei der Menschheit etwas Gemeinsames gegeben worden, das Grundlage für die Einheit der Menschheitsgeschichte sein könne. Jaspers hofft deshalb auf eine »zweite Achsenzeit«, die nach unserem technischen Zeitalter des Umbruchs eine gemeinsame Menschheitsgeschichte bringen wird und so ein durch Kommunikation gefördertes Menschsein in Freiheit ermögliche. Es gibt allerdings Gefahren, vor allem die der Selbsterstörung, die ein warnendes Eingreifen des Philosophen notwendig machen. »Nur durch die Verantwortung für das Gegenwärtige können wir verantwortlich für die Zukunft werden.«<sup>37</sup> So gibt es angesichts der Atombombe zwei Möglichkeiten für die Menschheit: Entweder sie geht zugrunde, oder sie wandelt ihren sittlich-politischen Zustand. Die Philosophie könne die Frage, was sein wird, nicht beantworten. Diese falle in die exakten Wissenschaften, so Jaspers. Sehr wohl aber kann die Philosophie überlegen, was sein soll und damit das Werden entscheidend beeinflussen.

Tendenzen der Gegenwart deutet Jaspers als Möglichkeiten der Zukunft. Durch die Betrachtung des gegenwärtigen Seins kommt man zur Betrachtung des Sollens. »Die erweckende Prognose des Möglichen kann nur die Aufgabe haben, den Menschen an sich selbst zu erinnern.«<sup>38</sup> So geht es um die Beantwortung der Fragen nach dem Ziel der Welt und der Stellung des Menschen in einer säkularen Welt, die keinen Halt gibt und in der die Politik die Manifestation des Realen darstellt. Für Jaspers bildet die Weltgeschichte trotz ihrer verschiedenen Zentren zu verschiedenen Zeiten eine Einheit. Die bisherige Geschichte hat die jetzt Wirklichkeit werdende Geschichte der einen Welt vorbereitet. Sie war »gleichsam das Sich-treffen, das Sich-versammeln der Menschen zur Aktion der Weltgeschichte, war der geistige und technische Erwerb der Ausrüstung zum Bestehen der Reise.«<sup>39</sup> Das Ziel dieser Reise ist die Welteinheit. Die Frage ist, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Da gibt es für Jaspers zwei Wege: Entweder eine *einzig*e Gewalt errichtet ein Weltimperium und »formiert durch Totalplanung und Terror die nivellierten Massen«, oder die souveränen Staaten einigen sich auf eine Weltordnung, so daß »ein umfassender Föderalismus«, basierend auf einem einheitlichen Recht, die Grundlage bildet.<sup>40</sup>

Jaspers zieht wie Spengler eine Analogie zum Römischen Imperium, in dem zwar eine verantwortliche Staatsführung entstanden, Seele und Geist des Menschen aber nivelliert worden sei. Die Entwicklung zur Welteinheit hat eine aktuelle und eine konstante Komponente, die Wirklichkeit und den Menschen: »Der Weg scheint von den Nationalstaaten über die großen kontinentalen Führungsräume zum Weltimperium oder zur Weltordnung zu gehen. Er wird erzwungen einmal von einem nach allen historischen Analogien stets vorhandenen Macht- und Herrschaftswillen, der das jeweils erreichbare größte Weltimperium zum mehr oder weniger bewußten Ziel

35 Ebenda, S. 17.

36 Ebenda, S. 20.

37 Ebenda, S. 193.

38 Karl Jaspers: Die geistige Situation der Zeit, Berlin 1932, S. 191.

39 Karl Jaspers: Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, a. a. O., S. 45.

40 Ebenda, S. 246 f.

41 Ebenda, S. 242.

42 Kürzlich hat Volker Gerhardt ähnlich Position bezogen: Globalisierung. Ein notwendiges Ziel der Politik, in: Merkur 56 (2002), S. 566-576. Vgl. auch: Geordes Goedert: Die Universalgeschichtliche Einheitsidee bei Karl Jaspers, in: Perspektiven der Philosophie, Bd. 24 (1998), S. 203-223.

43 Karl Jaspers: Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, a. a. O., S. 256, 263.

44 Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik. Tatsachen-Gefahren-Chancen, München 1966, S. 140. Eine Tendenz, auf die der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim nicht müde wird hinzuweisen.

45 Karl Jaspers: Die geistige Situation der Zeit, a. a. O., S. 90.

46 Ebenda, S. 67.

47 Ebenda, S. 17.

hat, und dann von dem Friedenswillen, der ein Leben ohne Angst in einer Ordnung der Welt sucht.«<sup>41</sup> Jaspers sieht diese beiden Möglichkeiten und spricht sich für die föderale Weltordnung aus.<sup>42</sup> Er will im Gegensatz zu Spengler mit seiner Analyse die Kräfte stärken, die den gerechten Ausgleich suchen. Das wäre dann gleichsam die optimistische Variante, da Jaspers alle noch so großen Widerstände, die sich dem entgegensetzen könnten, für überwindbar hält. So müsse sich die Wirtschaft selbst begrenzen, und die gefährlichen Feinde der Weltordnung könne man sich durch »Vorsicht und Geduld« zum Freund machen.<sup>43</sup> Schon hier stellt sich die Frage, ob dies nicht etwas zu optimistisch gehalten ist. (Man bedenke nur den von Jaspers oben genannten Herrschaftswillen der Menschen.) So gehört eine seltene menschliche Größe dazu, eine Herrschaftsposition freiwillig zu räumen. Aus freien Stücken passiert solches nie, wenn es auch manchmal so scheint. Dahinter steht immer eine Nutzen-Kosten-Rechnung: Was kann ich gewinnen/verlieren, wenn ich beharre/nachgebe? Jaspers schätzt anderes nüchterner ein, zum Beispiel, wenn er in der liberalen Demokratie noch keine Garantie politischer Freiheit erblickt. Die liberale Demokratie müsse geschützt werden, sonst verkomme sie zu einer Parteienoligarchie, was die »Verachtung des Volkes« bedeute.<sup>44</sup>

Noch 1931 stand Jaspers nicht so weit entfernt von Spengler. Das wird oft vergessen. So sieht er in dem Buch *Die geistige Situation der Zeit*, daß Kriege nur durch eine einzige Macht verhindert werden können, der sich alle anderen unterwerfen. Sowohl Militarismus als auch Pazifismus »verdecken den Untergrund des Bösen, das der dunkle Ausgang aller Kräfte ist, welche am Ende im Krieg sich entladen: das eigene Dasein fraglos für das Bessere, für das einzig Wahre zu halten; ... die Furcht, welche Sicherheit will, und sie nur in der Übermacht über alle anderen findet...«<sup>45</sup>. Damit ist alles gesagt. Die Macht der Wirtschaft kann solche offensichtlichen Gegensätze unterlaufen und so eine besondere weltweite Wirklichkeit fördern, die die fruchtbaren Widersprüche zudeckt: »Mit der Vereinheitlichung des Planeten hat ein Prozeß der Nivellierung begonnen, den man mit Grauen erblickt. Was heute für alle allgemein wird, ist stets das Oberflächliche, Nichtige und Gleichgültige. Man bemüht sich um diese Nivellierung, als brächte sie die Einigung der Menschheit zuwege.«<sup>46</sup> Sie bringt die Einheit der Menschheit in der Tat voran, allerdings unter dem Preis der Nivellierung von Gegensätzen, was Jaspers später nur unter den Bedingungen einer Diktatur zugibt. Noch teilt er in diesem Buch in gewisser Hinsicht die pessimistische Grundhaltung seiner Zeitgenossen. Dem Fakt der »Globalisierung« stehen keine alternativen Ordnungsmöglichkeiten gegenüber. Noch kann sich nur der einzelne den Tendenzen entziehen. »Heute, wo der Erdball ganz ergriffen ist, muß, was an Menschsein bleibt, in die Zivilisation eintreten, die das Abendland geschaffen hat.«<sup>47</sup> Denn nur hier, wo die Grundlagen der modernen Welt gelegt wurden, können sie auch zu einem Ende geführt werden, ohne daß der einzelne sich verliert. Nur hier hat sich die Achtung vor dem Individuum durchgesetzt. Tödlich für alle wird es allerdings, wenn weltweit unser Lebensstandard, mit dem hohen Verbrauch an Ressourcen, kopiert werden würde. (Hitlers Rassenwahn war unter anderem von diesem

Bewußtsein, daß es nicht für alle reicht, genährt.) Jaspers beansprucht hier und auch später kein Totalwissen, was über die Perspektive der Situation hinausginge. Jedoch hat sich nach 1945 der Ansatz verschoben. Nicht mehr der einzelne Mensch bildet das Ziel und den Ausgangspunkt der Philosophie, sondern die Welt. So ist nicht mehr der Mensch die Quelle des Übels. Er muß den »bösen Möglichkeiten in der Welt«<sup>48</sup> entgegentreten. Darin liegt seine Verantwortung. Spengler wäre durch den Zweiten Weltkrieg, hätte er ihn erlebt, in seinen Auffassungen wohl bestärkt worden. Jaspers hält jetzt das Wünschbare für das Erreichbare: So wie die Welt sein soll, so kann sie auch sein. Es gibt leuchtende Beispiele für die positiven Möglichkeiten, die im Menschen vorhanden sind. Wie ließe sich das von der Welt sagen? – Die funktionierenden Gemeinwesen sind ungerecht. Die gerechten funktionieren nicht.

48 Karl Jaspers: Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, a. a. O., S. 190.

Ähnlich wie Spengler wendet sich Jaspers den Emanzipationsbestrebungen der Kolonialvölker und den möglichen Folgen der sich abzeichnenden Globalisierung zu. Zu der Erkenntnis aus dem Ersten Weltkrieg, daß die Kolonialherren besiegt sind, tritt jetzt die weltweite Verbreitung und Anwendung von Kriegswaffen. Selbständige Staaten benötigen Polizei und Armee und machen selbst Politik. Das wird zur Bedrohung: »Technik ist universal nutzbar. Nicht jeder kann sie finden, aber ist sie einmal gefunden, dann lernen auch primitive Völker schnell mit ihr umzugehen, die Maschinen zu bedienen, Flugzeuge und Tanks zu fahren. Daher wird die Technik in den Händen der Völker, die sie nicht erfunden haben, zur ungeheuren Gefahr für die geistig schöpferischen Völker.«<sup>49</sup> Dieses Urteil muß heute relativiert werden, da die Einteilung der Völker nach geistiger Schöpferkraft problematisch ist. In allgemeiner Hinsicht ist die Beobachtung aber richtig. Man kann sagen, daß in der Dritten Welt weniger Skrupel bestehen, neue technische Errungenschaften einzusetzen. Die Kosten an Mensch und Natur spielen eine untergeordnete Rolle gegenüber dem wirtschaftlichen Nutzen. Diese Bedenkenlosigkeit ist ein Kapital der Dritten Welt im Wettbewerb mit den Industriestaaten, in denen der Umweltschutz und der Schutz des Lebens immer mehr an Bedeutung gewinnen. In militärischer Hinsicht hat sich das bislang weniger bewahrheitet, selbst wenn es in Indien/Pakistan und Israel/Irak Tendenzen gibt, lokale Konflikte durch Massenvernichtungswaffen zu lösen. Dafür existiert, wie Jaspers es angedeutet hat, die wirtschaftliche Bedrohung durch die Chinesen und die terroristische durch den Islamismus, der seine Heimat im vorderen Orient hat: »Die großen Volksmassen Chinas und Indiens, die standgehalten haben, und die Völker des vorderen Orients werden nicht dauernd von Europäern beherrscht oder auch nur gelenkt werden können.«<sup>50</sup> Und so fordert Jaspers zum einen die Welteinheit und sieht zugleich deutlich, daß die Menschen sich mit einem ewigen Frieden oder ähnlichem nicht zufrieden geben werden, weil in ihnen etwas drängt, den vorgefundenen Zustand zu verändern. Es wird »keine dauernde Ruhe geben, so wenig wie innerhalb der bisherigen Staatsbildungen. Ein Jubel über die errungene pax aeterna wird trügerisch sein. Die umgestaltenden Kräfte werden neue Formen annehmen«<sup>51</sup>. Wenn es auch keine äußere Bedrohung mehr geben wird, so könnten Bürgerkriege, die nur durch eine Weltpolizei

49 Ebenda, S. 260.

50 Ebenda, S. 253.

51 Ebenda, S. 264 f.

52 Ebenda, S. 250. »Die Allgegenwart der gesetzlich gelenkten Weltpolizei würde wahrscheinlich durch die Luft am schnellsten und sichersten sein.« (Ebenda, S. 255).

aus der Luft beherrschbar wären, das Bild bestimmen: »In der imperialen Welteinheit wird es neue Weisen der Bewegung geben, Möglichkeiten der Vereinzelung, der Revolution, der Sprengung des Ganzen zu neuen Teilen, die wieder miteinander im Kampf stehen.«<sup>52</sup>

So ist Jaspers von der Notwendigkeit der Welteinheit, ob nun Ordnung oder Imperium, und der Zwangsläufigkeit ihrer Auflösung überzeugt. Das ist kein Widerspruch, auch wenn man ihn beim Jaspers des Jahres 1949 als solchen lesen könnte. Nimmt man seine *Philosophie* von 1932 zur Hand, findet sich im letzten Satz des dritten Bandes die Lösung: »Nicht durch Schwelgen in der Vollendung, sondern auf dem Wege des Leidens im Blick auf das unerbittliche Antlitz des Weltenseins, und in der Unbedingtheit aus eigenem Selbstsein in Kommunikation kann mögliche Existenz erreichen, was nicht zu planen ist und als gewünscht sinnwidrig wird: im Scheitern das Sein zu erfahren.« Mit anderen Worten: Das Scheitern der Pläne einer besseren Welt liegt im Wesen des Menschen begründet, der Wirklichkeit von Natur/Gott und Freiheit in ihm, die ihm dadurch bewußt wird.

#### *Ausblick*

Ein Problem der vorgestellten Überlegungen liegt darin, daß es ganz anders kommen könnte als beschrieben. Bei Spengler geht das Abendland »eigentlich« unter, und die Farbigen übernehmen irgendwann die Weltherrschaft. Wenn sich die Weißen zusammenschließen und -reißen, wer weiß? Bei Jaspers ist wenigstens die Tendenz der Vereinheitlichung der Welt klar. Alles weitere hängt letztlich doch am unberechenbaren Charakter des Menschen. Daran hat sich bis heute nichts geändert: Fukuyama, der das Ende der Geschichte so fest verspricht, kann sich auch vorstellen, daß die Menschen angesichts der liberalen Demokratie Langeweile erfaßt und sie vielleicht »nach einiger Zeit zu einer neuen, noch weiteren Reise aufbrechen«<sup>53</sup>. Bei Huntington ist es ähnlich, selbst wenn er die alternativen Entwicklungsmöglichkeiten klarer sieht.

53 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, a. a. O., S. 446.

Eine Ausnahme in der heutigen Zeit bildet Alexander Demandt. Er sieht den »Sieg der liberalkapitalistischen Demokratie über alle anderen politischen Systeme«, der das »letzte Kapitel der Weltgeschichte eröffnen« könnte, »wenn nicht Fundamentalismus, Bevölkerungsdruck und Technikfolgen für unabsehbare Folgen sorgen«<sup>54</sup>. Da ist es zwar wieder, das Einschränkung, aber immerhin sind die Faktoren benannt, die die Entwicklung maßgeblich beeinflussen, so, daß sich jeder täglich ausrechnen kann, wie es um die Menschheit steht. Spengler und Jaspers sahen ausdrücklich neben der Globalisierung das Problem der Technikfolgen<sup>55</sup> und das des Fundamentalismus, wie oben gezeigt, auf uns zukommen. Die Überbevölkerung als Ursache für soziale Konflikte auf der ganzen Welt war wohl damals nicht in dem Maße abzusehen, wenn auch der Geburtenrückgang in Europa und das Gegenteil in den Kolonien mit Sorge gesehen wurden.

54 Alexander Demandt: Endzeit? Die Zukunft der Geschichte, Berlin 1993, S. 224.

55 »Die Mechanisierung der Welt ist in ein Stadium gefährlichster Überspannung eingetreten.« (Spengler: Der Mensch und die Technik a. a. O., S. 78), ... »Technik hat den Menschen von der unmittelbaren Gegenwart gelöst.« (Jaspers: Die geistige Situation der Zeit, a. a. O., S. 166).

Dennoch ist die Beschäftigung mit den Schriften von Jaspers und Spengler von Nutzen: Sie zeigen uns die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten zwischen den Zeiten. Geblieben sind langfristige Entwicklungstendenzen, die sich lediglich verstärkt haben: der Kon-

flikt zwischen armen und reichen Regionen, die Vereinheitlichung der Welt und die absehbare Alleinherrschaft einer Weltmacht. Verändert haben sich die konkreten Umstände: Nach zwei Weltkriegen befindet sich das Machtzentrum der Welt außerhalb Europas, die Umweltverschmutzung ist zu einem ernstzunehmenden Faktor der politischen Entwicklung geworden und die Wirtschaft bestimmt stärker als je zuvor die Politik. Die Globalisierung ließe sich als Imperialismus der liberalkapitalistischen Demokratie begreifen, jedoch nur dann, wenn man ihren wirtschaftlichen Charakter unterschlägt. Alles was früher und heute ein Imperium zu seinem Schutz aufbaut, Grenzen und Zölle, braucht die Wirtschaft nicht. Der Freihandel und die Loslösung von politisch gewollten Standorten ist ihr Ziel. Den Nutzen aus dieser Entwicklung ziehen vor allem die armen Staaten der Dritten Welt. Sie werden dadurch nicht so reich werden, wie wir es noch sind, aber ihr Lebensstandard wird wachsen und die durch das weltweite Armutsgefälle ausgelöste Völkerwanderung könnte gestoppt werden, wenn nicht Umweltkatastrophen alles zerstören. Die Haltung der WTO, die die Drittweltländer zur Öffnung ihrer Märkte auffordert, den Industrienationen aber einen Protektionismus zugesteht, gefährdet diese Entwicklung. Die Wirtschaft tritt nicht als neutrale Kraft auf, sondern in Zusammenarbeit und enger Verflechtung mit dem mächtigsten Staat der Erde, den USA, welche sie im Konfliktfall als Bündnispartner heranzieht. Europa hat sich dagegen von der Außenpolitik abgemeldet<sup>56</sup>, so daß die wirtschaftliche Globalisierung gleichzeitig dem Ausbau des amerikanischen Wirtschaftsimperiums dient<sup>57</sup>. Einen Föderalismus wird es nicht geben, da er gleichberechtigte Partner mit ähnlich gelagerten Interessen voraussetzt. Es könnte aber auch eine Zeit kommen, in der der amerikanische Imperialismus, als dieser wird er zumindest in Asien empfunden, einem Gegendruck nachgeben muß. Indizien dafür gibt es bereits genug. So hat es Chalmers Johnson in seinem letzten Buch »Blowback« angedeutet. Der islamistische Terror scheint ein solcher Gegendruck zu sein, und er weist in eine konfliktreiche Zukunft ohne Krieg im herkömmlichen Sinne. Ein Kampf ohne Sieger?

Ein anderer Punkt scheint mir viel wichtiger zu sein. Wenn Spengler und Jaspers in der Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum Kalten Krieg, das heißt, unter gänzlich anderen politischen Voraussetzungen als heute, bereits zu solch gegensätzlichen Deutungen kamen, drängt sich die Frage nach den Bedingungen von Erkenntnissen aus der Betrachtung von Geschichte auf. Spengler behauptet, nur auf die Tatsachen zu schauen und seine eigenen Wünsche völlig außen vor zu lassen. Ob er es wirklich tut oder nur ein Intellektueller ist, der seine Ohnmacht in Weltverachtung verwandelt, spielt hier keine Rolle. Jaspers hingegen gibt wenigstens zu, eine Idee vom wünschbaren Ziel der Geschichte zu haben, das allerdings auch erst nach 1945. So könnte man annehmen, daß der Zweite Weltkrieg und seine Folgen uns erst auf das Wünschbare gestoßen hätten, um in Zukunft den Tatsachen entgegenzutreten beziehungsweise sie zu ignorieren. Dem ist aber nicht so. Jaspers glaubt an einen Sinn in der Welt, auch wenn wir ihn nie erfahren sollten, Spengler tut dies nicht. »Erwecken« wollen beide mit ihrer Prognose, nur Spengler scheint sich dabei bewußt zu sein, daß niemand auf ihn hören wird. Jaspers will

56 Der Nationale Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter schreibt: »Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.« (Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim 1997, S. 92).

57 Vgl. Edelbert Richter: Zur militärischen Hegemonie der USA, in: UTOPIE kreativ, Heft 144 (Oktober 2002), S. 882-897.

den Menschen an sich selbst erinnern. Auch das ist nahezu ungehört verklungen.

Beide, Spengler und Jaspers, waren zu Lebzeiten die meistgelesenen Philosophen und doch haben ihre Geschichtsdeutungen kaum Wirkung gezeigt. Beide zusammen zeigen uns: Wir dürfen weder die Wirklichkeit noch die Ziele vergessen. Moral und Recht sind keine Sentimentalitäten, aber auch keine Heilsvoraussetzungen. Wir sind keine Tiere und erst recht keine Götter. So sind das *Ende der Geschichte* und der *Kampf der Kulturen* nur Projektionen unserer Hilflosigkeit angesichts des Geschichtsproblems in einer säkularen Welt, die mit der Verwirklichung von Utopien schlechte Erfahrungen gemacht hat. Dennoch muß eine nüchterne Betrachtung der Welt nicht zum Zynismus führen: »Der wahre Wirklichkeitssinn besteht in der Einsicht, daß wir allein durch ethische Vernunftideale in ein normales Verhältnis zur Wirklichkeit kommen.«<sup>58</sup>

58 Albert Schweitzer:  
Verfall und Wiederaufbau  
der Kultur. Kulturphilosophie  
Erster Teil, München 1923,  
S. 36.

ANDREAS HEYER

## Georg Kerner. Vom Revolutionär zum Armenarzt

Mit Georg Kerner ist der Name eines der ersten kritischen unabhängigen Denker im Deutschland des 18. Jahrhunderts benannt. Seine Biographie<sup>1</sup> und seine Schriften<sup>2</sup> zeigen verschiedene, durchaus sogar typische Gemeinsamkeiten mit anderen Vertretern seiner Generation (Forster, Lux, Oelsner, Rebmann), aber auch markante Abweichungen. Gerade seine Beobachtungen während der französischen Revolution und seine aktive Teilnahme an derselben verbürgen den hohen Stellenwert des fortschrittlichen Denkens bei Kerner. Seine spätere Tätigkeit als Armenarzt in Hamburg bezeugt, in welchem hohem Maße er sich den Idealen der französischen Revolution auch nach dem Machtantritt Napoleons verpflichtet fühlte.

Georg Kerner, der Bruder des Schriftstellers Justinus Kerner, wurde am 9. April 1770 geboren. Mit 9 Jahren trat er in die berühmte Karlsschule ein und wurde dort 1791 zum Doktor der Medizin promoviert. Bereits vor Abschluß seines Studiums geriet er in den Bannkreis der französischen Revolution. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 war es, die ihn zum Anhänger der Revolution machte. Die Gleichheit und Freiheit aller Menschen, die hier verkündet wurde, löste einen unglaublichen Identifikationsschub europäischer Intellektueller und Bürgerlicher mit den Zielen und Idealen der französischen Revolution aus. Kerner ist einer von vielen.<sup>3</sup> Doch anders als die meisten, versucht er von Anfang an, der französischen Revolution auch körperlich nahe zu sein, sie sozusagen zu spüren, an ihr mitzuwirken. Noch als Student unternimmt er 1790 zwei Fußreisen nach Straßburg, um hier die revolutionäre Luft zu atmen. Ein Jahr später übersiedelt er dann endgültig nach Straßburg und tritt dort in den Jakobinerklub ein. Bereits Ende des Jahres setzt er seine Fußreise fort und wandert nach Paris, in die »Hauptstadt der Menschheit«.

Mit der Ankunft in Paris streift Kerner auch seine bisherige Identität ab. Er fühlt sich nun selbst als Franzose, als Teilnehmer an der großen Revolution. Deutschland und Württemberg sind ihm zu eng geworden. Am 19. Februar schreibt er an Auguste Breyer über seine innere Lage und über seine Gründe, in Frankreich zu bleiben: »Du weißt meinen festen Entschluß, in Frankreich zu leben, Du kennst meinen Hang zur Freiheit, und ich wiederhole Dir noch einmal, daß Dir die Hand eines freien, wenngleich armen Mannes werter sein muß als die Hand eines Mannes in einem Lande, wo man, wenn man auch selbst nicht kriechen muß, andere kriechen sieht. Unsere Lage verschlimmert sich hier täglich mehr, es könnte vielleicht zu trauri-

Andreas Heyer – Jg. 1974; studierte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Politikwissenschaften und Jura. Er ist zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am politikwissenschaftlichen Institut der Hallenser Universität. Seit Arbeitsgebiet sind Studien zur französischen Revolution und zur Epoche der Aufklärung.

1 Die folgenden Angaben zur Biographie von Kerner nach Wohlwill, A.: Georg Kerner, Hamburg, Leipzig, 1886; Wohlwill, A.: Artikel Kerner, in: Allgemeine Deutsche Biographie, 15. Bd., Neudruck der 1. Aufl., Berlin 1969, S. 640-643; Voegt, H.: Einleitung, in: Kerner: Reisebriefe, Berichte, Lebenszeugnisse, hrsg. von H. Voegt, Berlin 1978, S. 5-64; Weiß, C.: Artikel Kerner, in: Killy (Hg.): Literaturlexikon, Band 6, München 1990, S. 300. Hinweise finden sich auch in den Jugenderinnerungen seines Bruders; vgl. Justinus Kerner: Das Bilderbuch aus meiner Knabenzeit, Braunschweig 1849.

2 Die Werke Kerners nach der Ausgabe von Voegt; Kerner: Reisebriefe, Berichte, Lebenszeugnisse, hrsg. v. H. Voegt, Berlin 1978; hinzugezogen wurden Kerner (anonym): Reise über den Sund, Tübingen 1803; Kerner (anonym): Briefe über Frankreich, die Niederlande und Teutschland, 3 Teile, Altona 1797/98.

3 Verwiesen sei zur Lektüre der Auswirkungen der französischen Revolution in Deutschland auf den Band von Claus Träger: Die französische Revolution im Spiegel der deutschen Literatur, 2. Aufl., Leipzig 1975. Dort der auszugsweise Abdruck zahlreicher Quellen.

4 Kerner: Brief an Auguste Breyer; abgedruckt bei Voegt, a. a. O., S. 395-397.

5 Vgl. zu den Deutschen in Paris aus dem Blickwinkel Schlabrendorfs die äußerst lesbare Darstellung von M. Gregor-Dellin: Schlabrendorf oder die Republik, München 1984.

gen Auftritten kommen, ein neuer Umstand, warum ich Frankreich, das ich als mein Vaterland jetzo betrachte, nicht verlassen darf, sondern im Gegenteil alles, was in meiner Kraft steht, aufbieten muß, um alle Pflichten eines guten Bürgers zu erfüllen.«<sup>4</sup>

Es ist die Freiheit als Wert an sich, die Kerner hier als den Grund bezeichnet, warum er in Frankreich und in Paris an der Revolution teilnimmt. Es ist auch diese Freiheit, die ihn mit den anderen Deutschen in Paris zusammenführt. So schließt er Freundschaft mit Georg Forster, Oelsner, Schlabrendorf und Karl Friedrich Reinhard, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verbinden wird.<sup>5</sup> In den ersten Jahren der Revolution ist Kerner vor allem als Arzt in Paris tätig und hält verschiedene Reden.

Am 21. Januar 1793 wird der König Frankreichs, Ludwig XVI., hingerichtet. Diese Tat ist eine weitere Zäsur innerhalb der Revolution. Vor allem führt sie dazu, daß die meisten Anhänger und Sympathisanten der Revolution in Deutschland und Frankreich mit der Revolution brechen. Joachim Heinrich Campe ist hierfür ein herausragendes Beispiel.<sup>6</sup> Innerhalb Frankreichs hat die Hinrichtung des Königs die Spaltung der Gesellschaft zur Konsequenz, international stärkt sie die Anti-Frankreich-Allianz. Auch Kerner hat diese Probleme empfunden. Und er hat sich gegen die Hinrichtung des Königs ausgesprochen. Aber diese Tat führt bei ihm nicht zu einem Bruch mit der Revolution und ihren Idealen. Er bleibt in Paris und er bleibt Teilnehmer und Verteidiger der Revolution. Der bereits angesprochene hohe Stellenwert der Idee der Freiheit des einzelnen ist es, der Kerner nun in der Folge auch in Konfrontation zu Robespierre und den Jakobinern bringt. Kerner hat den Prozeß beschrieben, wie er immer stärker Robespierre und Ludwig XVI. miteinander vergleicht, ein Vergleich, der für Kerner nur eine Konsequenz hat: Beide sind Tyrannen und als solche zu bekämpfen. Im Mai 1794 flieht er vor Robespierre in die Schweiz. Hier aber bleibt er tätig für die Revolution und führt im Auftrag von Reinhard verschiedene diplomatische Missionen durch.

»Ein Haufe von Knechten arbeitete zuvor für die Erhaltung des Despoten und seiner Allgewalt, die große Masse duldete schweigend, sie hatte keinen Vereinigungspunkt, bis endlich die Seufzer über das allgemeine Elend das Feldgeschrei zur Zernichtung der Tyrannie wurden. Die ersten Tage des neuen Seins waren vorüber, und der Empfindung des ehemaligen Elends folgte das Gefühl der Notwendigkeit, die Wunden zu heilen, die der Despotismus dem Vaterland geschlagen hatte... Die Unwissenheit der einen, der Eigennutz der andern, der Egoism der meisten waren die Stütze der alten Tyrannie und wurden die Stützen der neuern (Robespierre – A. H.). Diese zweite Periode des schimpflichsten Despotismus endigte sich nur erst dann, als man der Unwissenheit zu viel aufbürdete, der Eigennutz sich mit sich selbst entzweite und der Egoismus in allen seinen Punkten bedroht wurde und endlich eine verhältnismäßig nur kleine Zahl bedrohter Bürger Mut genug hatte, das Zeichen zum Tyrannensturz zu geben.«<sup>7</sup>

Nach dem Sturz Robespierres<sup>8</sup> (27. 7. 1794) kehrt Kerner im Frühjahr 1795 nach Paris zurück. Nun ist er als Sekretär Reinhardts an exponierten Stellen für die Revolution tätig. So war er in diesem Zu-



sammenhang im Auftrag Reinhardts in Italien, wo er sich an der Niederschlagung von Aufständen der italienischen Bevölkerung gegen Frankreich beteiligt. Die Zusammenarbeit mit Reinhard wird immer intensiver. Reinhard selbst war in diesen Jahren bevollmächtigter Minister bei den Hansestädten, Gesandter in Florenz, Minister im Auswärtigen Amt in Paris und Gesandter in Bern. Kerner ist an allen diesen Ämtern Reinhardts beteiligt. Dieses Engagement dauert bis 1801.

Kerners aktive Arbeit für die Revolution in diesem über sechs-jährigen Zeitabschnitt speist sich aus verschiedenen Quellen. Neben der Freiheit ist es vor allem die Vorstellung von einer Republikanisierung der deutschen Gebiete. Die Revolution muß nach Kerner exportiert werden. Ob diese Überlegungen Kerners auf Georg Forster zurückgehen, der ja als Bevollmächtigter der Mainzer Republik in Paris war, läßt sich nicht nachweisen, sicherlich ist die Freundschaft mit Forster aber nicht ohne Einfluß auf Kerner geblieben. Und ein weiteres ist wichtig für Kerner. Die französische Bevölkerung selbst muß sich stärker an der Revolution beteiligen und sich selbst als Teil eben dieser Revolution begreifen. Die Veränderungen, so Kerner, sind doch gerade die Zukunft Frankreichs. Wer sich nicht an der Revolution beteiligt, der verzichtet auf seine Zukunft, der verzichtet auf die Möglichkeit, diese Zukunft im Interesse der Ideale der Revolution mit auszugestalten.

»Beinahe alle diejenigen, die man ehemals gute Untertanen nannte, weil sie sich in nichts mischten, zeigten sich jetzo als sehr schlechte Bürger, indem sie sich zu einer Zeit ebenfalls in nichts mischten, wo sie endlich Gelegenheit erhalten hatten, sich als tätige Freunde des gemeinen Wesens zu zeigen. Allein sie lebten zu keiner Zeit für den Staat, sie kannten niemals die Bedeutung des Wortes Vaterland, begleitet von dem Gefühl, welches es in jeder Seele erzeugt, die ihrer Elastizität noch nicht völlig beraubt ist. Sie lebten jederzeit für sich und ihr Privatinteresse... Jetzo, wo ihr Wille fesselfrei ist, jetzo entsagen sie seinem Gebrauch, weil dieser Gebrauch Aufopferung erfordert – jetzo zeigt sich ihre häßliche Krankheit – Eigennutz genannt – stärker als jemals.«<sup>9</sup>

Kerner, der über die Jahre hinweg an die Revolution geglaubt und für sie gewirkt hatte, bricht mit ihr im Jahre 1801. Er beendet seine Tätigkeit für Reinhard und kehrt nach Hamburg zurück, wo er ja als Reinhardts Sekretär gearbeitet hatte. Die Freiheit war es, die ihn erst sich gegen das »Ancien Régime« positionieren ließ und dann auch gegen Robespierre. Und diese Freiheit ist es nun auch, die er bei Napoleon Bonaparte nicht mehr verwirklicht sieht. Nicht nur Ludwig XVI. und Robespierre sind der Wahrnehmung von Kerner nach Tyrannen, auch Napoleon wird von ihm in diese Reihe gesetzt. Mit Napoleon ist nach Kerner der Despotismus endgültig neu errichtet worden. Was Kerner hier scharfblickend formuliert, findet sich dann später wieder im *18. Brumaire* von Karl Marx.

In den Jahren der aktiven Teilnahme an der französischen Revolution war Kerner auch publizistisch tätig. So veröffentlichte er in verschiedenen Zeitschriften in Deutschland und Frankreich Aufsätze und Artikel, in denen er immer wieder auf Freiheit und Demokratie insistiert. Sein bekanntestes Werk sind aber die *Briefe über Frank-*

6 Vgl. vor allem Jörn Garber: Joachim Heinrich Campes Reisen in die »Hauptstadt der Menschheit« (1789, 1802), in: Visionäre Lebensklugheit. Joachim Heinrich Campe in seiner Zeit, hrsg. v. Schmitt, H., Wiesbaden 1996.

7 Kerner: Briefe aus Paris; abgedruckt bei Voegt, a. a. O., S. 97-200, hier S. 94 f.

8 Eine kritische Zeichnung Robespierres findet sich in dem bekannt gewordenen »Nachruf auf Robespierre nach seiner Hinrichtung«, der anonym erschien; abgedruckt unter anderem in Robespierre: Ausgewählte Texte, eingel. v. C. Schmid, Hamburg 1989, S. 720-724.

9 Kerner: Briefe aus Paris; abgedruckt bei Voegt, a. a. O., S. 97-200, hier S. 95.

*reich, die Niederlande und Teutschland* (bekannt als *Briefe aus Paris*), die in drei Teilen 1797 bis 1798 in Altona erschienen. Zuvor waren sie bereits in der Zeitschrift *Klio* gedruckt worden. Aus diesem Werk stammen auch die oben verwendeten Zitate. Daneben erschienen von Kerner weitere Reisebriefe, so etwa die *Briefe, geschrieben auf einer Reise von Paris nach den Niederlanden* von 1797. Die Wirkung und Botschaft der *Briefe aus Paris* ist von uns bereits beschrieben worden. Kerner schildert seine Rückkehr aus der Schweiz nach Frankreich. Der originäre Gehalt der Briefe besteht darin, daß hier Kerners Wünsche und Ideale mit der Wirklichkeit aufeinanderprallen. Der eigenen Vorstellung nach reist er nach dem Sturz Robespierres in ein Frankreich, das zum zweiten Mal von einem Despoten befreit ist, in ein Land also, in dem alles Wirken und Handeln auf die gemeinsame Zukunft aller gerichtet ist. Was er aber dann sieht, ist eine resignierte und mit seinen Worten egoistische Bevölkerung, die sich im eigenen Existenzkampf gefangen, nicht den Zielen der Revolution zu widmen vermag. Es ist diese Enttäuschung, die Kerner einerseits aktiver in die Revolution eingreifen läßt, die ihn andererseits aber auch Frankreich ein Stück weit entfremdet und damit dem endgültigen Bruch mit Napoleon vorausgeht. Was Kerner als den Egoismus der französischen Bevölkerung beobachtet, rüttelt am Fundament der Aufklärung. Denn diese ist nur erklärbar, wenn man beachtet, daß ihr zentrales Ringen um die Vermittlung und Installierung einer bürgerlichen Moral ging. Rousseau und Diderot sind hier genauso zu nennen wie Mercier, Beaumarchais und Georg Forster.<sup>10</sup> Dieser Anspruch der Aufklärung aber hat sich nach Kerner nicht erfüllt.

10 Zur Epoche der Aufklärung sei auf den immer noch besten Band verwiesen; Kondylis, P.: Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus, Stuttgart 1981.

Kerner kehrt 1801 über Holland nach Hamburg zurück. Hier beginnt er erneut als Arzt zu wirken, geht aber 1802 nach Kopenhagen, um dort an der Universität seine medizinischen Kenntnisse aufzufrischen. Daran schließt sich eine Reise nach Schweden, so daß Kerner erst 1803 wieder in Hamburg ist. Er hat diese Reise durch Schweden in dem Buch *Reise über den Sund* (Tübingen 1803) beschrieben. Daneben etabliert sich Kerner in Hamburg als Arzt und darüber hinaus wirkt er am städtischen Armenhaus und der städtischen Entbindungsanstalt als Armenarzt mit.

Es beginnt eine neue Periode im Leben Kerners. Charakterisiert ist sie durch zwei Entwicklungen. Einerseits bleibt er publizistisch aktiv, veröffentlicht Artikel, verteidigt die Demokratie (vor allem gegen Napoleon) und beginnt verstärkt mit geistigen Studien. Sein Interesse an Literatur und Theater nimmt in diesen Jahren deutlich zu. Auch bleibt er in verschiedenen politischen Ämtern tätig. Andererseits entwickelt er nun ein der Menschlichkeit gewidmetes persönliches Wirken für die Ärmsten Hamburgs. Er hat sich in seiner Tätigkeit als Armenarzt selbst gesundheitlich aufgegeben und hat seine Kräfte, Kontakte und finanziellen Mittel in diese neue Aufgabe investiert. Es ist neben Kerners Wirken in der französischen Revolution auch seine Rolle als Armenarzt, die seinen Namen vor dem Vergessen bewahrt hat. Deutlich wird diese neue Rolle Kerners in verschiedenen Publikationen, unter denen die Schrift *Über das Hamburgische Entbindungshaus und das Entbindungswesen der Armenanstalt* aus dem Jahr 1810 herausragt, in welcher dieser die

sozialen Mißstände als Folge der Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Arm und Reich aufs schärfste anprangert. So schreibt er: »Man bedenke nur die Natur der Mütter, vieler Elend und schwerer Kampf mit Mangel, Krankheiten und Sorgen jeder Art; anderer rasende Versuche gegen die Gesetze der Natur, den eignen Leib, die eigne Frucht. Solche Umstände geben uns hier den Maßstab. Das Entbindungshaus befindet sich im Anhängsel des Zuchthauses. Seine Lage ist bei der ersten Ansicht fast trostlos, auch das der Anstalt zugemessene Lokal unzulänglich und bleibt manches zu wünschen übrig, vorzüglich in der Nahrung und Behandlung, sowohl der Wöchnerinnen als der Schwängern. Die Anstalt hat keinen Keller, keine Küche, keinen Austritt, keine Waschstelle, keinen zum Trocknen der Wäsche tauglichen Boden.«<sup>11</sup>

Die sozialen Zustände werden von Kerner ganz im Sinne Montaignes für die Verbrechen und Probleme verantwortlich gemacht. Kerner beschreibt hier, was dann gerade in den Utopien des 19. Jahrhunderts immer wieder thematisiert werden wird. Ganze Schichten der Bevölkerung sind trotz der oberflächlichen Lockerung der Standesschranken von der Zukunft und damit von Bildung, Arbeit, Gesundheit etc. ausgeschlossen. Doch da nach Kerners eigener Erfahrung auch die Revolution diese Übel bisher nicht beseitigen konnte, stellt er sich selbst ganz bewußt in den Dienst eben dieser entrechteten Schichten. Der Revolutionär ist zum Helfer der Armen geworden.

Nicht die Herrschaft muß verändert werden oder die Regierungsweise, so können wir Kerner am Ende seines Lebens interpretieren, sondern die sozialen Bedingungen. Denn diese sind es, die den Menschen ganz entscheidend prägen. Der Traum der Menschen von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit als gemeinsame Zukunft aller, den Sieyes 1789 in seinem Werk *Was ist der dritte Stand* beispielgebend für die französische Revolution formuliert hat, ist nach Kerner das Ziel allen und fortschrittlichen Handelns und Denkens. Es ist der Traum der Menschheit, der nach Kerner aber auch die Zukunft der Menschheit bezeichnet. Georg Kerner starb am 7. April 1812 an Entkräftung. Enttäuscht über das Verhalten der Menschen in der französischen Revolution hatte er dann in Hamburg seine Kraft dafür eingesetzt, diesen Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Kerner ist aufgrund seiner Biographie und auch seiner Schriften einer der ersten Deutschen, die ihr Leben ganz in den Dienst einer tätigen Humanität stellten. Bemerkenswert ist vor allem, daß er die Thesen und Theorien der Aufklärung insofern modifizierte, als er nicht mehr bei einer rein diskursiven Feststellung der Probleme der Gesellschaft stehenblieb, sondern diese selbst vor Ort zu lösen versuchte. Hierin liegt gerade in Deutschland seine Originalität.

11 Kerner: Über das Hamburgische Entbindungshaus ...; abgedruckt bei Voegt, a. a. O., S. 370-384, hier S. 371.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Wie man sich doch irren kann: Hatte unsereins vor dem sogenannten Geraer Parteitag der PDS (und noch vor den später rundum vergeigten Bundestagswahlen) forsch behauptet, so wenig PDS habe es in den Medien lange nicht gegeben, wurde er nun eines anderen belehrt – ob eines besseren, hängt von der jeweiligen Sichtweise ab. Die Zeitungsspalten rauf und runter: PDS. Vor dem Geraer Polittheater in besonders schwieriger Situation das *Neue Deutschland*, wußte es doch über Wochen hinaus nicht, auf welche Seite es sich im Personalpoker schlagen sollte. Es war eine Eierei sondergleichen. Und selten zuvor war die Fragwürdigkeit des Parteiensystems so deutlich geworden, wie in jenen Wochen. Aber da momentan nichts anderes zur Verfügung steht ...

Doch die PDS-Knatschereien waren immerhin unterhaltsam. Denn selten sah man Verlierer – Wahlverlierer – sich dermaßen spreizen. Insbesondere die Nomenklaturkader der PDS erstaunten uns mit einem Selbstbewußtsein, daß man glatt hätte denken können, Holter, Bartsch & Gen. hätten bei Unternehmensberatern heimlich Kurse im Fach »Selbstbewußtsein« besucht. Wenn nicht, dann können sie ihre diesbezüglichen Seminarscheine ja nur auf ihren Moskauer Parteihochschulen oder in der Hanna-Wolf-Anstalt erworben haben. Denn daß das alles nur learning by doing gewesen sein soll, vermag ich nicht zu glauben.

Wie auch immer: Die PDS hatte eine Presse wie schon lange nicht mehr. Im Zusammenhang mit der Fehlersuche kam einem Kommentator des Berliner *Tagesspiegel* eine Frage in den Sinn, die sich die Kontrahenten im PDS-Führungszirkel aus gutem Grunde nicht öffentlich stellten: Wenn die PDS, so die Frage, aber nun gar keine Fehler gemacht hat, sondern – ich zitiere jetzt frei – das Wahlvolk einfach zu der Überzeugung gelangt ist, es brauche die PDS nicht?

Nach Gera: Die Führung der Vierprozentpartei zeigte sich als ein zerstrittener Haufe und bot ihren Mitgliedern tausend Gründe, die Mitgliedskarten zurückzugeben. Das tun die selbstverständlich nicht, obwohl die in Gera überstimmten PDS-Kader die Medien (einschließlich der ARD-Tagesschau) mit der Behauptung fütterten, »vor allen Dingen junge Mitglieder« würden jetzt überlegen, ob sie diese Partei verlassen. Sind das jene, von denen Dietmar Bartsch nach der Bundestagswahl erzählte, sie seien wegen des Wahlergebnisses in die PDS eingetreten?

Die Reaktionen auf den Parteitag waren auch insofern bemerkenswert, als insbesondere jene Funktionäre, denen das Wort »Demokratie« ständig wie Schmierseife aus den Mündern quillt, nicht in der Lage waren, halbwegs kulturvoll mit dem Ergebnis umzugehen. Da drängte sich die Frage auf, warum sie dann überhaupt Parteitage und Abstimmungen veranstalten, wenn sie nicht bereit sind, das Ergebnis zu akzeptieren. Der Pauplapperer Liebich von der Berliner PDS echote natürlich auch herum, aber die eigentliche Vorlage für journalistische Anti-PDS-Stimmungsmache lieferte der schon durch seine grüne Vergangenheit intrigenerprobte Berliner PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf. Der nämlich schloß schwierige Zeiten für die Koalition nicht aus. Das Legasthenikerorgan *Berliner Kurier* machte daraus die Schlagzeile: »Zimmer stürzt Berlin ins Chaos«. Landowsky darf sich freuen.

Doch die Zeitungen beschäftigten sich natürlich noch mit wichtigen Themen. Wie es scheint, will Bush nicht von seinem Irak-Krieg lassen; aber innenpolitisch ist die Front der Anhänger seines Kurses nicht mehr so stabil wie zu Beginn seiner Amtszeit. Den Appell »Not In Our Name« (siehe dazu *Das Blättchen* 20/02 oder [www.nion.us](http://www.nion.us)) haben inzwischen mehr als viertausend amerikanische Intellektuelle unterzeichnet. Da kann es noch nachträglich nur als Glücksumstand gewertet werden, daß der Bush-Entschuldiger Roland Claus nicht neuer PDS-Vorsitzender geworden ist. Das wäre besonders apart gewesen. In der  *jungen Welt* berichtete Florian Havemann, der bei der Bundestagswahl Kandidat der PDS gewesen war, daß er nicht eine Wahlveranstaltung erlebte, in der nicht die Entschuldigung bei Bush wegen der drei Fraktionskollegen, die während der Bundestagsdebatte beim Präsidenten-Besuch ein Anti-Kriegs-Transparent entfalteten, kritisiert wurde.

Eben lese ich, daß sich die Hartz-Kommission ein neues Verfahren für die Arbeitslosenstatistik ausgedacht hat und SPD und Grüne dieses Verfahren nun auch einführen wollen. Verkürzt geht es darum, bestimmte Gruppen Arbeitsloser nicht mehr in der Statistik zu erfassen, zum Beispiel solche Langzeitarbeitslose, die mit Sicherheit nicht mehr vermittelbar sind. Eine derartige Vorgehensweise ist nicht neu: Alle Welt stöhnt über »Euro-Teuro«, doch die Statistiker kommen uns stur und unbeirrt mit Berechnungen, denen zufolge die Teuerungsrate lächerlich gering sei – obwohl wir es jeden Tag in unserem Einkaufswagen anders merken. Das Verfahren hat Vorbilder, erinnert es doch – wenn natürlich auch nicht mit solchen drastischen Konsequenzen – zum Beispiel an die Rumänen, die einst winters im Radio-Wetterbericht falsche Temperaturen ansagen ließen – damit das Volk nicht fröre. Ähnliches wurde mir neulich aus einer mittelasiatischen Republik berichtet; dort gebe es in Betrieben (ob Relikt aus sowjetischen Zeiten oder neu, wurde nicht dazu gesagt) ab 30 Grad hitzefrei – die Thermometer bleiben aber immer bei 29 Grad stehen. Kommen Sie gut durch den Herbst.

Hermann Weber:  
 Damals als ich Wunderlich hieß.  
 Vom Parteihochschüler  
 zum kritischen Sozialisten,  
 Aufbau-Verlag Berlin 2002,  
 445 S. (25 €)

Pfingsten 1946 gehörte der 19jährige Jungkommunist Hermann Weber zu den Mitbegründern der FDJ. Als Schüler der Jugendhochschule am Bogensee hatte man ihn kurzerhand zum »Delegierten« erklärt, obgleich es in seiner Heimatstadt Mannheim noch gar keine FDJ gab. Wunderlich. Doch es sollte noch wunderlicher werden. Was macht man nicht alles als junger, schlaksiger Straßenbahnschaffner, wenn man Hunger hat und vor allem einen riesigen Wissensdurst? Und wenn man von erfahrenen, undogmatischen Genossen das Angebot für ein zweijähriges Studium bekommt, kostenfrei und bei guter Verpflegung. Weber nahm an und begann im Herbst 1947 als einer von 79 Kursanten des ersten Zweijahreskurses an der SED-Parteihochschule in Liebenwalde. Dort gab es tatsächlich satt zu Essen, Zigaretten, eine passable Unterkunft, Freunde und schließlich auch eine Freundin Gerda, Webers heutige Ehefrau. Es gab Exkursionen in die zerstörte, aber spannende deutsche Hauptstadt, Theater- und Kinobesuche und nicht zuletzt eine gut ausgestattete Bibliothek und viel Gelegenheit für Lernbegierige, wie Weber einer war und Gerda ebenfalls.

Wie alle sieben Westdeutschen erhielt er so gleich einen Decknamen: Wunderlich. Gleichsam kamen ihm im Laufe seines Studiums allerdings auch andere Dinge vor. Zunächst erfährt er aus den Protokollen der Moskauer Schauprozesse von den Schrecken der Stalinischen Parteisäuberungen. Die Prozesse der dreißiger Jahre erschienen damals schon als Geschichte und der Kursant konnte nicht wissen, daß ähnliche Prozesse in Osteuropa bevorstanden. Eine Angelegenheit, die ihn belastete, die ihn zeit seines Lebens nicht mehr losließ und die er später, als Nestor der deutschen Kommunismusforschung, umfassend wissenschaftlich untersuchte.<sup>1</sup>

Weber er- und durchlebte den Wandlungsprozeß von einer relativ breit angelegten, hu-

manistischen Bildung in einem liberal empfundenen Lehrbetrieb zu einer »Indoktrinationsanstalt stalinistischen Typus«. Die Schilderung dieses Prozesses bildet den Kern seiner Erinnerungen, die Weber mit Archivfunden und – in bekannter Manier – mit zahlreichen Kurzbiographien von Lehrern und Studenten, von damaligen und späteren Weggefährten angereichert hat. Dazu gehört sein damaliger Dozent und späterer Freund Wolfgang Leonhard. Just als 1948 der Umbau der Schule zur »Kaderschmiede« erfolgte, verursachte die Flucht des durch die Komintern geschulten Kaders eine große Unruhe unter Lehrern und Studenten. Leonhard, der aus seiner Zustimmung zum jugoslawischen Abgrenzungskurs vom Stalinismus keinen Hehl gemacht hatte, wurde zum Agenten abgestempelt. Die Forderung nach erhöhter Wachsamkeit vergiftete fortan die Atmosphäre. Für einen Bruch, wie Leonhard ihn vollzog, war Weber trotz wachsender Zweifel noch nicht bereit. Sein Studium endete im Sommer 1949 planmäßig, sein Einsatz als Chefredakteur der westdeutschen FDJ-Zeitung *Junges Deutschland* dann schon nicht mehr. Für ein »zu klein« aufgemachtes und falsch plaziertes Stalin-Telegramm ließ der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker durch seinen Stellvertreter Heinz Lippmann Weber aus dieser Funktion entfernen. Obgleich dieser stalinistische »Karriereknick« Weber im Zuge einer Großrazzia gegen westdeutsche FDJ-Funktionäre 1953 nicht vor einer Inhaftierung schützte, stellte sie eine weitere Erfahrung mit den destruktiven Herrschaftsmechanismen einer kleinen Parteielite dar, die Weber 1954 den Bruch mit dem Kommunismus erleichterten. Fortan begab er sich, wie Leonhard und die später aus der DDR geflohene PHS-Dozentin Carola Stern, eine Zeitlang auf die Suche nach einem »dritten Weg« der gesellschaftlichen Entwicklung, bis sie ihren eigenen Weg als Wissenschaftler und Publizisten fanden und maßgeblich an der Aufdeckung der »weißen Flecken« in der stalinistisch geprägten Geschichtsschreibung mitwirkten.

Webers Erinnerungen sind auch mit zahlreichen Anekdoten geschmückt. Was nützt zum Beispiel die Vergabe des konspirativen Namens, wenn das Foto für den »falschen« Paß vergrößert im städtischen Fotoatelier aushängt? Auch solche Schilderungen machen das le-

senswerte und keinesfalls im Zorn zurückblickende Buch aus, das in Zusammenarbeit mit Gerda Weber entstand. Man kann auf eine Fortschreibung der Biographie über das Jahr 1954 hinaus gespannt sein.

MICHAEL HERMS

<sup>1</sup> Vgl. Hermann Weber/Dietrich Storz: *Kommunisten verfolgten Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993; Hermann Weber/Ulrich Mählert: *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953*, Berlin 1998.

**Katherine Stroczan:  
Der schlafende Dax  
oder das Behagen in der Unkultur,  
Verlag Klaus Wagenbach Berlin  
2002, 110 S. (18,50 €)**

Seit der Erstemission der von den Medien als »Volksaktie« hochgejubelten Telekom-Aktie im November 1996 hat sich die Praxis der Geldanlage in Deutschland grundlegend verändert: Das vermeintlich sichere, aber wenig rentierliche Sparbuch wurde durch gewinnträchtigere, aber spekulative Anlageformen abgelöst. Millionen Sparer wurden so, ohne zu wissen, was eine Aktie eigentlich ist und wie der Kapitalmarkt funktioniert, über Nacht zu Aktionären. Sie wissen auch heute noch nicht viel mehr darüber, sind inzwischen aber um eine Erfahrung reicher, die des Geldverlustes. Während die Befürworter des Börsenrums lauthals von einer neuen »Aktienkultur« sprechen, sehen die Kritiker hierin eher einen gegenläufigen Prozeß, nämlich »einen triebgesteuerten Kulturverlust« und den Beginn einer Spekulationsblase, die irgendwann platzen wird, wie sich dies in der Geschichte schon des öfteren ereignet hat. Die Autorin des hier vorgestellten, schön gestalteten, aber nicht leicht zu lesenden Buches gehört zum Lager der Kritiker. Dies wird gleich zu Beginn deutlich, wenn sie den Aktienrummel der Gegenwart als »Gesellschaftsspiel« und »Volksfest« bezeichnet, vergleichbar der holländischen Tulpenmanie zwischen 1630 und 1638 oder der »South Sea Bubble« von 1720. Beide Spekulationen trugen »Volksfest«-Charakter und endeten mit dem Totalverlust der Anlagen. Sie

bescherten dem »Volkskörper« aber einen neuen Typus, den »Investor«. So ist es auch diesmal, schreibt Stroczan, »der Volkskörper ist um eine Figur reicher geworden«, den »Anlegertypus« oder »Homo investor« (S. 8).

Diesen genauer unter die Lupe zu nehmen und dabei zugleich die meinungsbildende Rolle der Medien zu entlarven, ist das Anliegen des Buches. Als praktizierende Psychoanalytikerin geht die Autorin dabei ganz unökonomisch vor. Der Anlegertyp wird psychoanalytisch durchleuchtet, die Motive für sein Verhalten werden als »Gier« oder »Neid« entlarvt, die mit der Emission der T-Aktie vermeintliche »Demokratisierung« der Börse wird als ein übler Trick, die Spargelder der Kleinsparer für den Kapitalmarkt zu mobilisieren, denunziert und die Börsen- und Anlegermagazine werden als nur scheinbar seriös, in Wahrheit aber nicht selten interessengelenkt, charakterisiert. Dabei gelangt die Autorin zu bemerkenswerten Einsichten. So zum Beispiel, wenn sie zeigt, daß das Börsengeschehen in den Medien ausschließlich aus der Anlegerperspektive dargestellt wird, die Rolle des Kapitalmarktes für das Funktionieren des Kapitalismus hingegen weitgehend im dunkeln bleibt (S. 77). Dadurch wird der Schwerpunkt der Berichterstattung verlagert, weg von der realen Wirtschaft und hin zu den virtuellen Abläufen, wie sie sich in den Charts und Prognoserechnungen darstellen. Oder wenn sie nachweist, daß die vielen Geld- und Börsenmagazine nur scheinbar objektive Einschätzungen und Wertungen vornehmen, in Wahrheit aber nur ein Ziel verfolgen, nämlich die Anpreisung und den Verkauf hauseigener Produkte (S. 62 f.). Inzwischen weiß man, daß hier nicht selten sogar kriminelle Absichten die Daten und Texte bestimmt haben.

Insgesamt gesehen scheint das Urteil der Autorin über die Rolle der Finanzmärkte in der modernen Wirtschaftsgesellschaft jedoch zu absolut zu sein und mitunter zu einseitig auszufallen. Vielleicht ist die Börse (auch) »das Feld, auf dem mittels Triebregression gleichzeitig anal- und oralsadistische Triebrengungen agiert, ödipale Konflikte wiederbelebt und narzißtische Restitutionsversuche unternommen werden können«, wie auf S. 84 steht, aber erschöpft sich ihre Funktionsbestimmung darin? Sicher nicht, sonst könnte man die

Theorie der Finanzmärkte gestrotzt den Psychologen überlassen. Die machen es sich, wenn sie sich dieses Gegenstandes annehmen, jedoch mitunter zu leicht. So läßt sich die Börse wohl kaum als ein »Konstrukt« abtun, womit »psychische Störungen sozialisiert« (S. 84) werden. Und bei einer Geldanlage dürfte es sich wohl immer noch zuerst und in der Hauptsache um einen ökonomischen Akt handeln, mit ökonomischen Konsequenzen. Stroczan dagegen sieht in einer Geldanlage »in erster Linie« ein »psychisches Investment, das sich (lediglich) des Geldes bedient« (S. 78). Ähnliches gilt für das Geld als solchem, dem primär eine wirtschaftliche Bedeutung zukommt und das deshalb wohl nicht »lediglich der Kristallisationspunkt vielfältiger Leidenschaftsketten« (S. 78) ist, wie die Autorin behauptet, obwohl es dies letztlich vielleicht auch ist. Trotz dieser Kritik erweist sich das Buch, gerade auch für Ökonomen, als eine durchaus interessante und anregende Lektüre. Dies nicht zuletzt wegen seiner sprachlichen Brillanz, die sich, verglichen mit vielen ökonomischen Texten, sehr wohlthuend ausnimmt. Ob Leser, die weder ökonomisch noch psychologisch vorgebildet sind, mit dem Buch etwas anfangen können, muß jedoch bezweifelt werden. Insofern bleibt es etwas für Insider, insbesondere für die Psychologen unter den Bankern und Brokern.

ULRICH BUSCH

Hans-Georg Wehling (Hrsg.):  
 Deutschland Ost –  
 Deutschland West. Eine Bilanz,  
 Leske + Budrich Opladen 2002,  
 238 S. (12,80 €)

Vorliegender Sammelband gehört zur Spätleser der Vereinigungsliteratur. Eine Bilanz des Vereinigungsprozesses, wie der Titel vorgibt, ist das Buch indes nicht. Dazu fehlen zu viele Themen; auch ist die Aufarbeitung der einzelnen Themenkomplexe zu einseitig erfolgt. So fällt schon beim ersten Durchblättern des Bandes auf, daß die meisten Kapitel politikwissenschaftliche Beiträge darstellen und von westdeutschen Wissenschaftlern verfaßt worden sind. Die wirtschaftlichen und sozialen

Aspekte des Vereinigungsprozesses kommen dagegen nur am Rande vor. Ebenso wenig präsent ist eine ostdeutsche Sicht. Ziel des Buches ist die Beantwortung der Frage, wie weit »die Angleichung der beiden Deutschlands« gelungen beziehungsweise nicht gelungen ist. Dabei konzentriert sich die Darstellung auf Aspekte der politischen Kultur wie Demokratieakzeptanz (im Osten), Fremdenfeindlichkeit (im Osten), Wahlverhalten und Vergangenheitsbewältigung (natürlich im Osten). Schon allein dies ist Programm und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Vereinigungsprozeß, der seinem Charakter nach »ein Anschluß der neuen Bundesländer an die alte Bundesrepublik war« (S. 129) und sonst nichts.

Das Buch beginnt mit einem Überblicksartikel zur politik- und sozialwissenschaftlichen Diskussion des deutschen Einigungsprozesses. Gestützt auf ein breites Spektrum an Quellen, zeigen die Autoren Greiffenhagen/Greiffenhagen, welche Fragen, Begriffe und Urteile seit 1990 die Diskussion bestimmen. Am Ende sprechen sie sich für eine künftig »stärkere Berücksichtigung endogener ostdeutscher Prämissen und Eigenständigkeiten« aus: »Die Prävalenz Westdeutschlands«, so die Autoren, führe theoretisch zu »verengten Blickweisen« und politisch zu »dysfunktionalen Resultaten« (S. 30 f.). Daran schließt sich ein Aufsatz von Lehmbruch mit dem Titel »Einheit als Improvisation« an. Der Autor setzt sich hierin kritisch mit der westdeutschen Haltung zur deutschen Einheit vor 1989 auseinander, mit der Ignoranz der Bundesbürger und -politiker gegenüber den Verhältnissen in der DDR, der »Oberflächlichkeit« ihrer Kenntnisse, den Illusionen, wobei letztere jedoch unverzichtbar waren, denn ohne sie, mit einem realistischen Blick, hätte sich die westdeutsche Politik »möglicherweise gar nicht durchgerungen«, die Vereinigung anzupacken (vgl. S. 48). Die Probleme der Einheit sieht der Autor durch die »asymmetrische Interessenberücksichtigung« im Einigungsprozeß noch verstärkt (vgl. S. 49), wobei ihm in diesem Zusammenhang jedoch Fehler unterlaufen, zum Beispiel bei der Definition des Umstellungsverhältnisses der Mark zur D-Mark (vgl. S. 47).

Relativ breiten Raum nimmt ein Aufsatz zur Herausbildung eines demokratischen Konsens' in Ost und West ein. Gestützt auf Ergebnisse



der empirischen Sozialforschung, wird hier herausgearbeitet, welche Schwierigkeiten es im Osten mit dem »Aufbau eines demokratischen Grundkonsenses« gibt und daß diese Schwierigkeiten vor allem darauf zurückzuführen sind, daß den Menschen in der DDR »über Jahrzehnte hinweg der konkrete Umgang und die Erfahrung mit der Demokratie« (S. 70) fehlten. So werden (wenig überzeugend) auch die »jüngsten antidemokratischen Entwicklungen in Ostdeutschland« als »Ausdruck eines immer noch unabgeschlossenen gesellschaftlich-politischen Umbruchs« interpretiert (vgl. S. 100). Realitätsnäher ist da der nächstfolgende Text »Elite West – Elite Ost?«

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht der »Elitentransfer« von West nach Ost, dessen empirischer Beleg sowie eine Skizzierung der Problemlage, die daraus für den Osten erwächst. Insbesondere ist es die »erdrückende Dominanz des aus den alten Bundesländern stammenden Elitepersonals« (S. 121 f.), worunter das politische Klima in Ostdeutschland leidet. Der Autorin ist es gelungen, zu dieser Frage nicht nur eine differenzierte Analyse vorzulegen, sondern auch zu zeigen, daß sich im Eliteproblem und in der damit verknüpften Interessenproblematik bei der konkreten Ausgestaltung des Wandels der grundlegende Unterschied gegenüber anderen Transformationsländern manifestiert.

Die beiden letzten Beiträge des Bandes sind wirtschaftlichen Fragen gewidmet: Zuerst befaßt sich Seibel mit der Konstruktion der Treuhandanstalt und ihrer Rolle als Stabilisierungsfaktor im Transformationsprozeß. Hernach kommentiert Ragnitz Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Veränderungen im Beitrittsgebiet seit 1990.

Seibel zufolge agierte die Treuhand institutionell an den politischen Strukturen der Bundesrepublik vorbei und verkörperte somit eigentlich noch »ein Stück DDR« (S. 199). Ihre Rolle sieht er ähnlich der des berühmten Schweizers namens »Winkelried«, der sich 1386 in der Schlacht bei Sempach vor die eigentlichen Kämpfer stellte, dadurch die gegnerischen Pfeile auf sich zog und auf diese Weise erst den Sieg ermöglichte. Ähnlich agierte die Treuhandanstalt, indem sie alle Kritik auf sich zog und dadurch die politischen Institutionen wie die Wirtschaft

schützte, so daß diese unbehindert ihre Aufgaben erledigen konnten. Ein interessanter Vergleich! Besonders, wenn man bedenkt, daß es sich 1386 um eine blutige Schlacht, die auf Macht und Beute ausging, gehandelt hat. An diesem sehr lesenswerten Aufsatz wird deutlich, wie die Geschichte der Vereinigung umgeschrieben werden muß, wenn sich der verklärende Nebel nationaler Wiedervereinigungs- und Solidaritätsromantik endlich gehoben hat. Demgegenüber verfolgt Ragnitz mit seinem Text das Ziel, eine ernüchternde Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 mit einem optimistischen Ausblick auf die nächsten Jahrzehnte zu verbinden. Es ist hier viel vom »unvermeidbaren Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft« die Rede und von den »enormen Fortschritten beim Aufbauprozeß« (S. 225), aber auch von fehlenden Arbeitsplätzen und anhaltenden Strukturkrisen, beides ist wohl weniger ein DDR-Relikt. In dem Bemühen, die »unübersehbaren Erfolge« des Aufbaus Ost kräftig herauszustellen, werden in dem Aufsatz auch statistische Daten angeführt, zum Beispiel zur Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte. Diese sind jedoch nicht in jeder Hinsicht plausibel. So ist es kaum nachzuvollziehen, daß das Einkommensniveau im Osten 1998 real bereits bei 92 Prozent des Westniveaus gelegen haben soll (vgl. S. 226 f.), wo doch das Lohnniveau, als wichtigste Einkommenskomponente, im Durchschnitt nur bei 69 Prozent liegt, in der Industrie effektiv sogar nur bei knapp 60 Prozent, das Renteniveau zwar bei 110 Prozent, alle anderen Einkünfte (aus Kapital, Immobilien etc.) aber weit darunter. Hinzu kommt, daß die mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung das Niveau der Haushaltseinkommen mit Sicherheit drückt. Die vom Autor in diesem Zusammenhang als Argument ins Feld geführte höhere Erwerbsbeteiligung (vor allem der Frauen) im Osten – im Jahr 2001 betrug der Unterschied zum Westen hier gerade mal 0,8 Prozent – dürfte kaum hinreichen, um die Unstimmigkeit aufzuklären. Zur Lösung der Probleme im Osten werden neben der Ankurbelung der Investitionstätigkeit, was natürlich die Hauptsache ist, eine Reihe von »Sonderregelungen« für die neuen Länder vorgeschlagen, so zum Beispiel: die Absen-

kung der Lohnsätze (vgl. S. 229), »flexiblere oder längere Arbeitszeiten« (40plus), »geringere Urlaubsansprüche«, »niedrigere Lohnzusatzleistungen«, »Erleichterungen bei umweltpolitisch motivierten Regulierungen« usw. Die damit verbundene Entwicklungsperspektive ist klar: Es geht nicht mehr um eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, sondern um die Abkopplung des Ostens vom Westen. Bemerkenswert ist, wenn der Autor als Resümee schreibt, daß man sich künftig darauf einrichten muß, daß die neuen Länder »noch für lange Zeit ein niedrigeres Einkommensniveau aufweisen werden als der Durchschnitt Westdeutschlands« und daß die Unterschiede »in den Lebensbedingungen und in der Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen im vereinten Deutschland wohl für lange Zeit, wenn nicht gar auf Dauer größer sein werden als es in Westdeutschland vor 1989 der Fall war« (S. 236). Andere Autoren sprechen angesichts dieser Perspektive von einem deutschen Mezzogiorno.

ULRICH BUSCH

**Gerd Kaiser:**  
**Katyn. Das Staatsverbrechen –**  
**das Staatsgeheimnis,**  
**Aufbau Taschenbuch Verlag**  
**Berlin 2002, 476 S. (12 €)**

Das »schwärzeste Kapitel der polnischen Geschichte« nennt der weltbekannte polnische Regisseur Andrzej Wajda das von Stalin und seinen Komplizen sanktionierte Massaker an über 15 000 im September 1939 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratene polnische Militärs, Polizisten und Reserveoffizieren, die im Zivilberuf meist höhere Beamte oder Wissenschaftler gewesen waren. Wajda, der einen Film über diese nationale Tragödie drehen will, hat neben allgemeinen humanistischen Beweggründen ein ganz persönliches Motiv für dieses Vorhaben. Sein Vater gehörte zu jenen 4 250 Gefangenen, die im April und Mai 1940 in Katyn erschossen wurden. Daß der Verfasser des hier zu besprechenden Buches in jenem staatlich verordneten Massenmord nicht zuletzt einen der dunkelsten

Punkte in der Geschichte des Stalinismus sieht, macht er schon mit dem Untertitel deutlich. Die Täter selbst waren sich dessen auch durchaus bewußt. Entsprechend rigoros war demzufolge die Tabuisierung im Lande des Verbrechens und – keinesfalls geringer – in der DDR. In sowjetischen und polnischen Veröffentlichungen durfte zeitweise nicht einmal der Name *Katyn* erwähnt werden. Auf Dauer ließ sich allerdings in Polen, wo Zehntausende als Angehörige der Ermordeten unmittelbar betroffen waren, eine solche Tabuisierung nicht durchsetzen. Und natürlich wurde Gerd Kaiser dank seinen engen freundschaftlichen Beziehungen zu polnischen Mitstudenten während des Studiums in den Jahren 1951 bis 1956 in Moskau in Gespräche über Katyn mit einbezogen.

Ich kann mich noch dunkel an die Propagandaaktion der Nazis erinnern, als während des Krieges – ich war 1943 elf Jahre alt – im Wald von Katyn die Massengräber erschossener polnischer Offiziere entdeckt wurden. Während meines Studiums in Leningrad las ich dann den erstmals 1944 veröffentlichten und die Erschießung der Gefangenen den deutschen Okkupanten anlastenden Bericht einer sowjetischen Sonderkommission, den die sowjetische Presse Anfang 1952 als Antwort auf westliche Enthüllungen erneut abdruckte. Stutzig machte mich damals schon, daß mit keinem Wort darauf eingegangen wurde, wie diese hochkarätigen und nach Lage der Dinge alles andere als sowjetfreundlichen Gefangenen den vorrückenden Deutschen hatten überlassen werden können. Und das nicht in den chaotischen ersten Tagen nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion in der Nähe der im September 1939 nach vorausgegangener geheimer Übereinkunft zwischen Hitler und Stalin gezogenen deutsch-sowjetischen Grenze, sondern erst Wochen später – Smolensk wurde am 16. Juli eingenommen – Hunderte von Kilometern von dieser entfernt. Die Gefangenen um jeden Preis dem Zugriff der Invasoren zu entziehen, hätte doch ein vorrangiges Anliegen der sowjetischen Führung sein müssen. Je besser ich mit den Realitäten meines Gastlandes vertraut wurde, desto größer wurden meine Skrupel. In den 70er Jahren mußte ich dann feststellen, daß in der dritten Auflage der *Großen Sowjetischen En-*

zyklopädie der Artikel »Katynskij rasstrel« (Erschießungen in Katyn) fehlte, der im 1953 in Druck gegangenen Band 20 der zweiten Auflage noch enthalten war und der die Behauptungen des Berichtes der Sonderkommission wiedergab. Nun konnten kaum noch Zweifel darüber bestehen, daß die sowjetische Darstellung nicht der Wahrheit entsprach und daß der Personenkreis, der dies auch wußte, weit über den der unmittelbaren Täter hinausging. Inzwischen hatte auch der 20. Parteitag der KPdSU stattgefunden, und man wußte, daß dem Stalinregime ein solches Verbrechen durchaus zuzutrauen war.

Gerd Kaisers Bemühungen, den wahren Sachverhalt aufzuhellen und einer deutschsprachigen Leserschaft zugänglich zu machen, habe ich, seit er 1992 zusammen mit seinem polnischen Koautor Andrzej Szeceniak das Buch *Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren* herausbrachte, mit größtem Interesse verfolgt.

Das nunmehr vorliegende Werk berücksichtigt alle – nicht zuletzt die polnisch- und russischsprachigen – zugänglichen seriösen Veröffentlichungen sowie Anordnungen, Befehle, Protokolle und Zeugenaussagen sowohl von Opfern als auch von Tätern.

Es besteht aus einem Vorwort des bekannten Gerichtsmediziners Otto Prokop (S. 9), einer das Anliegen des Autors und die Voraussetzungen seiner Realisierung skizzierenden Einleitung (S. 11-17) und zehn Teilen. Teil I (*Hinterlistig überfallen: Polen in der Zange*) behandelt die Umstände, unter denen im September 1939, aber auch noch danach, 242 000 polnische Militärangehörige in sowjetische Gefangenschaft kamen. Thematisiert wird in erster Linie die zwischen Hitler und Stalin vereinbarte Beteiligung der Roten Armee an der Aggression gegen Polen. Große Teile der polnischen Armee gerieten während der Kämpfe und nach deren Einstellung in Kriegsgefangenschaft. Andere konnten sich nach Rumänien, Ungarn, Litauen oder Lettland, das 1939 ebenfalls an Polen grenzte, zurückziehen und wurden dort interniert. Nach der Annektierung des Baltikums, Bessarabiens und der Nordbukowina durch die Sowjetunion im Jahre 1940 kamen auch die dort Internierten in sowjetische Gefangenschaft. Manche polnische Einheiten kapitulierten nach Vereinba-

rungen mit Befehlshabern der Roten Armee. Ihnen wurde dabei zugesichert, daß sie sich frei entscheiden könnten, ob sie nach Hause zurückkehren oder nach Rumänien oder Ungarn gehen wollten. Solche Zusicherungen wurden nirgends eingehalten. Es kam sogar zu Erschießungen polnischer Offiziere unmittelbar nach der Gefangennahme.

Thema ist auch der am 28. September 1939 von Ribbentrop und Molotow in Moskau unterzeichnete »Deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag« mit seinen geheimen Zusatzabkommen. Letztere enthielten auch die gegenseitige Versicherung von der Endgültigkeit der vereinbarten Grenze. Soweit deutsche Truppen über die festgelegte Linie hinaus nach Osten vorgestoßen waren, zogen sie sich alsbald auf diese zurück. Beide Regierungen bekundeten ihre Absicht, jede nationale Regierung des polnischen Volkes zu bekämpfen. Der Verfasser schreibt in diesem Zusammenhang von der »vierten Teilung« Polens. Eigentlich war es schon die fünfte. Denn die Entscheidung des Wiener Kongresses 1815, nach der Preußen »Südpreußen« mit Warschau an Rußland abtreten mußte, war ja auch eine Umverteilung der Gebiete mit vorwiegend polnischer Bevölkerung gegen deren Willen, eine Mißachtung des Wunsches des polnischen Volkes nach einem eigenen Staat.

Teil II (*Hinterücks erschossen: Das Schicksal der Gefangenen Herbst 1939 – Frühjahr 1940*) beschreibt ausführlich die systematische Vorbereitung des Massenmordes durch das NKWD, dem die Gefangenen auf Befehl des Generalstabschefs der Roten Armee zu übergeben waren. Die Betroffenen wurden auf drei Sonderlager verteilt. Die später in Katyn Ermordeten kamen nach Kozel'sk, 250 km südöstlich von Smolensk. Fast 4000 Gefangene wurden nach Starobel'sk südöstlich von Charkow gebracht. Dazu gehörten unter anderem acht Generäle, Militärggeistliche unterschiedlicher Konfessionen (darunter auch der Feldrabbiner des polnischen Heeres) sowie 52 Zivilisten. Im Lager Ostaschkow auf der Insel Stolobnoe nordwestlich von Twer (Kalinin), befanden sich Anfang April 1940 annähernd 6 500 Gefangene, vorwiegend Polizisten und Angehörige verschiedener Sicherheitsdienste.

Die Erschießung fast aller dieser Gefangenen erfolgte dann im April und Mai 1940. Ihr

lag eine Beschlußvorlage Berijas vom 5. März 1940 zugrunde, die von Stalin unverzüglich absegnet wurde. Die Todesurteile waren ohne Vorladung der Hinzurichtenden, ohne Anklage von einer Dreiergruppe, bestehend aus Berijas beiden Stellvertretern und dem Leiter der Sonderabteilung des NKWD, zu fällen. Das Deckblatt mit der handschriftlichen Bestätigung von Stalin, Woroschilow, Molotow und Mikojan sowie der protokollarischen von Kalinin und Kaganowitsch und die letzte Seite der Vorlage mit Berijas Unterschrift sind auf den Seiten 80 und 81 in Faksimile abgedruckt.

Im Februar hatten der Leiter der Verwaltung für Kriegsgefangene und sein Politkommissar noch Berija vorgeschlagen, alle in den Lagern Kozel'sk und Starobel'sk befindlichen Schwerkranken, Invaliden, Tbc-Kranken und alle über Sechzigjährigen sowie Ärzte, Ingenieure, Agronomen und Lehrer, über die »nichts Kompromittierendes« vorlag beziehungsweise die aus dem 1939 von der Sowjetunion annektierten Teil Zwischenkriegspolens stammten, insgesamt etwa 800 Personen, zu entlassen. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Natürlich nahm sich der Innenvolkskommissar auch der Angehörigen der zu Ermordenden an. Nur zwei Tage nach der Entscheidung über die Erschießung wies Berija die Volkskommissare des Innern der Ukraine und Belorußlands an, die Familienangehörigen nach Kasachstan zu deportieren, und am 20. März erging der Befehl an ihren kasachischen Kollegen, annähernd 25 000 betroffene Familien dort unterzubringen. Deren Verschleppung erfolgte im Rahmen einer zweiten Welle der Massendeportation polnischer Staatsbürger. Vorausgegangen war eine erste im Februar 1940. Es folgten eine dritte im Juni 1940 und eine vierte ein Jahr später kurz vor dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion.

Gegenstand von Teil III (*Hintergangen. Frühjahr 1940 – Frühjahr 1943*) sind die verzweifelten Bemühungen der polnischen Exilregierung und ihrer diplomatischen und militärischen Vertreter in der UdSSR, das Schicksal der verschwundenen polnischen Kriegsgefangenen aufzuklären. Nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion war diese dringend auf die Unterstützung der Westmächte und der mit ihnen verbündeten

polnischen Exilregierung angewiesen. Letztere bestand verständlicherweise auf der Wiederherstellung des Status quo. Als unabdingbare Voraussetzung für ein Bündnis mit der UdSSR zum gemeinsamen Kampf gegen die deutsche Aggression forderte sie die sofortige Freilassung aller polnischen Gefangenen, Häftlinge und Deportierten. Der dann am 30. Juli 1941 unterzeichnete polnisch-sowjetische Vertrag enthielt die Annullierung der deutsch-sowjetischen Teilungsverträge vom 23. August und 28. September 1939 und die Zustimmung der sowjetischen Regierung zur Bildung einer polnischen Armee unter eigenem Kommando auf sowjetischem Staatsgebiet. Schon bald stellte sich heraus, daß ein großer Teil der 1939 nachweislich in sowjetische Gefangenschaft geratenen polnischen Militärs nicht auffindbar war. Die auch auf höchster Ebene zwischen Stalin und dem Premier der Exilregierung, General Sikorski, geführten Gespräche zogen sich über ein Jahr hin, bis die inzwischen gebildeten polnischen Einheiten, die sogenannte *Anders-Armee*, über den Iran aus der UdSSR abgezogen wurden. In allen diesen Gesprächen wurden die Polen mit den dümmsten und verlogenen Ausreden abgespeist. Konkret nach dem Verbleib der Gefangenen der drei Sonderlager befragt, erklärte Stalin am 14. November 1941 gegenüber dem polnischen Botschafter, sie seien alle freigelassen worden. Bei einem Treffen Stalins und Molotows mit den Generälen Sikorski und Anders behauptete Stalin am 3. Dezember 1941, die Vermißten seien »in die Mandschurei« geflohen. Von ihren westlichen Verbündeten hatte Polen in dieser Frage keine Unterstützung zu erwarten: Deren Haltung resümiert Gerd Kaiser (S. 155) mit dem Satz: »Die britische Regierung hüllte sich auch zu diesem Thema in Schweigen, um es sich nicht mit dem überlebensnotwendigen sowjetischen Verbündeten zu verderben.«

Teil I. (*Die Ermordeten klagen an. 1943/44 und 1990/1991*) ist der Aufdeckung des Verbrechens und der Reaktion der Täter darauf gewidmet. Diese konnte nur die Ermordeten aus dem Sonderlager Kozel'sk betreffen, da 1943 nur deren Leichen in den Massengräbern im Wald von Katyn entdeckt wurden. Die sterblichen Überreste der polnischen Gefangenen aus Starobel'sk und Ostaschkow wurden erst 1991 gefunden.

Die am 13. April 1943 eingeleitete und sich »europäisch« gebende Propagandaaktion der Nazis beurteilt Kaiser nicht zuletzt anhand von Dokumenten der dem Oberkommando der Exilregierung unterstehenden Armia Krajowa. In diesen wurde die wochenlang über den gesamten von Nazideutschland beherrschten Raum rollende Aktion als »antibolschewistisch, antisemitisch und antienglisch« eingeschätzt. Sie habe die »Isolierung der polnischen Emigrationsregierung« zum Ziel. An der Besichtigung der Gräber hätten auch Polen aus Warschau und Krakau teilgenommen, deren Berichte »keinen Zweifel an dem Massenmord« aufkommen ließen. Die Weigerung nach Katyn gebrachter kriegsgefangener polnischer Offiziere, sich für die Nazipropaganda einzuspannen, habe den Unwillen der Veranstalter erregt. Die Offiziere blieben bei ihrer Haltung, obwohl sie sich anhand der Indizien überzeugen mußten, daß sie tatsächlich vor den sterblichen Überresten ihrer ermordeten Kameraden standen. Weil sie sich ein im Auftrag der sowjetischen Führung verübtes Verbrechen dieses Ausmaßes nicht vorstellen konnten, hatten sie anfänglich noch gemutmaßt, bei den Toten handle es sich um von den Nazis umgebrachte KZ-Häftlinge, denen nachträglich polnische Offiziersuniformen angezogen worden seien.

Ein sachlich gehaltener Bericht des Gerichtsmediziners Dr. Marian Wodziski, der sich als Mitglied einer Technischen Kommission des Polnischen Roten Kreuzes in Katyn aufgehalten hatte, wird im Buch auszugsweise zitiert. Die Erklärung, mit der die sowjetische Seite am 15. April, zwei Tage nach dem Beginn der Naziaktion reagierte, mutet geradezu hysterisch an. Kaiser bezeichnet sie als »offensichtlich zusammengeschnürt«.

In Teil V (*Hintertrieben. Die wahren Täter bleiben ungenannt. Sommer 1943-Herbst 1992*) geht es vor allem um die Bemühungen der polnischen Exilregierung, auf diplomatischem Wege eine Aufklärung der Vorgänge in Katyn zu erreichen, um das Verhalten der westlichen Verbündeten Polens und um die jeweiligen Reaktionen der sowjetischen Seite. Die polnische Regierung gab am 17. April 1943 eine Erklärung ab, aus der ausführlich zitiert wird. Darin bekundet sie die Absicht, das Internationale Rote Kreuz zu bitten, an Ort und Stelle

die Sachlage zu prüfen, und verbittet sich »im Namen des polnischen Volkes, daß mit der Anklage dieses Verbrechens eigene Verbrechen vertuscht werden sollen.« Die heuchlerische Entrüstung der deutschen Propaganda könne nicht die fortlaufend am polnischen Volk verübten Verbrechen überdecken.

Eine entsprechende Note wurde am 20. April dem sowjetischen Botschafter überreicht. Die Note blieb ebenso wie über zwanzig vom Sommer 1941 bis April 1943 in der Angelegenheit der verschwundenen polnischen Gefangenen sowjetischen Behörden übergebene Dokumente unbeantwortet. Statt dessen startete die sowjetische Seite gegen die polnische Exilregierung eine heftige Propagandaaktion. Am 21. April überschrieb die *Prawda* einen Artikel »Die Polen arbeiten mit Hitler zusammen«. Schließlich beschloß die Sowjetregierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur verbündeten polnischen Exilregierung. Die deutsche Übersetzung der von Unterstellungen strotzenden Note, in der ihr dies mitgeteilt wird und die Molotow in der Nacht zum 26. April dem polnischen Botschafter zu überreichen versuchte, der die Annahme jedoch ablehnte, ist fast vollständig auf S. 209 f. abgedruckt. Die polnische Regierung reagierte am 28. April mit der Verlautbarung, ihre Politik sei nach wie vor »auf freundschaftliche gegenseitige Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland« gerichtet. Großbritannien und die USA bemühten sich zu vermitteln. Auszüge aus Stalins Antworten auf Churchills vergebliche Vermittlungsversuche sind in Teil VI abgedruckt.

Die Seiten 213-223 sind dem Wirken der sog. Burdenko-Kommission gewidmet. Diese nahm ihre Tätigkeit in Katyn auf, nachdem die deutschen Truppen am 26. September Smolensk und Umgebung hatten räumen müssen. Generaloberst Nikolaj Burdenko, seit 1941 Chefchirurg der Roten Armee, hatte sich bereit gefunden, an der Spitze einer vorwiegend aus anonymen NKWD-Angehörigen bestehenden Sonderkommission die seit dem 15. April 1943 kolportierte Version der sowjetischen Propaganda mit »Fakten« zu untermauern. Die im Buch abgedruckten Zitate machen deutlich, daß die im Bericht der Kommission vom 24. Januar 1944 aufgestellten Behauptungen nicht wirklich bewiesen werden.

Der letzte Abschnitt gilt dem von der sowjetischen Anklage in Nürnberg unternommenen vergeblichen Versuch, den Massenmord von Katyn dennoch zum Bestandteil des Verfahrens gegen die Nazikriegsverbrecher zu machen.

Teil VI (*Hinterfragt: Augenzeugen, Befehle, Beschlüsse*) enthält vollständig oder in Auszügen, im Original beziehungsweise – soweit sie nicht in Deutsch abgefaßt sind – in deutscher Übersetzung, die wichtigsten Materialien (insgesamt 100), auf die sich die in den Teilen I bis V gemachten Aussagen stützen.

Teil VII (*Hintermänner. 1939*) ist ein alphabetisches Verzeichnis von 164 Personen – ausschließlich Männer –, die unmittelbar oder als »Schreibtischtäter« mit dem Mord an den polnischen Gefangenen zu tun hatten. Die biographischen Angaben fallen je nach Quellenlage sehr dürftig oder ausführlicher aus. Zum Problem wird insbesondere hier die kyrillische Schreibung der Namen. Lediglich bei den Namen sehr bekannter Politiker hat sich eine mehr oder weniger einheitliche lateinische Transkription eingebürgert, auch wenn sie der tatsächlichen Aussprache nur bedingt gerecht wird. Bei der Transkription beziehungsweise Transliteration aller übrigen herrscht ziemliche Willkür, die bei einer wünschenswerten Neuauflage möglichst beseitigt werden sollte.

Teil VIII (*Hintergrundmaterial*) enthält einen Bericht über Studien und Quellenmaterialien und ein 155 Positionen umfassendes Literaturverzeichnis. Bei letzterem zeigt sich wieder das Dilemma der kyrillischen Schrift. Die Transkription kyrillisch gedruckter Titel ist sehr fehlerhaft. Überhaupt stellt sich die Frage, welchen Sinn ihre Transkription oder Transliteration hat. Wer das Russische nicht beherrscht, kann mit einer solchen wenig anfangen. Beherrscht er es aber, ärgert er sich über die Fehler.

Teil IX (*Zeittafel*) skizziert kurz und treffend Ereignisse vom 23. August 1939 bis 28. Juni 2000.

Der den Anhang bildende Teil X enthält ein Abkürzungsverzeichnis, den Bildnachweis, eine Danksagung, Hinweise zur Aussprache, ein geographisches und ein Personenregister.

Zusammenfassend sei Otto Prokops Appell wiederholt, mit dem er sein Vorwort abschließt: »Es ist für mich eine Herzensangele-

genheit zu bitten, dieses Buch zu lesen. Die dargestellten und dokumentierten Tatsachen vermitteln ein wahrhaftiges Bild von Katyn. Lest es aufmerksam!« Empfohlen sei die Lektüre vor allem jenen, die noch immer darüber grübeln, ob die von August 1939 bis Juni 1941 dauernde Komplizenschaft Stalins mit Hitler nicht vielleicht doch im »Interesse des Sozialismus« einen »höheren Sinn« gehabt haben könnte.

RONALD LÖTZSCH

**Doris Lindner:  
Schreiben für ein besseres  
Deutschland: Nationenkonzepte  
in der deutschen Geschichte  
und ihre literarische Gestaltung in  
den Werken Stefan Heyms,  
Königshausen & Neumann  
Würzburg 2002, (22,50 €)**

Das Werk Stefan Heyms, Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts und damit auch Wegbegleiter verschiedener deutscher Staatsgebilde, steht im Mittelpunkt dieser Dissertation aus Bamberg. In der interdisziplinär angelegten Arbeit vertritt die Autorin eine in postmodernen Zeiten, in denen »Botschaften« von Dichtern wenig gelten oder schlichtweg negiert werden, gleichermaßen mutige wie ungewöhnliche These, daß nämlich Heym seine Publikationen bewußt dafür einsetzte, um gesellschaftspolitische Positionen darzustellen und um damit den Diskurs über das nationale Selbstverständnis der Deutschen anzuregen.

Zunächst widmet sich die Autorin der Diskussion des Nationenbegriffs und der Darstellung europäischer und deutscher Nationenkonzepte. Anschließend werden – das Kernstück der Arbeit – Formen deutscher Nationalstaaten, der *revolutionäre*, der *imperiale*, der *totale* Nationalstaat und die Zeit des *Nebeneinander zweier deutscher Staaten* der literarischen Verarbeitung in ausgewählten Romanen Heyms gegenüber gestellt.

Begonnen wird allerdings mit einer ausführlichen Schilderung von Leben und Werk Stefan Heyms, um dann auf den 1963 erschie-

nenen Roman *Lenz*, bei dem die Geschichte der badischen Revolution im Mai 1842 im Mittelpunkt steht, einzugehen. Erstmals offenbart Heym hier seine Vorstellungen von einem eigenständigen deutschen Nationenkonzept, das er anhand der »Badischen Republik« konkretisiert: Unter »Volk« versteht er hier die Gemeinschaft aller badischen Bürger, die sich nicht aufgrund möglicher gemeinsamer Abstammung, sondern durch ein gemeinsames politisches Wertesystem als Nation begreifen. Der nun diskutierte historische Roman *Lassalle*, 1969 publiziert, widmet sich dem letzten Lebensjahr des schillernden und widersprüchlichen Politikers und Arbeiterführers Ferdinand Lassalle (1863/64), zeichnet dabei aber auch, quasi nebenher, ein Bild des Bismarck-Reiches und dessen Vorstellungen von Staat und Nation. Beim Politkrimi *Glasepp*, schon 1942 in New York unter dem Titel *Hostages* erschienen, zeigt Heym das Leben unter der deutschen Naziherrschaft exemplarisch am Schicksal von fünf Tschechen, die unschuldig des Mordes am scheinbar spurlos verschwundenen Wehrmachtsoberleutnant Glasepp bezichtigt werden und in ihrer Todeszelle gemeinsam auf ihre Hinrichtung warten. Anhand des Falls *Glasepp* wird im Roman einerseits die nationalsozialistische Politik entlarvt und andererseits der Kampf der tschechischen Widerstandsbewegung geschildert.

Als nächstes Werk stellt Lindner *5 Tage im Juni* vor: Die blutige Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR erlebte Heym selbst in Berlin mit, was ihn dazu veranlaßte, seine Erlebnisse literarisch zu verarbeiten. Die erste Version, *Der Tag X*, bereits 1953 begonnen und 1959 fertiggestellt, wurde in der DDR verboten; 15 Jahre später erschien dann die überarbeitete zweite Version des Romans unter dem Titel *5 Tage im Juni* in der BRD. Da Lindner mit ausdrücklicher Genehmigung Heyms selbst auf die bisher unveröffentlichte Erstversion des Romans zurückgreifen konnte, können bisher nicht erforschte Aspekte des literarischen Werks Heyms erstmals beleuchtet werden. Lindner analysiert präzise die veränderte Einschätzung Heyms der Geschehnisse in der ersten und zweiten Version und zeigt so Entwicklungen Heyms auf, der in diesem Zusammenhang selbst festgestellt hat, daß die Werke

eines Schriftstellers auch immer seine eigene Biographie seien.

Mit *Schwarzenberg* endet die Reihe der besprochenen Romane mit einem »programmatischen Entwurf eines deutschen Zukunftsstaates«. Heym skizziert die Vision eines »besseren Deutschlands« anhand des »Modells Schwarzenberg«, einem kleinen Landstrich, der einige Wochen nach Ende des Zweiten Weltkriegs aus bis heute nicht ganz geklärten Gründen besatzungslos war. Daher mußten die dort lebenden Menschen in diesem kurzen historischen Moment ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Heym greift diesen historischen Stoff auf, verändert ihn aber, um sein Deutschlandbild und seine Vorstellungen zur Zukunft Deutschlands zu präsentieren – eindringlich und deutlich, als primär politischen Appell, dem die literarisch-ästhetischen Aspekte eher untergeordnet erscheinen.

Lindner ist es gelungen, zentrale Etappen deutscher Geschichte mit ausgewählten Romanen Heyms zu kontrastieren. Dabei zeichnet sie einerseits den Prozeß der Veränderung des Menschen, Schriftstellers und Politikers Stefan Heym nach, arbeitet andererseits auch das heraus, wofür Heym lebenslang eintrat: für eine Demokratie als Synthese von Sozialismus und Freiheit. Die vorliegende Studie ist ein wichtiger neuer Baustein im Rahmen der bisher zahlenmäßig kaum nennenswerten Forschungsarbeiten im deutschsprachigen Raum zu Heym. Leider ist es so, daß der weltweit millionenfach gelesene Autor von der Germanistik aus unterschiedlichen Gründen bisher eher zurückhaltend gewürdigt wurde. Eine Untersuchung, die sich dem Werk Heyms über einen interdisziplinären Ansatz nähert, liegt erstmals mit dieser Dissertation vor. Insgesamt handelt es sich dabei um eine empfehlenswerte Lektüre, zum Nachschlagen und Erinnern, auch als Begleitlektüre beim Lesen der Romane Heyms. Durch eine anschauliche, klare und unmißverständliche Sprache ist das Buch gleichermaßen geeignet für Wissenschaftler und für Laien. Schön zu wissen, daß Stefan Heym dieses Buch selbst noch in Händen hielt und der Autorin im Februar 2001 persönlich seine Freude und Zustimmung zur Arbeit hat mitteilen können.

CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

**Horst-Eberhard Richter:**  
**Das Ende der Egomane – Die**  
**Krise des westlichen Bewußtseins,**  
 Verlag Kiepenheuer & Witsch  
 Köln 2001, 220 S. (18,90 €)

Was dieses Buch in erster Linie auszeichnet, ist seine scharfe Kritik an einer westlichen Kultur, in welcher der Bemächtigungswille zum Leitmotiv eines unerbittlichen Konkurrenzsystems geworden ist. Das Wir oder das Ganze ist im Schatten eines isolierten Ichs im Bewußtsein der Menschen verschwunden. Da sich dieses egomanische Bewußtsein in den meisten Büchern und Texten vieler professoraler Autoren unserer Gegenwart präsentiert, die dieses isolierte Ich für den Fortschritt unserer Zivilisation halten, das es gegen äußere Eingriffe zu schützen gilt, setzt Horst-Eberhard Richter gegen seine eigene Zunft – er ist selbst Professor – einen Kontrapunkt. Der Autor fordert ein »soziales Menschenbild«, das vom Prinzip der Gerechtigkeit getragen ist. Er sieht dieses Bild bereits in der Bewegung der Globalisierungskritiker, deren Zahl ständig wächst, entstehen. Er selbst beteiligt sich aktiv in der ATTAC, einer Organisation, die für die Entschuldung der armen Länder, für die Beseitigung der Steueroasen und für die Besteuerung der gigantischen Spekulationsgewinne eintritt. In diese Konzeption eines »sozialen Menschenbildes« paßt die Devise des Meisters vieler Psychologen und Therapeuten, Freud, nicht mehr. Freud habe sich lediglich mit dem inneren Apparat des Individuums beschäftigt, dabei sei jedoch jede psychische Störung eine Beziehungsstörung vom Ich zum Wir. Die Außenwelt ist schließlich keine abgetrennte materielle Realität, wie Freud behauptete. Der Psychoanalytiker müsse sich von seinem hohen Roß der Deutungshoheit des Unbewußten seines Analysanden befreien und erkennen, daß die Abhängigkeitssituation in der Psychotherapie nur ein Experiment sei, das die Fenster zur sozialen, ökonomischen und politischen Welt offen halten müsse. Beide, Therapeut und Analysand, seien in dieser gesellschaftlichen Welt gleichberechtigte Streiter für eine demokratische Mitverantwortung.

*»In der künstlichen Situation der Analyse wird diese Ebenbürtigkeit vorübergehend probe-weise eingeschränkt.«* Die kenntnisreiche Kritik an Freud und Nietzsche, die beide den zeittypischen Schub eines »individualistischen Expansionismus hin zum »Übermenschen« repräsentieren, machen dieses Buch zu einem wichtigen Hebel, um die egozentrischen und deutungsphantastischen Vorstellungen vieler psychotherapeutischer Übermenschen in die Realität des gesellschaftlichen Seins zu kippen. Doch auch jene Verhaltensforscher, wie Konrad Lorenz oder von Verschuer, die simple Analogschlüsse aus der Biologie zogen, um menschliches Verhalten erklären zu können, werden kritisiert. Der Autor, der den Kreis seiner psychotherapeutischen Berufskollegen bereits häufig erschüttert hat, wird sich auch mit diesem Buch wenig Freunde bei Gestalttherapeuten, Freudianern und sonstigen Deutern des individuellen Unbewußten machen. Und das ist gut so.

Dort, wo das Buch nach Erklärungsmustern sucht, um die Entstehung der Egomane zu begreifen, konstruiert es Bilder mit dem Motiv einer Gesinnungsethik, wie sie bereits Kant oder Albert Schweitzer mit seiner Forderung nach der »Ehrfurcht vor dem Leben« gezeichnet haben. Martin Bubers Satz, der Mensch könne nur am Du zum Ich werden, ist Leitmotiv dieser Erklärungsmuster. Dadurch entsteht aber genau das, was der Autor an vielen Psychotherapeuten kritisiert, er isoliert Teile vom Ganzen. Die ethische Welt wird von der übrigen, der »äußeren« menschlichen Wirklichkeit abgeschnürt. Ziemlich hilflos endet das Buch mit dem Satz des Philosophen Lévinas: »Vor dem Anderen ist das Ich unendlich verantwortlich.«

Zur ganzen Wirklichkeit der Menschen gehört doch besonders die materielle Produktion und Reproduktion des menschlichen Seins. Da dieses Sein von jedem neugeborenen Menschen fertig vorgefunden wird, kann sich das Ich nicht nur an einem Du zum menschlich authentischen »Persönlichkeitsbild« entwickeln, sondern muß auch den objektiven Gesamtzusammenhang des Entwicklungsprozesses von Natur und Gesellschaft kritisch zur Kenntnis nehmen, um als Individuum wachsen zu können. Aus der Gesamtheit der individuellen Handlungen allein er-





Politik nicht geschadet. Wilke kommt nämlich in etwa zu dem Ergebnis wie die neoklassisch-keynesianische Synthese, also wiederum *policy mix*, oder auch einfach die »Neue Mitte«. Das ist nicht neu und vor allem rechtfertigt es kaum die keynesianische Renaissance vor dem Hintergrund von Krisenphänomenen.

Dabei gäbe es durchaus lohnenswerte Fragen, wie etwa die nach der Vermeidung von binnenwirtschaftlichen Marktdestruktionen durch eine angemessenere Verteilung wirtschaftlicher Fortschritte. Auch dies war keynesianisches Programm, gerade vor dem Hintergrund einer unterstellten abnehmenden Konsumneigung mit wachsendem Einkommen. Sofern die Behauptung Wilkes richtig ist, daß Keynes nicht auf Eingriffe in mikroökonomische, marktliche Strukturen erpicht war, kann es sich bei solchen programmatischen Forderungen dann ja auch um eine Effektivierung der Marktprozesse handeln, die es nicht verdient hat, aus dem *policy mix* auszuschneiden.

Die Problematik defizitärer Haushalte kommt bei Wilke nur mit einem Teil der Wahrheit aus, daß nämlich in Boomphasen politische Akteure kaum gewillt sein werden, Polster für die Rezession durch Verzicht anzulegen. Dies ist sicher unbestritten ein Problem, doch erklärt sich ohne wesentliche weitere Faktoren, wie eine verfehlte Steuerpolitik zugunsten der potentesten wirtschaftlichen Akteure, dieses Phänomen nicht.

Neben der Nennung weiterer Aspekte wie der behaupteten Begrenzung strukturellen Wandels durch Nachfragepolitik Lohn-Preis-Spiralen et cetera findet eine wichtige Zukunftsdebatte nur kurzen Anklang: Die von Keynes unterstellte Sättigungstendenz. Keynes ging wie gesagt von abnehmender Konsumneigung mit wachsendem (Volks-)einkommen aus. Da er das Saysche Theorem, wonach sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft, welches für das Zusammentreffen von Güter- und Geldmarkt nichts anderes bedeutet, als daß die (geplanten) Größen von Investition und Ersparnis nie längerfristig im Ungleichgewicht liegen können, da der Zins Ersparnis und Investition zum Ausgleich bringt, verwarf, gibt es bei ihm die Möglichkeit längerfristig unausgelasteter Kapazitäten, welche Wachstum, Beschäftigung et cetera in unbefriedigenden

Zustand versetzen. Nach dem Sayschen Theorem würde eine unzureichende Investitionsgüternachfrage (mit Auswirkungen auf das Sozialprodukt beziehungsweise Volkseinkommen) nie längerfristig bestehen können, denn der Zins würde so weit sinken, daß das Kapitalangebot billig genug werden würde. Für Keynes spielten aber die Zukunftsbeziehungsweise Ertragserwartungen von Investitionen (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) eine gewichtige Rolle, so daß ein Ungleichgewicht der (geplanten) Größen Investition und Ersparnis sehr wohl dauerhaft bestehen könnte beziehungsweise auch auf einem Niveau unausgelasteter Kapazitäten. Die volkswirtschaftliche Systematik bringt es mit sich, daß *ex post*, also am Ende eines betrachteten Zeitraums, Investitionen und Ersparnis (Kapitalangebot) immer übereinstimmen, da Konsumverzicht (Ersparnis) und unzureichende Nachfrage zu Lageraufbau, per Definition (unfreiwillige) Investitionen, führten. Dies führt zur Notwendigkeit staatlicher Investitionsimpulse in depressiven Phasen, um die Produktion wieder anzuheizen.

Da Keynes von abnehmender Konsumneigung (Keynes fundamentales psychologisches Gesetz, das jedoch nie exakt mikroökonomisch begründet wurde) ausging, müßte also der Anteil der Ersparnisse steigen und somit ein weiterer Zuwachs des Sozialprodukts (abhängig von der effektiven Konsum- und Investitionsgüternachfrage) beziehungsweise ein Gleichgewichtseinkommen, bei dem die (geplante) Ersparnis der (geplanten) Investition entspricht, durch immer stärkere Investitionsimpulse belebt werden. Diese Annahme ist zunächst entkräftet worden, da dies zwar temporär zutreffen mag (Haushalte passen ihre Konsumneigung nicht unmittelbar den Einkommenszuwächsen an, sondern permanent), aber durch das Auftreten neuer Güter und die Weckung neuer Bedürfnisse könne langfristig von Sättigung nicht die Rede sein. Keynes hatte eine statische Analyse unzulässigerweise in Annahmen über eine langfristige Entwicklung überführt.

Trotz chronischer Unterinvestitionen durch die derzeit dominante Variante der Haushaltspolitik, das heißt enormen vernachlässigten Wachstumspotentialen, gibt es aber dennoch ernst zu nehmende Beobachtungen eines da-

von unabhängigen, sich abflachenden Wachstums. Postmaterielle Phänomene (wie das Teilzeitbedürfnis bei Lohnverzicht, wonach Untersuchungen zufolge scheinbar viele Arbeitnehmer der Freizeit einen höheren Stellenwert einräumen als dem Lohnniveau) werden wieder ernsthaft in Erwägung gezogen. Dies bedeutet nichts anderes, als daß Wachstum angesichts des notwendigen investitionspolitischen Inputs in reifen Volkswirtschaften immer schwieriger zu organisieren ist.

Diese Debatte hat auch vor dem Hintergrund der börsenzentrierten Konsumbelegung in den USA einige Bedeutung. Sie ist für eine moderne Performance keynesianischer Politik von elementarer Bedeutung (Strukturpolitik und Verteilungsgerechtigkeit bekämen beispielsweise mehr Gewicht gegenüber dem expansiven, schuldenfinanzierten Wachstum).

Wer wie Wilke aber diese Debatte für erledigt erklärt, kann nur zu dem Schluß gelangen, daß entweder die unter der Annahme von Verteilungsgerechtigkeit schuldenfinanzierte Investitionsbelegung nicht derart expansiv erfolgen muß beziehungsweise daß Märkte langfristig unbegrenzt wachsen können. Wilke entscheidet sich für die langfristigen Selbstheilungskräfte des Marktes (ohne elementares »Strukturdesign« durch verbesserte Wirtschaftskreisläufe, Verteilungskorrekturen) und zeitweilige Interventionen in Krisenzeiten. Die politische Ökonomie des John Maynard Keynes wird somit als statisch beziehungsweise wiederkehrend interpretiert.

Postkeynesianer und ambitionierte Wirtschaftspolitiker sollten aus den aktuellen Krisen aber mehr lernen als Wilke zugeben mag. Moderne Wirtschaftspolitik ist mehr als der alte Ideenstreit, mehr als ein bloßer *policy mix*, (klassische) Standortpolitik und Krisenintervention. In einer Zeit, da Krisen unübersehbar werden, darf getrost von einem Fortschritt gesprochen werden, wenn wenigstens wieder gilt, was Schumpeter 1946 formulierte: die Lektüre der *General Theory* mache uns nicht notwendig zu Keynesianern, aber »sie macht aus uns bessere Ökonomen«!

FABIO DE MASI

Jan Glowczyk:  
Uniwersalny Słownik  
Ekonomiczny (Universelles  
Handbuch der Ökonomie),  
Fundacja Innowacja  
Warszawa 2000, 503 S.

Der Autor, seit 1998 Professor an der Sozial-Ökonomischen Hochschule in Warschau, lehrt und forscht zu Problemen der Ökonomie und der Ökonomischen Systeme. Die vorliegende Arbeit ist eine Frucht seines jahrzehntelangen Wirkens. Das Nachschlagewerk erschließt über 750 Stichworte, die wesentlichen Mäander der Ökonomie, stellt in Kurzbiographien die wichtigsten Wirtschaftswissenschaftler der Vergangenheit und Gegenwart vor und ermöglicht durch über 1500 Personen- und Sachregisterverweise einen schnellen Zugriff für den Lernenden wie den Lehrenden.

Die Definition der wesentlichen ökonomischen Begriffe reicht von den Stichworten »Akte« und »Arbeitslosigkeit« über »Bankwesen«, »ökonomische Kybernetik« und »Profit« bis »Schattenwirtschaft«. Es gibt keinen wichtigen ökonomischen Begriff, er sei historisch oder zeitgenössisch, den Glowczyk nicht definiert. Eingeschlossen sind auch – diese etwas ausführlicher – alle mit dem Globalisierungsprozeß verbundenen speziellen Begriffe. Diese analysiert er vor dem Hintergrund des Machtgewinns transnationaler Mega-Unternehmen, die unablässig ihr Kapital vergrößern und ihre Tätigkeitsfelder erweitern. Vornehmlich durch immer neue Fusionen und indem sie schwächere Unternehmen verdrängen oder schlucken. Ende des 20. Jahrhunderts existierten annähernd 40 000 Unternehmen, die den Charakter und die Dynamik der weltwirtschaftlichen Entwicklung prägten. Die größten von ihnen beschäftigten an die 100 000 Mitarbeiter und fuhren jährliche Gewinne in Höhe von fünf bis sechs Milliarden US-Dollar ein. Eine der Folgen dieser Entwicklung ist die Verringerung der beruflichen Aktivität der arbeitsfähigen Bevölkerung und die damit verbundene Zunahme der Arbeitslosigkeit in Industrie und Landwirtschaft. Im Raum der OECD suchen derzeit an die 40 Millionen Menschen Arbeit.

1 Harald Mattfeld: Arbeitsmarktperformance und Beschäftigungsranking, in: Rudolf Hickel et al. (Hrsg.) Politik des Kapitals – heute – Festschrift zum 60. Geburtstag von Jörg Huffschild, Hamburg 2000.

Der pluralistische Charakter des Nachschlagewerks äußert sich darin, daß alle Sachbegriffe und Personen sowie die Definitionen der ökonomischen Lehrmeinungen durch die nüchterne Darstellung ihrer wesentlichen Merkmale und Leistungen vorgenommen werden, nicht jedoch durch Werturteile. Die zahlreichen Tabellen und Grafiken vermitteln dem Nutzer viel Neues über die Verbindungen zwischen ökonomischen Theorien und der wirtschaftlichen Praxis, dies vor allem, jedoch keineswegs allein, am Beispiel Polens.

Das von Leszek Balcerowicz im Oktober 1989 angekündigte und im nachfolgenden Jahrzehnt exekutierte »historische Experiment« der Transformation (*Rzeczpospolita*, vom 7. bis 8. 10. 1989, Warszawa) war hinsichtlich der Privatisierung erfolgreich. Der private Sektor wuchs von 28,6% auf 74,4%, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Inzwischen beherrscht der private Sektor die Wirtschaft und bestimmt alle dort ablaufenden Prozesse. Das betrifft insbesondere den Staatshaushalt, der katastrophal ist. Während 1990 die Einnahmen noch die Ausgaben überstiegen, erhöhten sich die Defizite im folgenden Dezennium systematisch. Im Jahr 2000 erreichten sie die Rekordhöhe von 15,4 Milliarden Zł. Im gleichen Zeitraum wuchs die strukturelle Arbeitslosigkeit beträchtlich. Der an sachkundiger Information Interessierte findet in diesem Standardwerk eines polnischen marxistischen Wirtschaftswissenschaftlers Schlüsselinformationen über Schlüsselinformationen, Detailinformationen über Detailinformationen.

Die das Nachschlagewerk abschließenden Kurzbiografien reichen von Clark John Bates, Nikolaus Kopernikus und Oskar Lange über Karl Marx, Jean Baptiste Say und Joseph Schumpeter, Adam Smith bis Max Weber, erfassen somit (dazu kommt eine Tabelle aller seit 1969 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Wirtschaftswissenschaftler) im historischen Längs- und im transnationalen Querschnitt alle wichtigen Ökonomen der Vergangenheit und Gegenwart. Dem Buch ist, nicht nur mit Blick auf den bevorstehenden Beitritt Polens zur EU, sondern auch um die hiesige Wirtschaftswissenschaft mit dem Forschungsstand in einem wichtigen europäischen Land vertraut zu machen, eine Übersetzung zu wünschen.

EDITA DIETZ

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

### Bestellkupon

An  
UTOPIE kreativ – Redaktion  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 99 bis 134 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 98 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
PLZ, Ort

.....  
Kontonummer

.....  
BLZ / Geldinstitut

.....  
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

# 22. September 2002:

## Politik ohne Analyse ist gescheitert

### Politik benötigt Wissen:

- Wissen über den gegenwärtigen Kapitalismus
- Wissen über die Bewusstseinslage der Menschen
- Wissen über die Politik des Finanzkapitals

Neue Analysen schaffen die Grundlage für eine neue Politik, neue Analysen kosten Geld.

## Spenden, Vermächtnisse in Testamenten, Fördermitgliedschaften

**helfen, linke Politik wieder oppositionsfähig zu machen.**

Nach vielen Jahren überwiegend ehrenamtlicher Arbeit kann die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 1999 als parteinahe Stiftung der PDS über Mittel aus dem Bundeshaushalt verfügen. Mit diesen Geldern wurden eine große Zahl kleinerer und größerer Veranstaltungen, Aktionen und Publikationen im Geiste unseres demokratisch-sozialistischen Bildungsauftrages im In- und Ausland möglich.

Trotz dieser Mittel bleiben die Möglichkeiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Finanzierung politischer Bildung begrenzt. Die Bilanz der Förderung ist eindrucksvoll und zugleich unbefriedigend. Unbefriedigend, weil die Stiftung längst nicht so wirken kann, wie es das Bedürfnis nach politischer Bildung erfordert. Unbefriedigend auch, weil unsere Arbeit nicht allein von Bundesmitteln abhängen sollte: eigener finanzieller Spielraum ist ein wichtiges Signal in der Öffentlichkeit für die Wertschätzung politischer Bildung. Die Arbeit der Stiftung wird deshalb in den nächsten Jahren verstärkt auf Spenden angewiesen sein.

### Lohnt sich eine Spende?

Die Durchschaubarkeit politischer und wirtschaftlicher Prozesse sowie alternative Konzepte müssen gründlich erarbeitet werden und viele Entwicklungen in der Welt und in unserer eigenen Geschichte bedürfen dringend der weiteren Aufarbeitung. Wir alle gewinnen so ein Stück Horizont eigener Möglichkeiten. **Unterstützen Sie uns bitte!**

Übrigens – Spenden an die Rosa-Luxemburg-Stiftung sind natürlich steuerlich absetzbar.

Kontakt:

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Dr. Lutz Brangsch · Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 0 30/29 78 11 29 · E-Mail: [brangsch@rosalux.de](mailto:brangsch@rosalux.de)

[www.rosalux.de/spende.htm](http://www.rosalux.de/spende.htm)

rls

DIETRICH MÜHLBERG

## Was a workers' culture socially predominant in the GDR?

This article examines the question of whether the working class culture – in the 19th and 20th century, a sub- and counter-culture to bourgeois culture – had become the predominant culture of the GDR. The GDR, according to the most popular argumentation, was never influenced by the workers' culture. On the other hand, East Germany considers itself, even today, to be the »country of the common people«. The workers' culture has been repeatedly referred to as a way of life and thought in debates on the causes of the breakdown of the socialist system. This author discusses these different points of view and investigates the extent to which cultural egalitarianism could have been one of the causes for the historical failure of the socialist society.

PETER FÖRSTER

## The Doubly Disappointed Generation

The article summarizes the findings of the »Saxonian Longitudinal Study«, a long-term study that began in 1987 and has traced the development of young people in East-Germany up to 2002. The main focus of the study is on young people's attitudes toward political changes in the country and German unity. The findings show that while young people are generally positive toward these changes, there is simultaneously a growing criticism and feeling of alienation towards the political system of the Federal Republic. The study also exposes the growing doubts concerning the prospects of sustainability of the prevailing social system and its abilities to solve the existential problems of humanity.

ULLA PLENER

## Schumacher 1949-1952: Provoking a confrontation with the GDR – at the expense of German unity

Contrary to literature praising Kurt Schumacher's principled anticommunism and his vehement commitment to German unity, this author points out that one of overlooked causes for Schumacher's failure in the struggle for German unity, was his strict rejection of the second German post-1945 alternative – the GDR – because of his anticommunism and Russiophobia.

**ERNST WURL**

## The Public Historical Debate and the Left – Tendencies and Problems

In the 90s, an unprecedented popular interest developed around the historical debate taking place in the Federal Republic of Germany. Two tendencies dominated: 1) a discovery of self, the question of German identity and 2) the historical verdict against the state and society of the German Democratic Republic as a whole. Both of these issues continue to play different roles in the historical debate of the German Left. The PDS, for example, is hardly present in the first tendency. But all the more vocally present in the discussion around the history of the GDR, and the SED, thereby exhausting itself in an infinite preoccupation with self.

**ERIK LEHNERT**

## Imperialism and World Unity: Spengler's and Jaspers' Concepts of Globalization

Within the historical and philosophical reflections of Oswald Spengler and Karl Jaspers during the 1930's and 40's, the problem of the division of powers in the world played a decisive role. Today we find ourselves in a situation of worldwide consolidation and standardization that could lead to a »clash of civilizations« or the »end of history«. Through the detachment of the significant time lapse, these texts could help sharpen our view of contemporary themes and conditions. Spengler saw western culture as having attained its final stage of development, to be followed by a global conflict between the rich and the poor. Jaspers is more hopeful: he imagined the possibility of a world federation, while recognizing the risk of a world-dominating imperium. It is amazing, from a contemporary perspective, to see how applicable the statements of both Spengler and Jaspers are.

**ANDREAS HEYER**

## Georg Kerner. From the revolutionary to the physician

Georg Kerner was one of the most interesting persons of the French Revolution. He plays an active role in this period of time, but he was also one of the most influential Critics of the »Terreur«. He was disappointed by the course of the French Revolution and also by the end of the Revolution through Napoleon. He left France and went to Hamburg, where he works as a physician. His books and his acts were the monuments of his life.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nicht. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),  
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,  
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,  
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,  
DIETMAR WITTICH

Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 98:	je	1 €
Heft 99 bis 134	je	2,50 €